

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von April 1952
bis Oktober 1954**

NWO-Sonderheft Nr. 87



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von April 1952 bis Oktober 1954**

NWO-Sonderheft Nr. 87

Terror der Antichristen vom 01.04.1952-31.10.1954

Inhaltsverzeichnis	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von April 1952 bis Oktober 1954	2-96
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	97-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von April 1952 bis Oktober 1954

Die DDR soll ein neues Symbol in ihrer Staatsflagge bekommen: Eine Ziege und einen Stuhl. Wer meckert, muß sitzen. <i>Flüsterwitz in der DDR</i>

1952

Walter Müller-Bringmann berichtete am 1. April 1952 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/118-119): >>1. April 1952. Gestern ging die britische Kommandogewalt im Lager zu Ende.

Friedland hörte auf, englisches Territorium zu sein. Der Union Jack wurde an der Fahnenstange heruntergeholt und dafür die schwarz-rot-goldene Flagge hochgezogen. Entlassungsscheine für Kriegsgefangene werden in Zukunft von deutschen Stellen ausgefertigt. Der englische Kommandant und seine Gehilfen verabschiedeten sich.

Als erste Maßnahmen ordnete der deutsche Lagerleiter an, daß die Schlagbäume an der Zufahrtsstraße zum Lager entfernt werden. Bisher standen an diesen Barrieren Posten, die jeden Besucher und jedes Fahrzeug anhielten. Ohne Passierschein und Registrierung konnte niemand das Lager betreten.

Diese Formalität wird in Zukunft wegfallen. Friedland ist keine britische Enklave mehr.<<

Am 3. April 1952 wurde die "Verordnung über die Beschäftigung von Strafgefangenen" erlassen, um Strafgefangene während des Strafvollzugs "in bestimmten Zweigen der Industrie" zu beschäftigen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über diese Verordnung (x009/431): >>... Für ständige Normerfüllung und Übererfüllung wurde vorzeitiger Straferlaß in Aussicht gestellt, "wenn der Strafgefangene sich verpflichtet, das Doppelte des Strafrestes, mindestens jedoch ein Jahr, im gleichen Industriezweig zu arbeiten" (§ 2 Abs. 3). ...

Seit Sommer 1955 wurde nach und nach in den großen Strafanstalten die Regelung eingeführt, daß die Gefangenen keine Lebensmittelpakete von ihren Angehörigen mehr erhalten durften. Es durfte den Gefangenen zunächst aber noch Geld geschickt werden, für das sie sich in den Strafanstalten die dort vorhandenen Lebens- und Genußmittel kaufen konnten. Seit Frühjahr 1956 ist auch diese zusätzliche Hilfe nicht mehr erlaubt. Bei guter Führung und Erfüllung der

Arbeitsnorm kann dem Gefangenen gestattet werden, zum Geburtstag ein Lebensmittelpaket von seinen Angehörigen zu empfangen.

Zu Weihnachten darf (und soll) der Gefangene ein Geschenkpäckchen an seine Angehörigen schicken, während er selbst zu diesem Fest kein Paket erhalten darf. ...<<

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 7. April 1952 an den deutschen Historiker Gerhard Ritter (1888-1967) (x095/132-134): >>Sehr geehrter Herr Professor!

... Wenn Sie schreiben, daß ich unter schärfster Anwendung von Drohungen mit Sprengung meiner Partei gezwungen werden müsse, den jetzigen Kurs einer Politik, die man nicht anders als einfach amerikahörig nennen könne, zu wechseln, so möchte ich Ihnen dazu folgendes bemerken, dabei wiederhole ich das, was ich schon seit Jahr und Tag öffentlich erklärt habe:

Mit Sowjet-Rußland kann man nur verhandeln, wenn man mindestens gleich stark ist. Daher begrüße ich den Zusammenschluß der westlichen Welt. Ich bin überzeugt, daß, wenn die westliche Welt so stark ist wie Sowjet-Rußland, eine Verständigung mit Sowjet-Rußland möglich ist, aber nicht früher. Ich bin weiter überzeugt, daß ein Gespräch zu einem zu frühen Zeitpunkt Sowjet-Rußland nur in seiner Haltung bestärkt.

Meine Politik geht dahin, Deutschland in den Westen einzubauen, um der Gefahr der Neutralisierung zu entgehen, um den Westen zu stärken, um bei der eines Tages eintretenden Möglichkeit der Verhandlung mit Rußland mitsprechen zu können, und zwar im Interesse Deutschlands, im Interesse des Friedens.

Ich glaube nicht, daß meine Politik starr und unelastisch ist. Ich bin der Auffassung, daß das Schlechteste, was man tun könnte, ein Schwanken in der politischen Linie sein würde. Sie glauben nicht, wie stark das Mißtrauen im Ausland noch gegenüber Deutschland ist. Durch ein Schwanken würde man dieses Mißtrauen in bedrohlicher Weise verstärken. ...<<

Die Sowjets übergaben am 28. April 1952 der DDR 66 der 213 SAG-Betriebe, die anschließend in sog. "Volkseigene Betriebe" (VEB) umgewandelt wurden.

In der SBZ gab es damals noch folgende Sowjetische Aktiengesellschaften (x009/397):

SAG-Betriebe	Beschäftigte
SAG Wismut (Uranbergbau)	225.000
SAG Brikett (Braunkohlenwerke, Schwefelwerke, Benzinwerke, Elektrizitätswerke)	40.000
SAG Kali (Kalibergwerke)	12.500
SAG Synthese (Benzinwerke)	18.000
SAG Marten (Hüttenwerke, Walzwerke, Stahlgießereien)	19.000
SAG Amo (Werke des Schwermaschinenbaues)	44.000
SAG Transmasch (Waggonfabriken, Maschinen- und Armaturenfabriken)	31.000
SAG Mineraldünger (Chemiewerk Leuna, Stickstoff und Kalkwerk)	29.000
SAG Zement- und Baustoffwerke	5.500
SAG Awtowelo (Automobilwerk, Werke der Motorrad-, Uhren-, Werkzeug-, Kugellager- und Büromaschinenindustrie)	32.000
SAG Kautschuk (Synthese- und Kautschukwerk, Gummiverarbeitung)	20.000
SAG Kaustik (Chemiewerke, Farben, Filmmaterial, Zelluloid)	34.000
SAG Kabel (Großbetriebe der Elektroindustrie, Kabelwerke, Akkufabriken)	41.000
	551.000

Die SAG-Betriebe beherrschten von 1946-1953 die Wirtschaft der SBZ. In vielen Industriezweigen besaßen sie wichtige Monopolstellungen. Seit der Übernahme der deutschen Werke waren die Produktionswerte der SAG-Betriebe stetig gewachsen. Nach den Planzahlen des Jahres 1951 produzierten die SAG-Betriebe 32 % der gesamten Industrieproduktion in der SBZ.

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 29. April 1952 an Bundespräsident Theodor Heuss wegen der Einführung der dritten Strophe des Deutschlandliedes als Nationalhymne (x095/136-137):

>>Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Die Frage einer "National-Hymne" ist in den vergangenen Jahren wiederholt zwischen uns besprochen worden. ...

Als das Kabinett Sie vor Monaten durch mich bitten ließ, sich für die dritte Strophe des "Deutschland-Liedes" zu entscheiden, gab ich zu, daß ihre damalige Gegenargumentation eine innere Berechtigung besaß. Inzwischen ist nun die Frage dringend geworden, und ich muß den Wunsch der Bundesregierung darum pflichtgemäß wiederholen.

Sie wissen selber um die Lage, in der bei amtlichen Veranstaltungen unsere ausländischen Vertretungen sich befinden. Ich will in diesem Augenblick die innerdeutschen Gefühlsmomente, deren Gewicht von uns beiden gleich hoch gewertet wird, gar nicht in Anschlag bringen. Es ist wesentlich der außenpolitische Realismus, der uns, ihnen wir mir, nahelegen muß, die Entscheidung nicht weiter hinauszuzögern. ... Daher die erneute Bitte der Bundesregierung, das Hoffmann-Haydn'sche Lied als Nationalhymne anzuerkennen.

Bei staatlichen Veranstaltungen soll die dritte Strophe gesungen werden.<<

Der Friedensvertrag zwischen Japan und den westlichen Alliierten trat am 30. April 1952 in Kraft, obwohl die sowjetische Regierung diesen Vertrag nicht ratifizierte.

Das "Lied der Deutschen" bzw. das "Deutschlandlied" wurde am 2. Mai 1952 (wieder) Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland.

Zur deutschen Nationalhymne gehörten offiziell alle 3 Strophen. Bundeskanzler Adenauer und Bundespräsident Heuss regelten jedoch damals, daß bei staatlichen Veranstaltungen nur die dritte Strophe gespielt bzw. gesungen werden soll.

Dr. Linus Kather (1893-1983, 1949-58 Vorsitzender des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen) protestierte am 4. Mai 1952 während einer Kundgebung vor 60.000 Vertriebenen auf dem Bonner Markplatz gegen den geringen Umfang des geplanten Lastenausgleichs (x024/241-242): >>Wir vom BvD sind die letzten, die etwas dagegen sagen würden, daß dieses Gesetz stark unter sozialen Aspekten gestaltet wird.

Wir haben uns nachdrücklich damit einverstanden erklärt, daß z.B. bei der Kriegsschadenrente, bei der Hausratenschädigung, wie bei der Entschädigung überhaupt, beim zeitlichen Vorrang und auch bei der Staffelung der Abgabesätze soziale Gesichtspunkte maßgeblich sein sollen: aber wenn man sagt, daß ausschließlich soziale Gesichtspunkte entscheiden sollen, dann müssen wir einen sehr entschiedenen Widerspruch anmelden: denn das bedeutet nicht mehr oder weniger als eine klare Verneinung unseres Rechtsanspruches und eine Negation des Lastenausgleichsgedankens überhaupt.

Dann muß man folgerichtig der Wahrheit die Ehre geben, den Namen Lastenausgleich falllassen und die Überschrift wählen: "Gesetz über soziale Hilfsmaßnahmen für Vertriebene und Kriegssachgeschädigte" ...

Die Geschädigten wollen aber keine soziale Fürsorge, sie fordern Erfüllung eines Rechtsanspruches im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen.

Nach ihrer Auffassung haben sie mit ihrem Hab und Gut, das sie in der Heimat zurücklassen mußten, Reparationen für die Gesamtheit des deutschen Volkes geleistet.

Darüber hinaus sind sie überzeugt, einen im Naturrecht begründeten Rechtsanspruch zu haben aus der Gesamthaftung des ganzen Volkes für die Schäden und Verluste eines vom ganzen Volk gemeinsam geführten und verlorenen Krieges. ...<<

Das SED-Regime kündigte am 8. Mai 1952 die Aufstellung "nationaler Streitkräfte" an.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Militarismus" und die "Militärpolitik" in der SBZ (x009/286,287-288): >>Nach 1945 war die SED wie die übrigen Parteien bemüht, die Bevölkerung zu pazifistischen Vorstellungen hinzuführen.

Doch seit dem Frühjahr 1952 versucht die SED, die Bevölkerung für die Aufstellung nationaler Streitkräfte zu begeistern. ... Auf der Linie Lenins meint sie, ihre Rüstung ergebe keinen

Militarismus. ...

"Die Armeen der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats sowie die Volksbefreiungsarmeen, die in der Regel unter der Führung der kommunistischen Arbeiterparteien entstanden, sind keine militaristischen Verbände.

Natürlich gibt es auch in diesen Armeen eine straffe militärische Ordnung und Ausbildung, Disziplin, Befehlsgewalt und Unterordnung. Das ist aber kein Militarismus.

Militarismus ist die Ausrichtung des gesamten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens eines Landes auf die Vorbereitung von Eroberungskriegen. Die Armee wird zum Hauptzweck des Staates, das Volk lebt und schafft nur, um die Soldaten zu stellen und die Armee auszurüsten und zu ernähren."

Weiter heißt es nach der Theorie des Marxismus-Leninismus: "Die politische Grundlage des modernen Militarismus ist die politische Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie."

Da nun, so wird weiter behauptet, "der Charakter der Armee durch den Charakter des Staates bestimmt wird, ist die Armee eines Arbeiter- und Bauernstaates keine militärische Organisation, weil in einem Staat der Arbeiter und Bauern die Grundlagen des Militarismus beseitigt sind". ...<<

>>... Die als "Volkspolizei" getarnte Armee wurde bis Frühjahr 1952 überwiegend aus Freiwilligen gebildet, die meist glaubten, einer bloßen Polizei beizutreten, und weit besser gepflegt wurden als weite Teile der Bevölkerung.

Grundlegend und bezeichnend für die Armee und die Polizeitruppen ist die politische Überwachung und Anleitung durch die Politorganisationen der SED in den bewaffneten Kräften. ...

Von großer Bedeutung ist auch die scharfe und lückenlose Überwachung durch jene Organe und Spitzel des Ministeriums für Staatssicherheit, die innerhalb der Verbände eingesetzt sind.

- In der Armee und bei den Polizeitruppen war (und ist bei den Spitzenstäben noch heute) eine dritte Kontrollorganisation tätig, die zugleich anleitend wirkt: die sowjetischen Berater für die militärische Ausbildung und Führung der Truppe. Ihr unbeschränkter Einfluß macht deutlich, wie sehr die Armee der SBZ ein Werkzeug des sowjetischen Imperiums sein soll.

Bis April 1952 wurde die Abschirmung der Militärpolitik dadurch verstärkt, daß die SED behauptete, der SBZ läge eine Bewaffnung völlig fern. ...

Seit Mai 1952 bezeichnete die SED "nationale Streitkräfte" als notwendig und betrieb ihre Militärpolitik ziemlich offen. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 15. Mai 1952 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/120-123): >>Mitte Mai 1952. Über sechzig Gräber zählt nun bereits der Flüchtlingsfriedhof, ein schmaler Streifen Land, unmittelbar neben dem Friedhof der Gemeinde gelegen, Hier liegen sie begraben, alte Menschen und Kinder, Flüchtlinge, Kriegsgefangene, Vertriebene. Auf Friedland hatten sie ihre Hoffnungen gesetzt, alle Kräfte wurden noch einmal zusammengerafft, um diesen Ort zu erreichen. Friedland wurde ihnen zur letzten Ruhestätte.

Grab reiht sich an Grab. Schlichte Holzkreuze künden davon, daß hier Menschen von der großen Erdenwanderung ausruhen. Namen sind eingeritzt, die nach der ostdeutschen Heimat klingen. ...

Doch wie verdüsterte sich das Bild, als ich dann in den Grabreihen stand und die Inschrift auf einem der Holzkreuze las: "Hier liegt eine unbekannte alte Frau." Nichts weiter. ...

Nicht einmal der Namen der Toten wurde der Nachwelt überliefert. Irgendwo haben Verwandte gebangt und gehofft, haben gesucht und gefragt – aber niemals wird eine Antwort eintreffen. Niemals wird diese Familie erfahren, wo die Mutter oder Großmutter blieb. Sie ruht unbekannt, ohne Namen, in Friedland.

Ich ging langsam weiter. ...

Da stand wieder auf einem Holzkreuz: "Unbekannte weibliche Leiche". Dort: "Hier liegt eine

unbekannte Frau".

Sie liegen hier in der Reihe, so wie sie über den Streifen des Niemandlandes kamen, ein kleines Holzkreuz mit weißer Schrift sagt dem nachdenklichen Besucher, daß hier Menschen ruhen, die der Krieg noch schlug, als die "Feindseligkeiten" eigentlich schon längst vorbei waren.

Ich sah noch einmal die Reihen entlang, sah Kreuz an Kreuz und nahm die Ruhe und den Frieden dieses Todesackers in mich auf ...

Vor allem kleine Kinder und ältere Leute starben in Friedland. Sie konnten nicht mehr weiter, waren durch Flucht und Strapazen völlig ausgepumpt, überanstrengt, überfordert.

Sie blieben hier. ...<<

Im Bundestag wurde am 16. Mai 1952 das Gesetz über den Lastenausgleich verabschiedet.

Der deutsche Journalist Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das Lastenausgleichsgesetz (x024/242-244): >>... Im Mittelpunkt des Lastenausgleichsgesetzes stand die Hauptschädigung.

Für nachgewiesene Vermögensschäden sollten die Vertriebenen eine prozentuale Entschädigung erhalten.

Für geringe Schäden war der prozentuale Anteil verhältnismäßig hoch, z.B. für Schäden unter 5.000 Reichsmark 95 %. Für hohe Vermögensverluste wurde eine verhältnismäßig geringe Entschädigung gewährt. So sollten etwa Schäden über eine Million Reichsmark nur noch mit 6,5 % abgegolten werden.

Die Auszahlung der Hauptschädigung erfolgte aber erst ab 1959, weil zuvor noch Finanzierungsprobleme zu lösen waren.

Da aber für die Feststellung der Vermögensschäden bei Immobilien der Einheitswert zugrunde gelegt wurde und nicht der Verkehrswert, fiel die Entschädigung noch niedriger aus, weil der Einheitswert viel zu niedrig angesetzt wurde.

Jedenfalls war die Entschädigungssumme niemals ausreichend, um einen Ersatz für das verlorene Gut zu erwerben. So konnte sich etwa ein vertriebener Bauer für die 20.000 DM, die er für seinen 30 Hektar großen Hof bekam, in der Bundesrepublik gerade einen Schlepper kaufen. Daher gestaltete sich auch die Eingliederung der Bauern in der Bundesrepublik besonders schwierig. Nur etwa 5 Prozent konnten wieder ihre frühere Tätigkeit aufnehmen.

Als das Lastenausgleichsgesetz geschaffen wurde, war man allgemein der Auffassung, daß das deutsche Volk nicht imstande sein würde, das Vertriebenenproblem aus eigener Kraft zu meistern. ...

Die Forderung der Vertriebenen, den Einheitswert durch den Verkehrswert zu ersetzen, um die Entschädigungen wenigstens einigermaßen an die Wirtschaftsentwicklung anzupassen, verhallte ungehört.

Die Vertriebenen bildeten in der Bundesrepublik Deutschland eine Minderheit, von der jedes Jahr ein bedeutender Teil aus Altersgründen noch wegstarb. Warum sollte sich die Mehrheit da plötzlich besinnen und einer Minderheit freiwillig mehr gewähren. ...<<

Am 23. Mai 1952 wurde das "Gesetz über die Staatsanwaltschaft der DDR" erlassen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Staatsanwaltschaft" der SBZ (x009/416): >>... Ihren Abschluß fand die Herauslösung der Staatsanwaltschaft aus der Justiz mit dem "Gesetz über die Staatsanwaltschaft der DDR" (StAG) vom 23.5.1952, "das für die Staatsanwaltschaft der DDR die Krönung ihrer Entwicklung bedeutete" (Benjamin/Melsheimer in: "Neue Justiz" ...).

Seither entsprechen Organisation und Aufgaben der Staatsanwaltschaft im wesentlichen dem sowjetischen Vorbild. Die Staatsanwaltschaft ist jetzt ein unmittelbar dem Ministerrat unterstelltes Staatsorgan mit besonderen, über den eigentlichen Justizbereich hinausgreifenden Aufgaben und Vollmachten.

Nach dem StAG ist es Aufgabe der Staatsanwaltschaft, "die Aufsicht über die strikte Einhaltung der Gesetze und Verordnungen der DDR zu führen" (§ 1, Abs. 2, StAG). "Diese Aufsicht erstreckt sich auf alle Ministerien, Ämter und ihnen unterstellte Dienststellen und Einrichtungen, auf Betriebe und ebenso auf alle Funktionäre des Staatsapparates und Bürger" (§ 10, Abs. 2, StAG); diese Bestimmung deckt sich bezeichnenderweise fast wörtlich mit dem Art. 113 der Sowjetverfassung.

Entsprechend dem § 10 StAG wurde die Abteilung "Allgemeine Aufsicht" in der Staatsanwaltschaft geschaffen. In dieser neuen Funktion wird der Staatsanwalt als "Hüter der demokratischen Gesetzlichkeit" bezeichnet.

"Die allgemeine Aufsicht entspricht dem Wesen des Staates und hilft bei der Verwirklichung der Politik der Regierung. Sie ist eine wichtige politische Einrichtung. Die Lösung der sich für die allgemeine Aufsicht ergebenden Aufgaben kann nur in unmittelbarer Auswertung des erklärten politischen Willens der führenden gesellschaftlichen Kraft, der Partei der Arbeiterklasse erfolgen". ...

Die Staatsanwaltschaft überwacht die Strafvollstreckung und übt die Aufsicht über alle Haft- und Strafanstalten (Strafvollzug) aus. Sie wirkt im Begnadigungsverfahren mit und führt das Strafregister. - Die Staatsanwaltschaft wird von dem Generalstaatsanwalt der DDR geleitet, dem in Bezirken (Bezirksstaatsanwalt) der Staatsanwalt des Bezirkes und in den Kreisen (Kreisstaatsanwalt) der Staatsanwalt des Kreises unterstehen. Sämtliche Staatsanwälte sind den Weisungen des Generalstaatsanwaltes unterworfen; er ernennt und entläßt Staatsanwälte. Fast alle Staatsanwaltschaften sind mit der SED angehörenden Absolventen von Volksrichter-Lehrgängen besetzt. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Parteilichkeit der Rechtsprechung" in der SBZ (x009/321-322): >>Ausdruck des Parteijargons.

Eine untrennbare Einheit von demokratischer Gesetzlichkeit und Parteilichkeit der Rechtsprechung wird festgestellt, "Das Gesetz parteilich anzuwenden heißt, es so anzuwenden, wie es der Auffassung der Mehrheit der Werktätigen und damit den Zielen der Politik, der Partei, der Arbeiterklasse und der Regierung entspricht. Das heißt aber zugleich, die dialektische Einheit von Gesetzlichkeit und Parteilichkeit zu erkennen und durchzusetzen." (Hilde Benjamin in "Neue Justiz" 1958, S. 368).

Immer wieder wird gefordert, daß die Richter der sowjetzonalen Straf- und Ziviljustiz mit "bewußter Parteilichkeit" arbeiten und daß sie nicht einem Hang zum "Objektivismus" erliegen. Die Richter "müssen parteilich als politische Menschen entscheiden" (Böhme in: "Neue Justiz" 1955, S. 327). "In der richterlichen Entscheidung muß sich die Bereitschaft widerspiegeln, die von der Partei der Arbeiterklasse und von der Regierung gefaßten Beschlüsse durchzusetzen (Melsheimer in: "Neue Justiz" 1956, S. 295).

Parteilichkeit der Rechtsprechung bedeutet also nichts anderes, als daß der Wille der SED beachtet wird. "Die Beschlüsse der Partei sind das feste Fundament, auf dem das sozialistische Recht aufbaut. Sie bestimmen sein inneres Wesen. Deshalb ist eben das sozialistische Recht nicht von der marxistisch-leninistischen Partei zu trennen" (Petzold in "Staat und Recht" 1961, S. 658). ... Dabei werden Schwankungen und Brüche in der Rechtsprechung aus politischen Zweckmäßigkeitserwägungen nicht nur in Kauf genommen, sondern für richtig und notwendig gehalten.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Objektivismus" in der SBZ (x009/313): >>Als diffamierend gedachte Bezeichnung des Parteijargons für jedes Streben nach Objektivität in Wissenschaft, Rechtswesen, Kunst, Kultur usw.

Der Objektivismus ist eine der meistgefürchteten und verbreiteten Abweichungen, da die ihm zugrunde liegende Einstellung auf bisher allgemein anerkannten Grundsätzen beruht. Seine Gefahr für den Kommunismus besteht in der zweckfreien Lauterkeit, die vom kritischen Den-

ken herkommt und dazu anhält.

Dem als reaktionär und rückschrittlich bezeichneten Objektivismus wird als allein gültiges und angeblich fortschrittliches Prinzip die bolschewistische Parteilichkeit entgegengesetzt und für alle in Partei- und Staatsauftrag handelnden Personen, also auch für die Bereiche von Wissenschaft und Hochschulen, für verbindlich erklärt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die bolschewistische "Parteilichkeit" in der SBZ (x009/321): >>Forderung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Danach hat sich das Verhalten des einzelnen wie aller Institutionen grundsätzlich an der Frage zu orientieren: Was nützt der Konsolidierung der Macht der Arbeiterklasse?"

Da die bolschewistische Partei bzw. ihre Führung den Anspruch vertritt, autorisierte Sprecherin dieser Klasse zu sein, hat nur sie - im nationalen oder internationalen Rahmen - festzulegen was jeweils als "parteilich" gilt. Die Forderung auf Parteilichkeit erstreckt sich auch auf Wissenschaft und Kunst. Auch hier gebe es keinen überparteilichen, d.h. keinen von Klasseninteressen freien Standpunkt.<<

Die SED-Regierung erließ am 26. Mai 1952 die sog. Sperrzonen-Verordnung und errichtete entlang der Demarkationslinie ein Sperrgebiet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das "Sperrgebiet" (x009/409-410): >>... (Das Sperrgebiet) ... umfaßt den 10-m-Kontrollstreifen, den 500-m-Schutzstreifen und die 5-km-Sperrzone. –

Das Leben in der Sperrzone unterliegt zahlreichen Beschränkungen. Der Aufenthalt in der Sperrzone bedarf einer besonderen polizeilichen Genehmigung; der Aufenthalt im Schutzstreifen erfordert zusätzlich die Genehmigung des zuständigen Grenzpolizei-Kommandos. Der abgeholzte und umgepflügte Kontrollstreifen darf nicht betreten werden; es wird ohne Warnung geschossen. –

Aus dem Sperrgebiet erfolgten im Sommer 1952 umfangreiche Zwangsevakuierungen, die eine Fluchtwelle auslösten.

Der politische Vorwand für die Schaffung des Sperrgebiets auf Grund der sog. Ermächtigungsverordnung war die Unterzeichnung des Deutschlandvertrages vom 26.5.1952. ...<<

Die 3 Westmächte und die Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten am 26. Mai 1952 in Bonn den "Deutschland- oder Generalvertrag".

Dieser Vertrag (geänderte Fassung vom 23. Oktober 1954) trat aber erst am 5. Mai 1955 in Kraft.

Die deutsche Bundesregierung begründete am 27. Mai 1952 den Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (x156/80-81): >>... Der erste Anstoß kam aus militärischen Überlegungen.

Die Ereignisse in Korea im Jahre 1950 ließen die Notwendigkeit einer gemeinschaftlichen Organisation der Verteidigung des Westens erkennen. An dieser Verteidigung sollte sich nach allgemeiner Ansicht auch die Bundesrepublik Deutschland beteiligen können. ...

Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ist ebenso wie die Europäische Montangemeinschaft, eine mit eigenen Hoheitsbefugnissen ausgestattete überstaatliche Gemeinschaft. ...

Der Vertrag regelt nicht, wie frühere Militärbündnisse, Rechte und Pflichten der Staaten zu militärischem Beistand und Zusammenwirken, sondern er schafft auf dem Gebiet der Verteidigung, in ähnlicher Weise, wie es die Montangemeinschaft auf dem Gebiet der Grundstoffindustrie getan hat, ein europäisches Gebilde mit eigenen Organen, eigenen Streitkräften und eigenem Haushalt. ...

Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zeigt hiernach, ähnlich wie die Montangemeinschaft, starke Ähnlichkeit mit bundesstaatlichen Begriffen und Einrichtungen. Sie ist aufgebaut auf der unbedingten Gleichstellung aller Mitgliedstaaten, und ihre Normen binden nicht nur die beteiligten Staaten, sondern unmittelbar die Bürger dieser Staaten.

Hierbei greift die Verteidigungsgemeinschaft weit stärker als die Montangemeinschaft in die nationalen Hoheitsrechte ein. Eines der wesentlichsten Hoheitsrechte, das Recht der Selbstverteidigung, geht mit ihrer Errichtung der Ausübung nach auf die Gemeinschaft über. Das wirkt weit über das Militärische hinaus auf die Finanz- und Wirtschaftspolitik. ...<<

Die New Yorker Zeitung "Herald Tribune" berichtete im Mai 1952 über die "deutsche Einheit" (x243/179): >>... Die westlichen Alliierten wollen die deutsche Einheit gar nicht oder doch nicht heute.

Sie wollen so schnell und so eng wie möglich den Einbau Westdeutschlands in die westliche Gemeinschaft. Unzweifelhaft will dies auch Dr. Adenauer, aber jedesmal, wenn er es zu offen zeigt, verliert er die Unterstützung der Öffentlichkeit. ...<<

Das "Gesetz über die Staatsanwaltschaft der DDR" trat am 1. Juni 1952 in Kraft.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das "Rechtswesen" in der SBZ (x009/354-357): >>... Die Staatsanwaltschaft ist aus dem Justizapparat herausgelöst und in eine selbständige, unmittelbar dem Ministerrat unterstehende Behörde umgewandelt worden.

Mit dem 1.6.1952, dem Tage des Inkrafttretens des "Gesetzes über die Staatsanwaltschaft der DDR" war die Sowjetisierung des Strafrechts auf dem Gebiet der Strafverfolgung, der Strafvollstreckung und des Strafvollzuges vollendet. ...

Nur noch 3 % aller Richter und 2 Staatsanwälte können als ordnungsgemäß ausgebildete Volljuristen bezeichnet werden. Sämtliche wichtigen Positionen sind mit Angehörigen der SED besetzt. Es gibt keinen Leiter einer Bezirksstaatsanwaltschaft, der nicht der SED angehört; bei dem Generalstaatsanwalt sind ausschließlich SED-Mitglieder als Staatsanwälte tätig.

Da den Richtern und Staatsanwälten, die der SED angehören, von Beginn ihrer Ausbildung an eingehämmert wird, daß sie als Richter und Staatsanwälte Funktionäre ihrer Partei bleiben und die Richtlinien der Partei zu befolgen haben, ist es der SED und der von ihr gesteuerten Justizverwaltung möglich, unmittelbar in die Rechtsprechung einzugreifen.

Der "Richter neuen Typus" darf nicht dem Objektivismus, sondern muß in seiner Rechtsprechung die Parteilichkeit wahren und beweisen, daß er die alte Klassenjustiz überwunden hat. Der Richter muß stets von dem Gedanken ausgehen, daß seine Urteile in erster Linie der "Gesellschaft", also dem Staat, nützen müssen. Es kommt dabei nicht auf eine nur "formelle" Anwendung des Gesetzes an, sondern auf dessen Auslegung im Sinne der SED. Der Verfassungsgrundsatz von der Unabhängigkeit der Richter ist in besonderem Maße seit Einführung des Instrukteurwesens beseitigt.

Mit der Justizreform 1952 wurden große Gebiete der Freiwilligen Gerichtsbarkeit auf Verwaltungsstellen übertragen und das staatliche Notariat eingerichtet. Auch in der Rechtsanwaltschaft wurde durch die Bildung der Anwaltskollegien eine grundsätzliche Neuordnung in Angriff genommen. Damit soll einem Vertrauensverhältnis zwischen Anwalt und Mandant vorgebeugt werden. ...

... Entscheidendes Element für die Strafwürdigkeit einer Handlung oder Unterlassung ist die Gesellschaftsgefährlichkeit. Damit ist eine unmittelbare Anlehnung an das sowjetische Strafrecht gegeben. "Aufgabe der demokratischen Rechtsprechung ist es, die gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR mit den uns zur Verfügung gestellten Gesetzen, seien sie sanktioniert oder neu geschaffen, zu schützen. ...

Neben der Rechtsprechung haben die Gerichte der SBZ noch eine andere besonders wichtige Aufgabe: die massenpolitische Arbeit der Justiz. ... "In der Tätigkeit der Gerichte der Arbeiter- und Bauernmacht bilden die Rechtsprechung und die politische Arbeit unter den Werktätigen eine feste Einheit.

Die Richter sind verpflichtet, durch regelmäßige Aufklärung über den sozialistischen Staat und sein Recht, insbesondere durch Erläuterung der Gesetze und durch Auswertung geeigneter

ter Verfahren, die Bevölkerung zur Einhaltung der sozialistischen Gesetze und zur aktiven Mitwirkung bei ihrer Durchsetzung zu erziehen (§ 4 GVG vom 1.10.1959).

Vorbild in allem ist die Sowjetunion, über deren "sozialistische Gesetzlichkeit" der Leiter des Rechtsinstituts der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Prof. P. E. Orłowski, sagt:

"Die "sozialistische Gesetzlichkeit" ist ein Mittel zur Festigung des sozialistischen Staates, zur Verwirklichung seiner Funktionen und Aufgaben, und sie gewährleistet zur gleichen Zeit die Verwirklichung der Rechte der Sowjetbürger. ... Dank der weisen Führung durch die kommunistische Partei dient die sowjetische sozialistische Gesetzlichkeit der großen Sache des Aufbaus des Kommunismus in unserem Lande" ("Neue Justiz" 1954, S.613 ff.). ...<<

Der Verleger Axel Springer brachte am 24. Juni 1952 mit der "BILD-Zeitung" einen neuen Zeitungstyp auf den deutschen Medienmarkt.

Diese Boulevardzeitung zeichnete sich vor allem durch knappe Texte und große Fotos aus. Die "BILD-Zeitung" (Straßenverkauf) kostete damals 10 Pfennig. Die Startauflage betrug 250.000 Exemplare.

Die Bundesregierung verkündete am 25. Juni 1952 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1952 (x182/218): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 21,1 Milliarden DM entfallen 36,2 % auf Sozialleistungen und 37,4 % auf Besatzungskosten. ...<<

Bundeskanzler Adenauer sprach am 9. Juli 1952 im Bundestag über die Nachkriegszeit im besetzten West- und Mitteldeutschland sowie die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft (x156/91-101): >>... Ich werde nunmehr versuchen, die Entwicklung, die seit 1945 eingetreten ist und die zu der gegenwärtigen Lage geführt hat, durch Wiedergabe der markanten und entscheidenden Tatsachen zu zeichnen.

Wir alle haben zwar diese Entwicklung miterlebt; aber sie ist in so stürmischem Tempo erfolgt, daß es sich empfiehlt, sie noch einmal vor Augen zu führen, um dann die nötigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Bundesrepublik sind nicht voneinander zu trennen. Die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands war zuerst von den Alliierten geplant als politisches Instrument. Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 wurde bestimmt: ... Bei der Organisierung der deutschen Wirtschaft das Hauptgewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der einheimischen für friedliche Zwecke arbeitenden Industrien zu legen. Als Richtschnur sollte dienen, daß der Lebensstand in Deutschland nicht höher sein dürfte als in dem Durchschnitt aller europäischen Länder ausschließlich Großbritanniens und der Sowjetunion,

(Lachen bei den Regierungsparteien)

aber einschließlich der südeuropäischen und osteuropäischen Länder. Deutschland sollte die Produktion aller seetüchtigen Schiffe verboten werden. Die Produktion von Metallen, Chemikalien, Maschinen und anderen Gütern, die für die Kriegswirtschaft unmittelbar notwendig sind, sollte einer strengen Kontrolle unterworfen, die Produktionsstätten sollten zum großen Teil demontiert oder zerstört werden.

Eine derartige Umänderung und Niederhaltung der deutschen Wirtschaft war und ist natürlich nur möglich durch ein vorgesehene ausgedehntes und strenges Kontrollsystem. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die Sowjetunion in dem zur Zeit laufenden Notenwechsel zwischen ihr und den Westmächten verlangt, daß das Potsdamer Abkommen zur Grundlage des Friedensvertrages mit Deutschland gemacht wird.

(Lebhafte Zurufe von den Regierungsparteien: Hört! Hört!)

Die Beschlüsse von Potsdam wurden zunächst in dem Industrieplan vom März 1946 im einzelnen ausgearbeitet. Und dieser Industrieplan fand die Zustimmung des Viermächtekontrollrats. Nach diesem Plan sollte die Industrieproduktion Deutschlands etwa 50 bis 55 % der Pro-

duktionshöhe von 1938 betragen. Alle darüber hinausgehenden Produktionskapazitäten sollten demontiert und entweder als Reparationsgüter ins Ausland gebracht oder an Ort und Stelle zerstört werden.

Die wichtigsten Industriebeschränkungen wurden in folgenden Ziffern festgelegt: Stahlkapazität 7,5 Millionen Tonnen jährlich, chemische Grundstoffe 40 % der Kapazität von 1936, (Hört! Hört! rechts)

Werkzeugmaschinen 11,4 % der Kapazität von 1938,

(Zurufe von den Regierungsparteien: Hört! Hört! – Zuruf rechts: Wahnsinn ist das!)

Elektrofabrikation 50 % von 1938. Es war eine bis in die kleinsten Einzelheiten gehende Beschränkung in der Produktion von Transportmitteln vorgesehen.

Ja, meine Damen und Herren, sogar die Zahl der Telefone in Deutschland war genau festgelegt und in den engsten Grenzen gehalten.

Nach dem Scheitern der Moskauer Friedenskonferenz im März 1947 begannen die 3 westlichen Besatzungsmächte - jetzt für sich allein handelnd - einen neuen etwas liberaleren Industrieplan für ihre Besatzungszonen auszuarbeiten.

Dieser Plan wurde am 27. August 1947 veröffentlicht. Nach diesem Plan sollte die deutsche Industrieproduktion in den Westzonen auf 90 bis 95 % des Standes von 1936 gehoben werden. Im einzelnen wurde festgelegt: Stahlproduktion 10,7 Millionen Tonnen jährlich, schwere Maschinen 80 % der Vorkriegserzeugung, wovon aber 35 % als Reparationen abgeführt werden sollten.

Trotzdem sollten nach diesem Plan noch 918 Industrierwerke demontiert werden, und zwar 338 als sog. Kriegsindustrien und 580 Werke als sog. überschüssige Betriebe. Der größte Teil der zu demontierenden Werke – nämlich 496 – lag in der britischen Zone, darunter Walzwerke, Eisenbahnzulieferungswerke, Röhrenwerke, Bergbauzulieferungswerke.

Im Juli 1947 kam eine Wendung. Damals machte der amerikanische General Marshall in einer Rede in Harvard den Vorschlag, daß die Völker Europas sich zu einem gegenseitigen wirtschaftlichen Hilfs- und Wiederaufbauprogramm zusammenschließen mußten. Die Vereinigten Staaten seien bereit, die hierzu nötige Wirtschaftshilfe zu leisten. Deutschland sollte in dem Programm eingeschlossen sein.

Auf der bald darauf in Paris zusammengetretenen Konferenz der europäischen Länder versagte der damalige sowjetische Außenminister Molotow schon nach den ersten Verhandlungstagen die Mitarbeit der Sowjetunion und verließ Paris.

(Zurufe von den Regierungsparteien: Hört! Hört!)

Die Satellitenstaaten Polen und Tschechoslowakei wurden gezwungen, ebenfalls ihre Mitarbeit zu versagen. Der Marshallplan wurde dadurch praktisch auf Westeuropa begrenzt. Im Frühsommer 1948 waren die Vorbereitungen so weit gediehen, daß die Marshallplanorganisation in Paris ins Leben gerufen werden konnte.

Deutschland hat bis jetzt unter dem Marshall-Planprogramm insgesamt 1 Milliarde 372 Millionen Dollar, das sind 5,7 Milliarden DM an wirtschaftlicher Hilfe erhalten.

Hinzu kamen 1,6 Milliarden Dollar – das sind 638 Milliarden DM – durch die GARIOA (US-Hilfsprogramm nach dem Zweiten Weltkrieg zur Verhinderung von Hunger und Seuchen). Zusammen hat Deutschland an Wirtschaftshilfe 12,5 Milliarden DM erhalten.

(Zuruf von der KPD: Und wieviel Kohle und Stahl wurde gestohlen?!)

Das Washingtoner Abkommen vom 8. April 1949, durch daß das Besatzungsstatut und die Vereinigung der 3 Westzonen gebilligt wurde, enthielt gleichzeitig eine Revision des bisherigen Demontageprogramms. Von der Demontageliste wurden 159 Fabriken in den Westzonen ganz oder zum größten Teil abgesetzt, darunter 32 Stahlwerke, 88 Metallbearbeitungsfabriken, 32 chemische Werke. Die deutsche Stahlkapazität sollte auf 13,3 Millionen Tonnen pro Jahr, die Produktion auf 11,1 Millionen Tonnen pro Jahr erhöht werden.

(Zuruf der KPD: Für die amerikanische Rüstung!)

Gleichzeitig wurde die Liste der verbotenen und beschränkten Industrien nicht unwesentlich revidiert. Zum Beispiel wurde das Verbot der Aluminiumerzeugung aufgehoben, die Produktion jedoch auf 88.000 t im Jahr beschränkt.

Die Fabrikation von Kugellagern wurde bis zur Höhe von 33 Millionen Einheiten zugelassen, der Bau von Seeschiffen bis zu einer Größenordnung von 7.200 BRT mit nicht mehr als 12 Knoten Schnelligkeit. Erleichterungen wurden auch für die Maschinenindustrie eingeführt.

Durch das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 wurde erreicht, daß der Bau von Schiffen in der im Washingtoner Abkommen vorgesehenen Größenordnung nunmehr tatsächlich genehmigt wurde. Außerdem wurden zusätzliche Erleichterungen für den Schiffsbau gewährt, insbesondere wurde der Bau von Seeschiffen für Exportzwecke, allerdings innerhalb der der deutschen Schifffahrt auferlegten Grenzen, genehmigt. Eine größere Anzahl von Stahlwerken und synthetischen Treibstoff- und Gummiwerken wurden mit sofortiger Wirkung von der Demontageliste gestrichen.

Die Demontagen in Berlin wurden völlig eingestellt. Durch das Petersberger Abkommen ist es gelungen, den größten Teil der wichtigsten deutschen Werke vor der Demontage zu retten. ...

Und nun, meine Damen und Herren, durch den am 26. Mai 1952 unterzeichneten Deutschland-Vertrag fallen sämtliche Begrenzungen und Einschränkungen der deutschen Produktion und des deutschen Handels fort.

Es handelt sich nur noch um 2 Ausnahmen: den Bau von Flugzeugen und die Herstellung von Atomwaffen. Die Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Atomenergie ist nicht mehr verboten. ...

Es handelt sich bei der Entscheidung, die der Bundestag zu treffen hat, nicht um eine Entscheidung wie über irgendein Gesetz, sondern – ich wiederhole nochmals – die deutsche Geschichte steht an einer Wende. Es ist nötig, daß man sich klar macht, welchen Weg wir zurückgelegt haben, damit man dadurch in die Lage versetzt wird, zu sehen, ob der Weg, den wir eingeschlagen haben, richtig ist und ob es richtig ist, diesen Weg auch fortzusetzen.

Ich glaube meine Damen und Herren, auch einige Ausführungen machen zu sollen über die politische Entwicklung bei uns und über die politische Entwicklung in der Sowjetzone.

(Aha-Rufe bei der KPD)

Auf politischem Gebiet war der Zustand in der Bundesrepublik bei der bedingungslosen Kapitulation doch so, daß nur noch Gemeindebehörden wenigstens einigermaßen funktionierten. Der ganze übrige staatliche Apparat war zerschlagen.

Am 5. Juni 1945 übernahmen die Alliierten die oberste Regierungsgewalt in Deutschland. Der Wiederaufbau der Verwaltungs- und staatlichen Organisation erfolgte in den 3 Zonen in verschiedenem Tempo, aber im wesentlichen nach dem gleichen Schema. Sowohl in den Gemeinden wie in den neugeschaffenen Ländern wurden Parlamente eingesetzt, in die ernannte Mitglieder berufen wurden. Nach verhältnismäßig kurzer Zeit wurden freie Wahlen sowohl für die Gemeindeverwaltungen wie für die Landtage gestattet. Die zunächst ziemlich schroffe Überwachung der Gemeinde- und Länderverwaltungen wurde fortschreitend gelockert.

Im Dezember 1946 vereinbarten die amerikanischen und britischen Behörden die Zusammenlegung ihrer Besatzungszonen in wirtschaftspolitischer Hinsicht. In Frankfurt wurde der Zweizonenwirtschaftsrat gebildet. Gleichzeitig erfolgte die Errichtung des deutschen Obergerichts.

Auf Grund des Londoner Deutschland-Kommuniqués wurde am 1. Juli 1948 die Bildung einer verfassunggebenden Versammlung und einer zentralen Regierung vorgeschlagen.

(Zuruf von der KPD: Erzählen Sie doch etwas über die Verträge! Zuruf rechts: Mund halten!)

Die 11 Regierungschefs der Länder des westlichen Besatzungsgebiets arbeiteten Gegenvorschläge aus, in denen zum erstenmal vom Parlamentarischen Rat und vom Grundgesetz ge-

sprochen wurde. Dann trat der Ausschuß in Herrenchiemsee zusammen. Der Parlamentarische Rat konstituierte sich, das Grundgesetz wurde beschlossen und am 14. August 1949 fanden die Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag statt.

Nach der Bildung der Bundesregierung erfolgte der erste Besuch des Bundeskanzlers und von Mitgliedern des Kabinetts auf dem Petersberg (Hotel Petersberg bei Bonn: Sitz der Alliierten Hohen Kommission) am 21. September 1949. 2 ¾ Jahre später wurde der Petersberg geräumt, und am 26. Mai 1952 wurde hier bei uns in Bonn der Deutschland-Vertrag unterzeichnet, der die Aufhebung aller politischen Beschränkungen vorsieht.

Meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich nun einen Blick werfen auf die Entwicklung in der Sowjetzone.

Im Juli 1945 wurde dort der Antifaschistische Block gebildet. Im April 1946 bildete sich die Sozialistische Einheitspartei. Im September 1946 gab der Sowjetrussische Außenminister Molotow eine Erklärung über die deutsche Ostgrenze ab. Die einzige Konferenz aller deutschen Ministerpräsidenten scheiterte im Juni 1947 infolge Abreise der Sowjetzonenvertreter.

(Zurufe der Mitte: Hört! Hört! – Zuruf von der KPD: Ach, wie schön!)

Im März 1948 verließ die sowjetische Delegation den Alliierten Kontrollrat. Im April 1948 begann die Abschnürung Berlins, und im November 1948 wurde die Spaltung der Stadt durch die Einsetzung eines Ost-Magistrats vollzogen.

Im Oktober 1949 konstituierte sich die provisorische Volkskammer. Im Juni erkannte die Sowjetzonenregierung in einem Abkommen mit Polen die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze an,

(lebhaftes Pfui-Rufe von den Regierungsparteien – der Abgeordnete Niebergall fragt: Was ist mit dem Saargebiet, Herr Adenauer? Wie ist es im Westen?)

und im Oktober 1950 fanden die Wahlen zur Volkskammer statt. ...

Im Gegensatz zu den finanziellen Hilfeleistungen an die Bundesrepublik im Rahmen des Marshall-Planes wurden in der sowjetischen Zone an die Besatzungsmacht in verschiedenster Gestalt in der Zeit von 1945 bis 1951 Werte in Höhe von insgesamt 31 Milliarden DM abgeführt.

(Abgeordnete der Regierungspartei: Hört! Hört! – die Abgeordnete Strohbach fragt: Was ist bei uns herausgeschleppt worden? Das möchten wir auch gern hören! ...)

Das wirtschaftliche Leben ist in der Sowjetzone aufs schwerste beeinträchtigt. Die Bevölkerung leidet Not. Sie muß schwerste Arbeit leisten.

(Zuruf von der KPD: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Freie Wahlen gibt es nicht, ebensowenig freie Parteien. Freiheit der Meinung, der Presse, der Versammlungen. Es gibt dort keine Grundrechte, wie wir sie besitzen.

Die Entwicklung der politischen Lage in der Welt, meine Damen und Herren, wird bestimmt durch den allmählich immer stärker werdenden Gegensatz zwischen Sowjetrußland einerseits und den Westmächten andererseits.

Nach 1945 rüsteten die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich ab, und zwar in einem geradezu überhasteten Tempo. Im Gegensatz zu ihnen hielt die Sowjetunion nicht nur ihre Rüstung bei, sondern sie baute sie fortgesetzt aus. Sie schritt schon 1945 zu aggressiven Handlungen gegenüber Griechenland. Die Kämpfe in Griechenland dauerten bis 1947. Sie wurden beendet zugunsten Griechenlands durch die Unterstützung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens.

Die Sowjetunion versuchte ferner im Jahre 1946, in Persien einen Aufstand zu erregen. Hier wurde sie durch die UNO zum Rückzug gezwungen. Dann versuchte sie durch die Berlin-Blockade, Berlin auszuhungern, um die Übergabe Berlins an Sowjetrußland herbeizuführen. In den gleichen Jahren vernichtete Sowjetrußland die Selbständigkeit der jetzt zu Satellitenstaaten gewordenen Länder. Unter Bruch der zwischen den Alliierten und diesen Staaten ge-

schlossenen Friedensverträge ging die Sowjetunion überall nach der gleichen Methode des Kalten Krieges vor.

(Zuruf von der KPD: Das ist doch nur Hetze!)

Aber Ende dieser Aktion stehen überall sogenannte Wahlen, die unter dem Gebrauch demokratischer Nomenklatur den Völkern den letzten Rest von Freiheit nehmen.

Von den Vorgängen die im Ostblock als "freie Wahlen" bezeichnet werden, geben die Zahlen, die ich Ihnen jetzt mitteilen werde, ein überzeugendes Bild.

In Albanien siegte im Dezember 1945 die Einheitsliste der nationalen Demokratischen Front mit 95 %.

In Bulgarien siegte die Vaterländische Front im November 1945 mit 80 %, im Dezember 1949 mit 97 %.

In Polen siegte der Block der Nationalen Einheit im Januar 1949 mit 89 %.

In Rumänien siegte der Regierungsblock im März 1948 mit 97 %.

In der Tschechoslowakei siegte die Einheitsliste der nationalen Front im Mai 1948 mit 90 %.

(Zuruf von der KPD: Das tut weh! – der Abgeordnete Dr. von Brentano fragt: Nirgends über 100 %?)

In Ungarn siegte die Unabhängigkeitsfront im Mai 1949 mit 98 %.

Und sie wissen alle, meine Damen und Herren wie die Einheitsliste in der Sowjetzone bei den "freiesten Wahlen", wie sie dort genannt wurden, mit fast 100 % gesiegt hat.

Überall, meine Damen und Herren, dieselbe Methode:

Einheitsliste, Terror, Zwang zur Wahl – und dann diese glänzenden, für eine "freie demokratische Wahl" sprechenden Wahlergebnisse.

Der Krieg in Korea im Sommer 1950 führte einen neuen Abschnitt in dem Verhältnis der Westmächte gegenüber der Sowjetunion herauf.

Während vorher die Westmächte, insbesondere die Vereinigten Staaten, geglaubt hatten, sich gegenüber dem Vordringen des Kommunismus unter Sowjetrußlands Führung lediglich durch wirtschaftliche Unterstützungsmaßnahmen zur Wehr setzen zu können, während sie sich bis dahin mit papierenen Protesten gegenüber der Unterwerfung der Satellitenstaaten begnügt hatten, schritten die Westalliierten nach Beginn des Koreakrieges zur Wiederaufrüstung. In Kenntnis der Gefahren, die ihnen aus der von der Sowjetunion verfolgten Politik drohten, schlossen sich nunmehr eine Reihe von Mächten im April 1949 im Atlantikpakt zusammen. Im Februar 1952 traten Griechenland und die Türkei bei, so daß jetzt im Nordatlantikpakt 14 Staaten vereinigt sind.

Der Nordatlantikpakt – und wir haben deswegen ein solches Interesse an ihm, weil wir nach Genehmigung der Verträge über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in ihn eingegliedert werden - ... ist in seinen wesentlichen Bestimmungen ein in den Rahmen der Vereinten Nationen eingebauter Konsultativ- und Beistandspakt, der vor allem auf dem in Artikel 51 der Charta bestätigten natürlichen Recht der Staaten auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung gegen jeden bewaffneten Angriff beruht.

Ein Angriff auf ein Mitglied gilt als Angriff gegen alle. Der Pakt ist aber nicht rein militärischer Art, sondern er verpflichtet die Mitglieder auch zur Förderung der Voraussetzungen für Stabilität und Wohlfahrt der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zur Beseitigung von Konflikten in ihrer internationalen Wirtschaftspolitik.

Das Ergebnis dieser Entwicklung seit 1945 fasse ich in folgenden Feststellungen zusammen: Es haben sich 2 gewaltige Machtsysteme aufgebaut: das von Sowjetrußland geführte und das westliche, in dem als stärkste Macht die Vereinigten Staaten hervortreten.

In dem von Sowjetrußland geführten Machtsystem sind, wie zahlreiche Vorkommnisse klar erkennen lassen, starke Expansions- und Aggressionskräfte wirksam. Die Auswirkung dieser Kräfte erstreckt sich im Wege des Kalten Krieges weit über die Grenzen des Ostblocks hin-

aus, insbesondere auch in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und Italiens, und zwar getarnt und ungetarnt. Das westliche Machtsystem hat seinen Ausdruck gefunden im Atlantikpakt und in einer Reihe von ebenso ausgesprochen defensiven Bündnissen und Abmachungen. ...

Wie schnell, meine Damen und Herren, die Entwicklung infolge der Einsicht der Westmächte und infolge des Drucks, der von Osten her auf sie ausgeübt wurde, wie schnell die Entwicklung des Verhältnisses der Bundesrepublik zu den Mächten Westeuropas und die Entwicklung in Westeuropa selbst sich geändert haben, ergibt sich aus folgendem.

Am 10. Dezember 1944 schloß die französische Regierung mit der Sowjetunion einen auf 20 Jahre berechneten Bündnisvertrag, der sich ausdrücklich und ausschließlich gegen Deutschland richtete.

Am 4. März 1947 schlossen Frankreich und das Vereinigte Königreich in Dünkirchen ein 50jähriges Bündnis, das ausdrücklich gegen Deutschland gerichtet war.

Am 12. März 1948 schlossen Großbritannien, Frankreich, Belgien, die Niederlande und Luxemburg in Brüssel ein 50jähriges Bündnis, das laut seiner Präambel für den Fall der Erneuerung einer deutschen Aggressionspolitik gedacht war.

Und, meine Damen und Herren, am 26. Mai 1952, wurde in Bonn der Deutschlandvertrag und am 27. Mai in Paris der EVG-Vertrag unterzeichnet, Verträge, durch die nach ihrer Genehmigung Deutschland zum Verbündeten der Westmächte wird.

Auch die Integration Westeuropas, meine Damen und Herren, schreitet fort.

Sie begann mit dem Europarat, sie erhielt den ersten kräftigen Anstoß durch den Abschluß über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, den Schuman-Plan.

... Er wird die Integration Europas in kräftiger Weise fördern. Der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft wird, wie ich schon ausführte, die Integration Westeuropas ein großes Stück vorwärts bringen.

Leider können wir infolge der gesamten internationalen Lage zur Zeit immer nur von der Integration Westeuropas sprechen. Aber alle diese Pakte, die die Integration fördern, und diejenigen, die noch zu schließen sind, um sie zu vollenden, sehen den Beitrag auch der anderen europäischen Länder vor und werden ihn vorsehen, so daß wir mit Bestimmtheit hoffen können, im Laufe der Zeit zu einer Integration ganz Europas zu kommen.

(... Zuruf von der KPD: Bis zum Ural! ...)

Lassen Sie mich jetzt noch die Lage der Bundesrepublik infolge der seit 1945 eingetretenen Entwicklung skizzieren.

Die Bundesrepublik steht noch unter Besatzungsstatut. Sie ist unbewaffnet. Sie ist nicht in der Lage, sich zu verteidigen. Sie ist - und darauf lassen sie mich besonders hinweisen - zur Zeit rechtlich gesehen nur Objekt politischer und strategischer Überlegungen.

Ich habe gesagt: "rechtlich gesehen", weil sie bei Genehmigung der Verträge vom Objekt zum Mithandelnden würde und weil die Westmächte in der Annahme, daß diese Verträge in Kraft treten werden, uns jetzt schon nicht mehr lediglich als Objekt politischer und strategischer Überlegungen betrachten.

Deutschland ist zudem noch geteilt. So liegt es zwischen den beiden großen Machtsystemen, die ich eben geschildert habe. Es liegt mitten in einem Spannungsfeld zwischen Ost und West, und zwar an einer besonders gefährdeten Stelle.

Welche Fortschritte werden nun die Verträge nach ihrem Inkrafttreten gegenüber dem heutigen Zustand für Deutschland bringen? Das Besatzungsstatut fällt fort. Alle wirtschaftlichen Beschränkungen hören auf. Wir erhalten die Unterstützung der Vereinigten Staaten. Wir erhalten ein Defensivbündnis mit Großbritannien. Die europäische Föderation beginnt auf dem neuralgischsten Punkt, nämlich dem militärischen. Europäische Kriege sind in Zukunft ausgeschlossen.

(Lachen bei der KPD ...)

Durch den Einbau in das größte Verteidigungssystem der Geschichte erhalten wir die denkbar größte Sicherheit, und, meine Damen und Herren, wir sind nicht mehr Objekt politischer und strategischer Überlegungen, sondern wir werden Mithandelnde.

... Solange wir besetztes Land sind, solange wir uns nicht in das westliche Verteidigungssystem eingefügt haben, sind wir ein Niemandsland zwischen 2 großen Mächtegruppen. ...

Wenn wir Mithandelnde werden, können wir auch unsere Kraft dafür einsetzen, daß die bestehenden Spannungen zwischen Ost und West auf friedlichem Wege gelöst werden.

Bleiben wir Objekt, so haben wir diese Möglichkeit nicht.

Und welches würden nun die Folgen der Ablehnung der Verträge sein?

Zunächst ist eines sicher. Es werden keine neuen Verhandlungen auf der gleichen Basis erfolgen, um Änderungen in dieser oder jener Hinsicht an diesem oder jenem Artikel zu erreichen. Darauf habe ich bereits hingewiesen.

Aber, meine Damen und Herren, eine Folge der Ablehnung der Verträge durch die Bundesrepublik würde ein Fiasko der bisherigen Politik der Westmächte gegenüber der Bundesrepublik bedeuten, und dieses Fiasko würde in sich schließen einen diplomatischen Erfolg für Sowjetrußland, der die sowjetische Selbsteinschätzung in unerträglicher Weise erhöhen würde.

Die diplomatische Lage in der Welt würde sich in starker Weise zugunsten Sowjetrußlands verschieben. Das Scheitern der bisherigen Politik der Westmächte bezüglich Deutschlands in Verbindung mit dem dadurch verursachten diplomatischen Gewinn Sowjetrußlands würde die Westmächte höchstwahrscheinlich zu einer grundlegenden Überprüfung ihrer Politik gegenüber Deutschland, Europa und Sowjetrußland veranlassen.

(Zuruf des Abgeordneten Strauß: Sehr richtig!) ...
Das Besatzungsstatut würde bestehen bleiben. Wegen der unsicheren Haltung der Bundesrepublik würde das Vertrauen, das wir uns bisher bei den Westmächten und in der ganzen Welt erworben haben, verlorengehen.

Die Handhabung des Besatzungsstatuts würde gegenüber dem jetzigen Zustand eine Wendung zur verschärften Kontrolle nehmen.

Ich habe schon erwähnt, daß eine Ablehnung der Verträge die Möglichkeit heraufbeschwört, daß Sowjetrußland mit seiner Forderung auf Neutralisierung Deutschlands durchdringen würde. Die Integration Europas, meine Damen und Herren, würde in einem solchen Falle ausgeschlossen sein, da ein Westeuropa sich ohne Deutschland nicht schaffen läßt. Die Bundesrepublik würde dank der dann in Westeuropa entstehenden Situation und mit Hilfe der jetzt schon in großer Zahl bestehenden Tarnorganisationen in die sowjetische Machtsphäre in der einen oder anderen Form hineingeraten.

Dann würde bei uns die gleiche Entwicklung einsetzen, wie sie sich in den nunmehrigen Satellitenstaaten vollzogen hat, d.h. ganz Deutschland würde ein Satellitenstaat werden.

Ich möchte noch einige in der Öffentlichkeit aufgeworfene Fragen besprechen, die von besonderer Bedeutung sind. Es ist behauptet worden, die Genehmigung der beiden Verträge mache die Wiedervereinigung mit der Sowjetzone unmöglich. ...

(Zuruf von der KPD: Das stimmt ganz genau!)
Ich halte diese Behauptung für falsch. ...

Es ist richtig, daß die Wiedervereinigung in Freiheit nur mit Zustimmung der 4 Alliierten, also auch mit Zustimmung Sowjetrußlands erfolgen kann.

Ich bin der Auffassung, daß es klug ist, wenn man sich für diese Politik die Hilfe von wenigstens 3 von vieren zunächst sichert, wie wir das im Deutschlandvertrag tun. ...

Ein Gesamtdeutschland, wie es bis jetzt Sowjetrußland in seinen Noten fordert, also ein neutralisiertes Deutschland, ein auf dem Boden des Potsdamer Abkommen errichtetes Gesamtdeutschland ist für uns nicht möglich. ...

Das eine ist sicher, meine Damen und Herren: Wenn wir die Verträge nicht unterzeichnen, verbessern wir die Aussicht auf Wiedervereinigung Deutschlands in keiner Weise. ...

Es ist weiter die Frage aufgeworfen worden, ob nicht die militärische Stärkung des Westens, die das Vertragswerk zur Folge haben wird, Sowjetrußland dazu reizen würde, zum heißen Krieg überzugehen.

Auch hier glaube ich, meine Damen und Herren, daß das Gegenteil richtig ist. Ich bin der Überzeugung, daß man einen hochgerüsteten totalitären Staat nicht dadurch von einer Aggression abhält, daß man möglichst schwach bleibt.

(Lebhafte Zustimmung und Beifall bei den Regierungsparteien. – Zuruf des KPD-Abgeordneten Reimann: Wie Adolf Hitler! Der hat das auch gesagt!) ...

Als Hitler aufrüstete, ist zunächst von seiten der anderen europäischen Staaten und von seiten der Vereinigten Staaten von Amerika nichts geschehen.

Weil Hitler wußte, daß diese Länder, militärisch schwach waren, hat er in dem Augenblick, als er glaubte, er sei stark genug, um einen schnellen Sieg zu erlangen, losgeschlagen.

Hätte man damals, als Hitler aufzurüsten begann, in den anderen Ländern auch die Verteidigungskräfte vermehrt, so würde Hitler niemals den Krieg gewagt haben.

Etwas Ähnliches, meine Damen und Herren, gilt auch für die Zeit nach 1945. Da Sowjetrußland stark gerüstet blieb, während die anderen Länder abrüsteten,

(Zuruf von der KPD: Wer denn?)

machte es von seiner militärischen Überlegenheit durch die Unterwerfung der jetzigen Satellitenstaaten rücksichtslosen Gebrauch.

Ich bin überzeugt, daß Sowjetrußland das nicht getan hätte, wenn es hätte befürchten müssen, daß die anderen ihm in den Arm fallen würden. ...<<

Auf der 2. Pressekonferenz der SED berichtete man am 12. Juli 1952 über die Errichtung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und verkündete den "Aufbau des Sozialismus".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die Landwirtschaftlichen "Produktionsgenossenschaften" (LPG) in der SBZ (x009/337-338): >>Eine in Deutschland neuartige Erscheinungsform gemeinschaftlicher Landbewirtschaftung sowjetischer Prägung, entstanden durch den Zusammenschluß bis dahin individuell wirtschaftender Bauern, Landarbeiter und auch sonstiger Berufszugehöriger zu einem kollektiven landwirtschaftlichen Betrieb zwecks gemeinsamer Bewirtschaftung und Nutzung der eingebrachten und der öffentlich bereitgestellten Bodenflächen und Produktionsmittel ("sozialistischer Großbetrieb").

Die LPG sind keine Genossenschaften in unserem Sinne des Wortes. Es handelt sich nicht um freiwillige genossenschaftliche Zusammenschlüsse, die dazu dienen, die wirtschaftliche Lage ihrer Mitglieder, die einen eigenen landwirtschaftlichen Betrieb besitzen, zu fördern, sondern um Kooperationsformen der Landbewirtschaftung, die nach "sozialistischen Grundsätzen organisiert und geleitet werden".

LPG sind Zwangsgemeinschaften kommunistischer Art im Dienste des kollektiven Erwerbs, deren Verwaltung und Wirtschaftsgeschehen durch Gesetz und Musterstatuten zentral reglementiert und kontrolliert werden, so daß das Mitspracherecht der Mitglieder ihre Eigenverantwortung und Privatinitiative entscheidend unterbunden ist. ...

Bei der Eigentumsregelung wird zwischen "Eigentum der Genossenschaftsbauern" und "genossenschaftlichem Eigentum" unterschieden. Das Eigentum des Mitgliedes an Grund und Boden bleibt zwar formal erhalten, verliert jedoch seine Funktion, weil es unentgeltlich "zur gemeinsamen Nutzung eingebracht" und dem Eigentümer die Verfügungsgewalt darüber entzogen wird. Er wie sein Erbe dürfen den Grund und Boden "nur an den Staat, die LPG oder deren Mitglieder, die wenig oder gar kein Land besitzen", veräußern.

Hinzu kommt, daß jedes Mitglied beim Eintritt in die LPG III dieser auch sämtliches Inventar

und alle Wirtschaftsgebäude zur allgemeinen Nutzung unentgeltlich übergeben muß, soweit sie nicht zur Führung der persönlichen Hauswirtschaft benötigt werden. ...

Die LPG wird durch den Vorstand, den Vorsitzenden und die Mitgliederversammlung geleitet. ... Die Überwachung und Kontrolle der Arbeitsleistungen und der wirtschaftlichen Entwicklung obliegt dem Buchhalter, der den Vorsitzenden bzw. die Revisionskommission darüber regelmäßig unterrichtet. Dies erfordert einen umfangreichen Verwaltungsapparat, dessen Kosten die LPG belasten, ganz abgesehen davon, daß die darin beschäftigten Menschen der Güterproduktion entzogen werden. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das "Volkseigentum" in der SBZ (x009/465): >>Der Sache nach "Staatseigentum", staatliches "sozialistisches" Eigentum nach bolschewistischer Auffassung die Hauptform des "gesellschaftlichen" (sozialistischen) Eigentums, neben der es noch die Nebenform des genossenschaftlichen Eigentums - in Landwirtschaft, Handwerk und Handel - gibt.

Das Volkseigentum spielt vor allem in der Industrie eine Rolle, wo es in der SBZ rund 95 % des Eigentums bildet (einschließlich von 5 % sog. gemischten Eigentums, bei dem der Staat die Kapitalmehrheit inne hat).

Über das Volkseigentum bestimmen ausschließlich Partei und Regime, die über seine Erträge auf Grund der Wirtschafts- und Staatshaushaltspläne verfügen.

Nach bolschewistischer Ideologie gilt das Volkseigentum gegenüber dem Privateigentum an Produktionsmitteln als "höhere" und "sozialere" Eigentumsform, weil dadurch angeblich die Ausbeutung der Arbeitskraft abgeschafft sei. Tatsächlich findet diese weiterhin, und zwar zugunsten der Interessen der Machtinhaber, statt. Das Volk, die Gesellschaft hat auf die entscheidenden Fragen: Investitionen, Verteilung des Sozialprodukts keinen unmittelbaren Einfluß.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Volkseigene Wirtschaft" in der SBZ (x009/465): >>Zur Volkseigenen Wirtschaft zählen die Volkseigene Industrie, die staatlichen Verkehrseinrichtungen (Deutsche Reichsbahn, Post- und Fernmeldewesen, Schifffahrt, Kraftverkehr), der staatliche Großhandel mit Konsumgütern und Lebensmitteln und der staatliche Einzelhandel (HO). ...<<

Dr. Kather erklärte am 28. Juli 1952 während seiner Rede zum "Tag der Heimat" (x155/37): >>Der Tag von Potsdam, der sich zum siebenten Male jährt, ist ein Tag des Unheils für die vertriebenen Deutschen, für alle anderen Deutschen und darüber hinaus für Deutschland und die Welt. ...

Der Osten hat den Weg der Vertriebenen in die Heimat schon an der Zonengrenze erst in jüngster Zeit erneut verbarrikadiert und mit Stacheldrahtverhauen versperrt. Das Schicksal der Vertriebenen bleibt somit weiter ungewiß.

Deshalb erwarten sie von der Bundesrepublik und von der Welt Verständnis für ihre Lage und Hilfe und Unterstützung bei der Schaffung neuer Lebensgrundlagen in der Gastheimat im Westen. ...<<

Der Ministerrat beschloß am 7. August 1952 die Bildung der "Gesellschaft für Sport und Technik" und des "staatlichen Komitees für Filmwesen".

Um die großen wirtschaftlichen Probleme der Vertriebenen zu lösen, wurde am 17. August 1952 das sog. Lastenausgleichsgesetz erlassen.

Das Lastenausgleichsgesetz wurde durch eine feierliche Erklärung eingeleitet, in der man folgende Vorbehalte festlegt (x088/22): >>... In Anerkennung des Anspruchs der durch den Krieg und seine Folgen besonders betroffenen Bevölkerungsteile auf einen die Grundsätze der sozialen Gerechtigkeit und die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten berücksichtigenden Ausgleich von Lasten und auf die zur Eingliederung der Geschädigten notwendige Hilfe sowie unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen kei-

nen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen auf Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet und unter dem weiteren ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Gewährung und Annahme von Leistungen für Schäden im Sinne des Beweissicherungs- und Feststellungsgesetzes weder die Vermögensrechte des Geschädigten berühren noch einen Verzicht auf die Wiederherstellung der unbeschränkten Vermögensrechte oder auf Ersatzleistung enthalten, hat der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates das nachstehende Gesetz beschlossen ...<<

Wegen ungelöster Finanzierungsprobleme erfolgte die Auszahlung der Hauptentschädigungen jedoch erst ab 1959.

Lastenausgleich

Das Lastenausgleichsgesetz vom 14. August 1952, daß das Soforthilfegesetz vom 8. August 1949 ablöste, belastete das Sachvermögen der Westdeutschen mit langfristigen Ausgleichsabgaben (50 % des Besitzwertes nach der Währungsreform von 1948), die aus den laufenden Einkünften in einen Fonds zur Entschädigung der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen eingezahlt wurden. 25 % der erhöhten Vermögensteuer dienten ebenfalls zur Finanzierung des Ausgleichsfonds.

Für den Erfolg des Wiederaufbaues der Bundesrepublik Deutschland war es dringend erforderlich, das Problem der entwurzelten Bevölkerungsteile zu lösen. Man mußte diesen Menschen unbedingt eine neue Lebensgrundlage verschaffen, um eine Radikalisierung der Heimatvertriebenen zu verhindern. Wenn man das sog. "Palästinenserproblem" vermeiden wollte, war vor allem die Ghettobildung, Lagermentalität und das Armutsleben ohne Zukunft zu beenden. Alle Vertriebenen sollten auf Dauer wirtschaftlich, sozial und gesellschaftlich eingliedert werden.

Die Aufnahme und Eingliederung der vertriebenen Reichs- und Volksdeutschen war ein langwieriger Prozeß, der länger als 20 Jahre dauerte. Die Hauptaufnahmeländer waren zunächst Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Später wurden nach und nach viele Vertriebene in die übrigen westdeutschen Bundesländer umgesiedelt, um die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und weil man die wirtschaftliche Eingliederung fördern mußte.

Die wirtschaftlichen und sozialen Eingliederungsmaßnahmen waren ohne gezielte Leistungen und Förderungen des Bundes, der Länder und des Lastenausgleichsfonds naturgemäß nicht möglich. Zum Abbau der Spannungen zwischen Einheimischen und Vertriebenen wurden von denen, die ihr Eigentum ganz oder größtenteils behalten hatten, Sonderopfer in Form langfristiger Ausgleichsabgaben verlangt. Dazu gehörte auch die Erhöhung der Vermögensteuer, die zu 25 % dem Ausgleichsfonds zugewiesen wurde.

Hilfen aus dem Lastenausgleich erhielten nur diejenigen, die in der Lage waren, ihren verlorenen Besitz nachzuweisen. Die Empfangsberechtigten mußten gewöhnlich jahrelang auf eine Entschädigung warten. Die finanziellen Hilfen konnten die verlorenen Vermögenswerte zwar nur zu einem geringen Teil ersetzen, aber sie gaben vielen Ost- und Volksdeutschen wenigstens die Möglichkeit, eine neue Existenz aufzubauen.

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über den "Lastenausgleich" (x051/344): >>Lastenausgleich, Vermögensausgleich zwischen den durch den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen schwer und den nicht oder wenig getroffenen Bevölkerungsgruppen der Bundesrepublik.

Gesetzliche Grundlage: zunächst das Soforthilfegesetz vom 8.8.49, dann das Lastenausgleichsgesetz (LAG) vom 14.8.52. Nach dem LAG wurden von den Abgabepflichtigen (natürliche Personen, Körperschaften und Personenvereinigungen) "Ausgleichsabgaben" (bis 1979 Vermögens- und Hypothekengewinn-, bis 1974 Kreditgewinnabgaben) erhoben, die zusammen mit Zuschüssen des Bundes und der Länder einen "Ausgleichsfonds" speisten, aus dem je nach der Höhe des Schadens und gestaffelt nach Bedürftigkeit "Ausgleichsleistungen" an Personen gewährt wurden, die durch Kriegshandlungen, Vertreibung oder Flucht (aus Ost-

deutschland, Osteuropa und - ab 1969 - der Sowjetzone bzw. der DDR) oder durch die Währungsreform von 1948 Vermögensschäden erlitten hatten, teils in Form direkter Zahlungen, teils als Renten, Darlehen oder Ausbildungsbeihilfen. ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtete später über die staatliche Förderung und Unterstützung der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen in Westdeutschland (x021/474-476): >>... Der junge Staat Bundesrepublik bediente sich besonders erfolgreich dreier Instrumente, um die Vertriebenen und Flüchtlinge aus ihrer schlimmen Lage, das heißt aus dem Lager, herauszuführen: Kredite, Lastenausgleichfonds und Wohnungsbau.

Der Lastenausgleichfonds zahlte innerhalb von 30 Jahren 128 Milliarden Mark aus; 86 Milliarden an Vertriebene und Flüchtlinge, 26 Milliarden an Bombengeschädigte, 12 Milliarden an geschädigte Sparer, knapp 4 Milliarden an Flüchtlinge aus der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik.

In jenen ersten Jahren der Bundesrepublik wurde auch erkennbar, daß jede Investition zugunsten der Vertriebenen zugleich den allgemeinen Wiederaufbau, den allgemeinen Aufschwung der Wirtschaft vorantrieb, also allen Deutschen zugute kam. Die Interessen der Einheimischen und der Vertriebenen wurden deckungsgleich.

Im Jahre 1950 fehlten in der Bundesrepublik noch mehr als 2 Millionen Wohnungen, vor allem für Vertriebene und Flüchtlinge. Die erste Bundesregierung unter Konrad Adenauer setzte ein gigantisches Wohnungsbauprogramm in Gang. Es wurde einer der Treibsätze für das deutsche Wirtschaftswunder: die Dynamik, die damals entfesselt wurde, riß erst das Baugewerbe und seine Zulieferindustrie und dann andere Branchen steil mit sich nach oben.

Dies alles hätte nicht ohne die Einsatzbereitschaft und die Fähigkeit der vertriebenen Arbeiter, Handwerker und Angestellten geschehen können. Sie waren tiefer niedergedrückt worden als andere Deutsche – doch um so stärker war ihr Wille, wieder aufzusteigen. Aus den Zahlen der Statistik läßt sich nicht herauslesen, daß die Vertriebenen und Flüchtlinge härter am Wiederaufbau gearbeitet haben, als die Menschen, die in Westdeutschland ihre Heimat hatten. Aber viele von ihnen waren außerordentlich zäh bei der Verfolgung des Ziels, wieder ein sinnvolles Leben zu führen – die vertriebenen Bauern etwa, die Ödland unter den Pflug nahmen, oder wüste Äcker, die von westdeutschen Bauern aufgegeben worden waren, wieder fruchtbar werden ließen.

Der Kieler Universitätsprofessor Friedrich Edding urteilte in einer wissenschaftlichen Untersuchung über die Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland:

"Der in der menschlichen Qualität, in Arbeitswillen, Können und Durchsetzungsvermögen der Vertriebenen liegende Wert erwies sich von Jahr zu Jahr als ein für die Wirtschaft positiver Faktor. Die Initiative der Vertriebenen brachte neues Leben in stagnierende örtliche Verhältnisse und Wirtschaftszweige: Zahlreiche neue Betriebe und Produktionen entstanden, andere erfuhren durch die Vertriebenen entscheidende Verbesserungen. ...

Der stark erweiterte Binnenmarkt, dessen Kaufkraft von Jahr zu Jahr wuchs, verminderte das Risiko der Investition und verbesserte die Gewinnchancen jedes Unternehmens ganz außergewöhnlich, die Stückkosten der Produktion zu senken oder relativ niedrig zu halten und damit zugleich eine gute Voraussetzung zu schaffen für die Erweiterung des Exports. ...

Als Resultat aus belastenden und stimulierenden Momenten der Eingliederung hat sich ein Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum ergeben, der sich zwar nicht exakt messen läßt, der aber zweifellos sehr bedeutend ist."

Der materielle Erfolg der Flüchtlinge und Vertriebenen war jedoch kein Ausgleich für die Opfer, die sie bringen mußten. Friedrich Edding: "Vergessen wir nicht den hohen Preis des Unglücks und des viele Jahre dauernden Elends, den die Vertriebenen zu zahlen hatten." ...<<

Das ZK der SED gab der Jugendorganisation "Junge Pioniere" am 19. August 1952 den Na-

men: Pionierorganisation "Ernst Thälmann" und erteilte ihr die Weisung, "ein treuer Helfer der Partei der Arbeiterklasse" zu sein. Die "Uniform" der Jungen Pioniere bestand aus weißen Hemden und Blusen, einer blauen Hose oder einem blauen Rock sowie einem roten, dreieckigen Halstuch (1.-3. Schulklasse: blaues Halstuch).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die Jugendorganisation "Junge Pioniere" (x009/203): >>... Seit dem IV. Parlament der FDJ (1952) ist das Aufnahmealter auf sechs Jahre festgesetzt. ...

Zu jeder größeren Schule gehört ein hauptamtlicher Pionierleiter. Unter den Bezirks- und Kreisverbänden stehen die Freundschaften (für ganze Schulen), Gruppen (für Schulklassen) und Zirkel.

Laut Beschluß des Politbüros der SED vom 8.10.1957 wurden die Jungen Pioniere, deren Arbeit oft nur äußerlicher Drill und Phrasendrescherei ist, im Rahmen der FDJ selbständiger organisiert. Der Zentralrat der FDJ gab den Jungen Pionieren am 10.12.1957 eine eigene Zentraleitung. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Pionierleiter" (x009/328): >>... Der Pionierleiter ist - gebunden an das allgemeine Erziehungsziel der Schule und der FDJ - verantwortlich für die "Pionierarbeit" in der Grundschule.

Er ist gleichberechtigtes Mitglied des Pädagogischen Rates, ist verpflichtet, zu hospitieren (in Schulen am Unterricht teilzunehmen), "um Einblick in den Leistungsstand der Schüler zu erhalten" (womit er die Möglichkeit erhält, die Arbeit des Lehrers zu kontrollieren).

Die Pionierleiter (Mindestalter 17 Jahre) sind zunächst in Kurzlehrgängen ausgebildet worden. Jetzt ist eine 3jährige Ausbildung an Instituten für Lehrerbildung vorgeschrieben. Die Pionierleiter sollen nach einigen Dienstjahren durch Zusatzprüfungen zu Lehrern befördert werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Pionierecke und Pionierpaläste" in der SBZ (x009/328): >>Von Jungen Pionieren mit Losungen, Fahnen und Wandzeitungsartikeln ausgestattete Ecke oder Wand in Klassenzimmern, die auf die Ziele der Jugendorganisation hinweisen und zur Werbung neuer Mitglieder beitragen sollen. ...<<

>>... Mit hohen Kosten eingerichtete und unterhaltene Häuser, in denen Kinder mit allen Mitteln der Verlockung im kommunistischen Sinne beeinflusst werden.

Pionierpaläste enthalten z.B. Kindertheater, Räume für Arbeitsgemeinschaften, Büchereien, Lesezimmer, Film-, Spiel-, Bastelräume und dergleichen mehr. ...<<

Das Gelöbnis der Thälmann-Pioniere lautete wie folgt (x296/209 L):

>>Ernst Thälmann ist mein Vorbild.

Ich gelobe zu lernen, zu arbeiten und zu kämpfen,
wie es Ernst Thälmann lehrt.

Ich will nach den Gesetzen der Thälmann-Pioniere
handeln,

Getreu unserem Gruß bin ich
für Frieden und Sozialismus immer bereit.<<

Die Gesetze der Thälmann-Pioniere lauteten (x296/209 L):

>>Wir Thälmann-Pioniere
lieben unser sozialistisches Vaterland,
die Deutsche Demokratische Republik.

Wir Thälmann-Pioniere
lieben und achten unsere Eltern.

Wir Thälmann-Pioniere
lieben und schützen den Frieden
und hassen die Kriegstreiber.

Wir Thälmann-Pioniere sind Freunde der Sowjetunion
und aller sozialistischen Brudervölker
und halten Freundschaft
mit allen Kindern der Welt.<<

Ein Zeitzeuge berichtete später über den allgemeinen Lebenslauf der "Jungen Pioniere" (x073/272): >>Als er 9 Monate alt war, brachte ihn seine Mutter jeden Morgen um sechs in die Krippe. Da wurde er versorgt, bis sie ihn nach der Schicht wieder abholte.

Mit 3 ging er in den Kindergarten. Er gewöhnte sich an das Spiel in der Gruppe und wusch sich regelmäßig die Hände.

Mit 6 kam er in die Schule. Die Eltern waren stolz und hatten ihn fein gemacht. Er zeichnete sich durch Pflichtetifer und gutes Wissen aus. Bald trug er das rote Halstuch der Thälmann-Pioniere. Einmal im Mai durfte er den Helden der Volksarmee Nelken überreichen.

In der Pionierrepublik tat er sich im Geländespiel hervor.

Mit 14 zur Jugendweihe, wußte er, worauf es ankommt: Liebe zum sozialistischen Vaterland, glühender Haß auf den Klassenfeind.

Das Blauhemd der FDJ trug er mit Stolz, später wurde er Gruppenpionierleiter. Auf einem Solidaritätsbasar sammelte er über 4.000 Mark für die chilenischen Patrioten.

Nach der 10. Klasse wurde er mit Notendurchschnitt 1,3 zur erweiterten Oberschule delegiert.

Mit 16 trat er der "Gesellschaft für Sport und Technik" bei, lernte Kradfahren und war ein ordentlicher Kleinkaliberschütze. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Freundschaftsverträge" in der SBZ (x009/141): >>Vereinbarungen zwischen Partnern verschiedener Art, die in erster Linie der politischen Propaganda und Überwachung dienen.

In einem Freundschaftsvertrag ist etwa festgelegt, daß ein Betrieb bestimmte Reparaturarbeiten in einer Schule übernimmt, seine Planerfüllung laufend meldet, Werkvertreter zu den Abschlußprüfungen entsendet, betriebsangehörige FDJ-Mitglieder als Pionierleiter an die Schule abordnet und Geld für Schülerbüchereien, Lehrmittelsammlungen und Schülerfahrten gibt.

Die Schule verpflichtet sich z.B. zu Betriebsbesichtigungen und Kulturveranstaltungen, zu unterrichtlicher Auswertung der Produktionsmeldungen im Hinblick auf den Fünfjahrplan und zu gemeinsamen Demonstrationen mit den Arbeitern.

Vor allem werden auch Truppenteile der Nationalen Volksarmee und der Polizeitruppen von dem Freundschaftsvertragsnetz erfaßt. Die SED ist bemüht, auch hier Patenschaften zu gründen und zu beleben. Im Rahmen solch eines Freundschaftsvertrages, z.B. zwischen einem Stahlwerk und einem Regiment, der auch als Patenschaft bezeichnet wird, werden Delegierte und Schulungsreferenten ausgetauscht, Rekruten betreut, Besichtigungen durchgeführt.

Ferner wird für den betreffenden Truppenteil geworben, treten Spielgruppen auf. Auch Gliederungen der FDJ und anderer Massenorganisationen werden dazu gebracht, einen Freundschaftsvertrag mit je einer Einheit der Volksarmee zu schließen. ...<<

Der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher (am 13. Oktober 1895 im westpreußischen Kulm geboren, einer der wenigen aufrechten Politikern der Nachkriegszeit, die das Deutsche Reich tatsächlich erhalten wollen) starb am 20. August 1952.

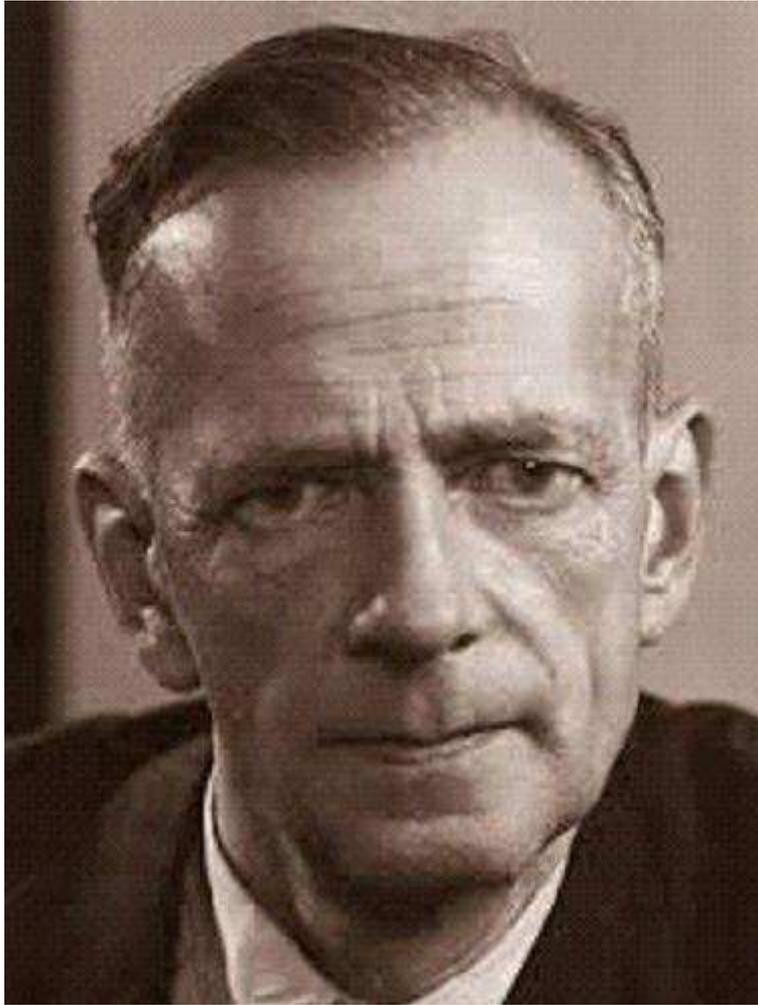


Abb. 81 (x051/525): Kurt Schumacher

Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, 1930-1933 SPD-Abgeordneter des Reichstages, von 1933-1945 fast ständig in KZ-Haft, seit Mai 1946 SPD-Vorsitzender, strebte die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands und eine freiheitlich-demokratische Verfassung an, ab 1949 SPD-Abgeordneter des Deutschen Bundestages).

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (am 28.10.2000) über Kurt Schumacher (x887/...): >>"National sein ist Ehrensache!"

Kurt Schumacher: In diesen Tagen jährte sich der 105. Geburtstag eines großen Sozialdemokraten

In diesen Tagen jährte sich der Geburtstag von Kurt Schumacher, dem ersten Vorsitzenden der Nachkriegs-SPD. Wenn man sich mit der Person und der Politik Schumachers beschäftigt, dann wird man mit Erschrecken feststellen, wie grundlegend sich die SPD in der historisch minimalen Zeitspanne von nicht einmal zwei Generationen verändert hat.

Dieser Kurt Schumacher, der bedingungslose Feind eines jeden Totalitarismus, gleichgültig, ob von rechts oder von links, dieser leidenschaftliche Verteidiger der deutschen Nation, dieser Preuße, der auch nach einem verlorenen Krieg Rückgrat gegenüber den Siegern bewies und der nicht zuletzt darum mit fast 100 Prozent der Stimmen von den Parteitagsdelegierten zum Vorsitzenden der SPD gewählt worden ist - dieser selbstlose politische Kämpfer soll einmal der Vorgänger von Schröder und Lafontaine gewesen sein?

Kurt Schumacher war Grenzlanddeutscher. Er wurde am 13. Oktober 1895 in Kulm, einer preußischen Kleinstadt in Westpreußen, geboren. Er erlebte den Volkstumskampf und erfuhr nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg, wie die Provinz trotz deutscher Mehrheit von den

Siegern Polen zugeschlagen wurde.

Kurz bevor Kurt Schumacher das Abitur ablegen sollte, brach der Erste Weltkrieg aus. Begeistert meldete er sich als Offiziersanwärter beim Feldartillerie-Regiment Thorn, wechselte aber bald als gemeiner Kriegsfreiwilliger zum Infanterie-Regiment 21, um noch rechtzeitig an die Front zu kommen.

Schon am 2. Dezember 1914 wurde er bei Lodz am rechten Arm und am rechten Oberschenkel schwer verwundet. 26 Stunden blieb er auf dem Gefechtsfeld liegen, bevor er gefunden wurde. Der rechte Arm mußte amputiert werden. 1915 wurde er als dienstuntauglich aus dem Heer entlassen, nachdem ihm das Eiserne Kreuz 2. Klasse verliehen worden war.

In Halle, Leipzig und Berlin widmete er sich dem Studium der Rechtswissenschaft und der Nationalökonomie und bestand 1919 das 1. juristische Staatsexamen.

Die Eltern, die in dem nun zwangsweise polnisch gewordenen Kulm nicht für Polen optieren wollten, mußten 1920 unter Zurücklassung ihres Besitzes die Heimat verlassen und siedelten ins kleiner gewordene Reich über.

Die Familie war es nicht, die Kurt Schumacher zum Sozialdemokraten werden ließ. Der Vater war wohlhabender Unternehmer und politisch bei den Liberalen engagiert. Es gibt auch kein Zeugnis dafür, daß ihn das Kriegserlebnis ins linke politische Lager gedrängt hätte.

Erst, als er bereits dienstuntauglich geschrieben war, bekannte er sich zur sozial-patriotischen Richtung der SPD und wurde Parteimitglied, 1918 auch Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates. Schumacher trat damals wie auch später für die Parlamentarisierung des Reiches ein und für die Abschaffung des Großbesitzes, sei es in Industrie, sei es im Handel oder der Landwirtschaft, weil er diesen Kreisen eine nicht berechtigte Vorherrschaft in der Politik zuschrieb, eine Vorherrschaft, die sie zum überwiegenden Nutzen ihres Standes mißbrauchten.

Sein Sozialismus war nie marxistisch, auch wenn er das Vokabular des Marxismus verwendete. Der Marxismus war ihm nur eine Methode zur Analyse, nicht aber eine Lehre, die dogmatisch zu befolgen war. Für ihn war es damals bereits eine Selbstverständlichkeit, daß Sozialismus die nationale Unabhängigkeit eines Landes voraussetzt.

Wie der Gründer der Sozialdemokratie, Ferdinand Lassalle, so bejahte auch Schumacher den Staat als Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen. Er folgte also nicht Marxens Idee, daß am Ende des Sozialismus die Auflösung des Staates zu stehen habe.

Die Revolution als Mittel der Entwicklung lehnte er ab. Nach seiner Ansicht müßten die Sozialdemokraten den Staat mit friedlichen Mitteln langfristig erobern. Produktionsgesellschaften oder -genossenschaften, die er an Stelle des Großbesitzes anstrebte, seien staatlich zu finanzieren. Und kein Sozialismus ohne Demokratie - so sein Credo, das er jahrzehntelang wiederholte.

Bald wurde er Redakteur der in Stuttgart erscheinenden sozialdemokratischen Tageszeitung "Schwäbische Tagwacht". Er ließ darüber die Zeit verstreichen, um seine Promotion, die er längst abgeliefert hatte und die mit dem Prädikat "summa cum laude" benotet worden war, mit einigen gewünschten Korrekturen zu versehen. Nach einer Reihe von Jahren holte er sie nach und konnte dann mit Fug und Recht den Dokortitel führen. 1924 wurde er in den württembergischen Landtag gewählt, 1930 in den Reichstag.

Durch seine außerordentlich scharfen Diskussionsbeiträge verdiente er sich in Stuttgart den Namen der "preußischen Revolverschnauze". Intensiv beschäftigte er sich mit Fragen der Verteidigung; statt einer Berufsarmee, die die Versailler Siegermächte dem deutschen Reich aufgezungen hatten, bevorzugte er ein Volksheer mit allgemeiner Wehrpflicht, nicht zuletzt, weil eine solche Armee ins Volk und in die Demokratie eingebunden gewesen wäre.

Vehement plädierte er gegen die Einbindung Deutschlands in den Block der Westmächte ebenso wie auch gegen die Anlehnung an die Sowjetunion. Stets stand er für ein souveränes Deutsches Reich, ein Begriff, den er auch nach 1945 ohne jede Befangenheit verwendete.

In scharfen Gegensatz geriet er zu den Nationalsozialisten, deren Partei immer stärker wurde. Bekannt ist sein Zusammenstoß mit dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Joseph Goebbels. Der hatte in einer erregten Debatte die SPD beschuldigt, sie sei die "Partei der Deserteure" im Ersten Weltkrieg gewesen.

Daraufhin brach im Reichstag ein gewaltiger Tumult los - damals galt es noch als schimpflich, im Krieg aus der deutschen Armee desertiert zu sein -, und der schwerkriegsbeschädigte, mit dem EK ausgezeichnete Abgeordnete Dr. Schumacher schleuderte Goebbels, der wegen seines durch einen Unfall verkrüppelten Fußes nicht hatte Soldat werden können, entgegen, die NSDAP-Abgeordneten würden auf einem "Niveau moralischer und intellektueller Ver lumpung und Verlausung" kämpfen. Er beendete seinen Beitrag mit dem Satz: "Die ganze nationalsozialistische Agitation ist ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen."

Seine Polemik kannte kaum Grenzen, so wenn er den Nationalsozialisten androhte: "Eines Tages werden wir die ganze Naziführerbande in die Irrenhäuser einsperren." Ebenso fanatisch und häufig auch zügellos bekämpfte Schumacher die Kommunisten, für ihn "rotlackierte Doppelausgaben der Nationalsozialisten". Die Kommunistische Partei war für Schumacher "ein stehendes Heer der Sowjetunion auf deutschem Boden". Er war bald sowohl bei der NSDAP als auch bei der KPD einer der bestgehaßten Parlamentarier.

Nachdem im Januar 1933 die NSDAP als stärkste Partei mit der Regierungsbildung beauftragt worden war, wurde im Juni Kurt Schumacher in Schutzhaft genommen, zunächst in einem Gefängnis, dann in einem wilden KZ und schließlich im KZ Dachau festgehalten. Obwohl seine Eltern und Schwestern samt Familien keineswegs seine politische Meinung teilten - sie traten für den Nationalsozialismus ein -, halfen sie dem eingesperrten Sohn, Bruder und Schwager, indem sie Lebensmittel und Kleidung schickten.

Schumacher war in der Bibliothek des KZ Dachau beschäftigt, in der zu seinem Erstaunen auch eine große Zahl von Büchern stand, die im Dritten Reich nicht verboten, aber auch nicht in den Buchhandlungen zu finden waren, wie Werke von Thomas Mann, Lion Feuchtwanger, Karl Kraus.

Seit Beginn des Zweiten Weltkrieges verfolgten viele Häftlinge - so auch Schumacher - anhand von Wandkarten den Frontverlauf und steckten den Vormarsch der deutschen Truppen mit Fähnchen ab. Daß Schumacher die deutschen Siege mit Begeisterung begrüßt haben soll, bezeichnet sein Biograph Peter Merseburger als kommunistische Propaganda. Tatsächlich aber registrierte Kurt Schumacher die ersten Niederlagen der Sowjetarmee in den Jahren 1941 und 1942 mit Triumph und Genugtuung. Er wie Mithäftlinge drückten ihren Respekt aus über die Leistungen der deutschen Soldaten - wie es damals nahezu alle Deutschen taten.

Schumacher wurde krank. Er litt unter Magengeschwüren und einer Darmkrankheit ... Im März 1943 wurde er aus der Haft entlassen nach Hannover zu seiner Schwester, die ihn aufzupäppeln sich bemühte, bis sie ausgebombt wurde. Schumacher arbeitete im Büro einer Lagerverwaltung, wurde nach dem Attentat auf Hitler im Juli 1944 noch einmal für vier Wochen festgenommen, dann freigelassen und erlebte den Einmarsch der Alliierten in Hannover.

Sofort begann er trotz seines schlechten Gesundheitszustandes, die SPD wieder zu organisieren. Sein Ziel: Deutschland soll als geschlossenes Ganzes auch in der Niederlage erhalten werden, wie er formulierte. Die Nation war für ihn Solidaritätsgemeinschaft. Schumacher: "National sein ist Ehrensache!"

An seine alten Ideen knüpfte er an und kämpfte wiederum gegen Großbesitz, der kein politischer Machtfaktor sein dürfe. Die reine Demokratie war für ihn die politische Idee der Arbeiterklasse.

Mit großer Leidenschaft wandte er sich gegen die Behauptung, das deutsche Volk trüge eine Kollektivschuld. Für ihn war die Schuld nur individuell zu verstehen. Er sah auch deutlich,

daß das Versailler-Diktat-System die Lage von 1933 mit verursacht hatte. Alle Deutschen unter 30 Jahren, so forderte er, sollten von der Entnazifizierung ausgenommen werden. Von ihm ist kein Wort der heute so beliebten wie wohlfeilen Reuebekenntnisse bekannt. Selbstbewußt forderte er von den Siegermächten deutsche politische Gleichberechtigung. Nie trat er auf internationalem Parkett als Bittsteller auf.

Er forderte die Beendigung der Demontagen, so als er 1947 als erster deutscher Politiker die USA besuchte, um an einem Kongreß des Dachverbandes der Gewerkschaften, der American Federation of Labour, teilzunehmen. Leidenschaftlich wies er auf den Widersinn hin, einerseits im sich anbahnenden Gegensatz zum Bolschewismus die Deutschen als Verbündete gewinnen zu wollen, andererseits ihnen aber nur Lebensmittelzuteilungen von 1.000 Kalorien pro Tag zuzubilligen.

1948 mußte ihm ein Bein oberhalb des Knies amputiert werden, ein Schicksal, zu dem er durch sein Kettenrauchen beigetragen hatte. Annemarie Renger war ihm eine treue Gefährtin, die selbstlos dem so schwer Behinderten ermöglichte, noch vier Jahre lang aktive Politik zu treiben, so daß er in Westdeutschland der große Gegenspieler des christdemokratischen Bundeskanzlers Adenauer wurde. Scharf lehnte er dessen Pläne ab, die Bundesrepublik in die anglo-amerikanische Welt der Sieger einzubinden. Das war für ihn die Zementierung der deutschen Teilung, deren Überwindung an der Spitze seiner politischen Bemühungen stand.

Viele damalige Äußerungen und Aktivitäten Schumachers hätten ihm heute den Vorwurf der Rechtsradikalität eingetragen, so als er sich 1950 dagegen wandte, daß die von den Amerikanern in Landsberg wegen angeblicher oder wirklicher Kriegsverbrechen zum Tode verurteilten Deutschen hingerichtet wurden - vergeblich.

Er verwendete sich für den Generalfeldmarschall Kesselring, der von einem britischen Militärgericht zum Tode verurteilt worden war und um dessen Begnadigung Schumacher - mit Erfolg - bat. Schützend stellte er sich vor die Soldaten der Waffen-SS, die er streng unterschied von den KZ-Wachmannschaften. Früh traf sich Schumacher mit ehemaligen hohen HJ-Führern, um deren Motive kennenzulernen und um sie für die Sozialdemokratische Partei zu gewinnen.

Als die Alliierten das Ruhrgebiet internationalisieren wollten und dabei auf ein gewisses Verständnis des ohnehin separatistisch liebäugelnden Adenauer stießen, erklärte Schumacher, die SPD werde der Internationalisierung nur dann zustimmen, wenn darin die Industriereviere aller Staaten eingeschlossen würden.

In der Diskussion um das Ruhrstatut, eine von den Siegern eingerichtete Institution zur Kontrolle der gesamten deutschen Wirtschaft, kam es zu einem der explosivsten Tage im damals noch jungen Bundestag. Die SPD lehnte es ab, einen deutschen Vertreter in das Generalsekretariat zu entsenden. Adenauer beschuldigte sie daraufhin, dann seien sie schuld daran, wenn die Demontage der deutschen Fabrikanlagen fortgesetzt werde. Ein Tumult brach los. Ein oppositioneller Abgeordneter rief: "Sind Sie noch ein Deutscher?" Ein anderer: "Sprechen Sie hier als deutscher Kanzler?"

"Und dann" - so ein Chronist - "fiel das Wort mitten in die einen Moment lang abflachende Erregung, das Wort von Kurt Schumacher, leidenschaftlich, zischend, voller Verachtung: "Der Bundeskanzler der Alliierten!"

Ein Sturm brach los. Abgeordnete gingen aufeinander los, schrieten sich an, Fäuste wurden geschüttelt, Schlägereien drohten. Die Sitzung mußte unterbrochen werden. Das alles geschah am 25. November 1949 morgens um drei Uhr. Schumacher wurde für 20 Sitzungstage von den Beratungen ausgeschlossen, aber sein Wort wirkte erhellend und nachhaltig gleichsam als sein Vermächtnis bis heute fort.

Als - von der Sowjetischen Besatzungszone ausgehend - die SPD mit der KPD zur Sozialistischen Einheitspartei verschmolzen werden sollte, wandte er sich mit aller Kraft dagegen. Stets

focht er für deutsche Gleichberechtigung und lehnte alle Maßnahmen der Sieger ab, die die Deutschen benachteiligten. Er wollte, daß die deutsche Frage gelöst werde und daß erst dann über ein Europa freier gleichberechtigter Völker zu verhandeln sei. Für ihn stand die Nation als politisches Ziel an erster Stelle.

Am 20. August 1952 verweigert der so schwer geschädigte Körper dem leidenschaftlichen Politiker den Dienst. Er stirbt und wird nach Hannover übergeführt. Hunderttausende, und nicht nur Anhänger der SPD, säumten den letzten Weg des großen sozialen und nationalen Volksführers.

Kurt Schumacher: "Ich erkläre: Die deutsche Sozialdemokratie hat 1945 als erster Faktor Deutschland und der Welt erklärt: Die Oder-Neiße-Linie ist unannehmbar als Grenze. Ich erkläre weiter: Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei kann bestehen, die die Oder-Neiße-Linie anerkennen will. Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats und des Verrats an Menschheitsideen ... verstricken zu lassen."<<

Das Lastenausgleichsgesetz (Sonderleistungen für Kriegsbeschädigte, Heimatvertriebene und Flüchtlinge) trat am 1. September 1952 in Kraft.

Die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference unterzeichneten am 10. September 1952 in Luxemburg ein Wiedergutmachungsabkommen.

In der Präambel des Wiedergutmachungsabkommens vom 10. September 1952 hieß es (x243/60):

>>In der Erwägung

DASS während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unsagbare Verbrechen gegen das jüdische Volk verübt worden sind

UND DASS die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in ihrer Erklärung von 27. September 1951 ihren Willen bekundet hat, in den Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit die materiellen Schadenfolgen dieser Taten wiedergutzumachen ...

SIND der Staat Israel und die Bundesrepublik Deutschland zu folgender Vereinbarung gelangt ...<<

Nahum Goldmann (1895-1982, von 1951-1977 Präsident des Jüdischen Weltkongresses) berichtete später in seinem Buch "Mein Leben als deutscher Jude" über die erfolgreichen Wiedergutmachungsverhandlungen mit Bundeskanzler Adenauer (x268/209): >>... Als ich mich am Morgen nach meiner Ankunft zum israelischen Ministerpräsidenten David Ben Gurion begab, kam er mir in feierlicher Stimmung entgegen und erklärte:

"Du und ich haben das Glück gehabt, zwei Wunder zu erleben – die Schaffung des Staates Israel und die Unterzeichnung des Abkommens mit Deutschland. Ich war für das erste, du warst für das zweite verantwortlich. Der Unterschied ist nur der, daß ich an das Eintreten des ersten Wunders immer geglaubt habe, bis zum letzten Augenblick aber nicht an das zweite."

...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 10. September 1952 über die Wiedergutmachungsverhandlungen: >>Wiedergutmachung

Die Bundesrepublik Deutschland schließt mit Israel einen Wiedergutmachungsvertrag. In dem u.a. von Bundeskanzler Adenauer und Israels Außenminister Scharett unterzeichneten Abkommen sichert die Bundesrepublik dem Staat Israel im Laufe von 12 Jahren 3 Mrd. Mark in Form von Zahlungen und Warenlieferungen zu.<<

Prof. Dr. Reinhart Beck schrieb später über die "Wiedergutmachung" der Bundesrepublik Deutschland (x051/639): >>Wiedergutmachung, finanzielle Leistungen der Bundesrepublik an Opfer des nationalsozialistischen Gewaltregimes oder an deren Hinterbliebene.

Diese erhielten/erhalten individuell Wiedergutmachungsleistungen in Form der Rückerstattung enteigneter Vermögensgegenstände und/oder der Entschädigung für sonstige Vermögens- oder Personenschäden. Die Rückerstattung wurde zunächst in den westlichen Besatzungszo-

nen durch Gesetze der alliierten Militärregierung, in Berlin durch Anordnung der Alliierten Kommandantur, dann durch das Bundesrückerstattungsgesetz (BRÜG) vom 19.7.57 geregelt. Das Entschädigungsrecht war zunächst in verschiedenen Landes- und Bundesgesetzen und ist jetzt im Bundesentschädigungsgesetz (BEG) vom 29.6.56 enthalten.

Ihm zufolge hat Anspruch auf Entschädigung, wer aus politischen, rassistischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen verfolgt wurde und dadurch Schaden an Leben, Gesundheit, Freiheit, Eigentum oder in seinem beruflichen oder wirtschaftlichen Fortkommen erlitt, sofern er bis zum 1.4.58 seinen Anspruch angemeldet hatte. Keine Wiedergutmachung erhalten u.a. ehemalige Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen (ausgenommen bloß nominelle Mitglieder) und Personen, die dem nationalsozialistischen Unrechtsregime Vorschub geleistet haben. –

Bis 1981 wurden insgesamt aufgrund der BRÜG rd. 3,9 Milliarden DM und aufgrund der BEG rd. 50,1 Milliarden DM Wiedergutmachungsleistungen bezahlt.

Von der individuellen Wiedergutmachung ist die globale Wiedergutmachung zu unterscheiden, die die Bundesrepublik aufgrund bilateraler Verträge an zahlreiche vom nationalsozialistischen Terror betroffene Staaten und an internationale Organisationen leistete: So v.a. an Israel 3 Milliarden DM, an die jüdische Weltorganisation 0,45 Milliarden DM nach dem deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommen vom 10.9.52. Dieser Vertrag war insbesondere in Israel umstritten wegen der dahinter vermuteten deutschen Freikaufmentalität angesichts der unsühnbaren Verbrechen der Endlösung.

Weitere Wiedergutmachungsempfänger: UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge, Jugoslawien, Polen, CSSR, Ungarn, Österreich, Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien, Griechenland, Italien, Schweiz, Luxemburg, Norwegen und Schweden. –

Insgesamt betragen die Wiedergutmachungsleistungen bis Ende 80 rd. 63,4 Milliarden DM; die gesamte Wiedergutmachung wird auf mehr als 85 Milliarden DM geschätzt.<<

Papst Pius XII. erklärte am 13. September 1952 zur Kollektivschuld für ein Volk oder Völker (x268/44): >>... Was aber die Verantwortung angeht, so erlauben der Aufbau der modernen Staatsmaschine und die fast unentwirrbare Verkettung der wirtschaftlichen und politischen Dinge es dem kleinen Mann nicht, wirksam auf die politischen Entscheidungen Einfluß zu nehmen.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die vermeintliche Kollektivschuld der Deutschen (x025/189): >>... Die Theorie von der Kollektivschuld der Deutschen beruht, wie ihre Kritiker dargetan haben, auf der Unkenntnis fundamentaler historischer Tatsachen und der Widerstandsmöglichkeiten in einer totalitären Diktatur.

Sie wurde in der Praxis zur Rechtfertigung von millionenfachen Verbrechen gegen die Menschlichkeit benützt. Historisch gesehen ist diese Theorie eine der vielen Erscheinungsformen des Rassismus; sie entspricht weitgehend dem christlichen Antisemitismus vergangener Jahrhunderte.<<

Otto Nuschke (CDU-Abgeordneter der Volkskammer) erläuterte am 20. September 1952 während einer Pressekonferenz in Bonn die Stellung des Staatssicherheitsdienstes (x009/421): >>Der SSD unterliegt keiner Kontrolle durch die Volkskammer, er ist eine Behörde eigener Verantwortung. Er ist lediglich der Form nach an die Sozialistische Gesetzlichkeit gebunden.

...<<

In der am 24. September 1952 verabschiedeten neuen Verfassung der Volksrepublik Rumänien gewährte man den nationalen Minderheiten angeblich wieder alle demokratischen Rechte (x007/180E-182): >>**Die Nationalitätenbestimmungen der Verfassung von 1952**

Die Verfassung der Volksrepublik Rumänien vom 24. September 1952.

Einleitung

...

Die nationalen Minderheiten der Rumänischen Volksrepublik genießen volle Gleichberechtigung mit dem rumänischen Volk. In der Rumänischen Volksrepublik wird der ungarischen Bevölkerung in den Szekler-Bezirken, in denen sie in geschlossener Form ansässig ist, territoriale Verwaltungsautonomie gewährleistet.

Kapitel II. Der Staatsaufbau.

...

Artikel 17.

Der rumänische volksdemokratische, einheitliche souveräne und unabhängige Staat

a) schützt die Unabhängigkeit und die Souveränität des rumänischen Volkes, die Errungenschaften der Werktätigen in Stadt und Land, die Rechte, die Freiheiten und die Macht der Werktätigen gegen die Feinde des werktätigen Volkes;

b) gewährleistet die Festigung und die Entfaltung der Produktivkräfte des Landes durch die sozialistische Industrialisierung, durch die Beseitigung der wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Rückständigkeit, durch die allmähliche sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft auf der Grundlage der freiwilligen Teilnahme der werktätigen Bauern; ...

h) leitet das gesamte Volksbildungswesen; ...

j) gewährleistet die Entfaltung der Kultur des rumänischen Volkes sowie der Kultur der nationalen Minderheiten, die dem Inhalt nach sozialistisch, der Form nach national sind. ...

Kapitel VII. Die Grundrechte und Grundpflichten der Bürger.

... Die Bürger der Rumänischen Volksrepublik haben das Recht auf Bildung.

Dieses Recht wird gewährleistet durch den allgemeinen obligatorischen und unentgeltlichen Grundschulunterricht, durch das System staatlicher Stipendien für gute Studenten und Schüler der Hoch-, Mittel- und Grundschulen, durch die Organisierung der unentgeltlichen Fachausbildung der Werktätigen in den Industriebetrieben, Staatsgütern, Maschinen- und Traktorenstationen sowie in den Kollektivwirtschaften.

Das gesamte Schulwesen ist staatlich.

Der Staat sorgt für die Entwicklung der Wissenschaft, der Literatur und der Kunst.

Artikel 81.

Den werktätigen Bürgern der Rumänischen Volksrepublik ist ohne Unterschied von Nationalität oder Rasse volle Gleichberechtigung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens gewährleistet.

Jede direkte oder indirekte Beschränkung der Rechte der werktätigen Bürger der Rumänischen Volksrepublik, die Festlegung direkter oder indirekter Bevorzugung auf Grund der Zugehörigkeit zu einer Rasse oder Nationalität und jede Äußerung von Chauvinismus, Rassen- oder Nationalitätenhaß oder chauvinistisch-nationalistischer Propaganda werden gesetzlich geahndet.

Artikel 82.

In der Rumänischen Volksrepublik werden den nationalen Minderheiten die freie Benutzung der Muttersprache, der gesamte Schulunterricht in der Muttersprache, die Herausgabe von Büchern und Zeitungen in der Muttersprache sowie eigene Theater gewährleistet. In den Bezirken, die auch von einer Bevölkerung anderer Nationalität als der rumänischen bewohnt sind, werden sämtliche Organe und Institutionen auch die Sprache der betreffenden Nationalitäten mündlich und schriftlich gebrauchen und Funktionäre aus den Reihen der betreffenden Nationalität oder aus den Reihen der Ortsansässigen ernennen, die Sprache und Lebensart der örtlichen Bevölkerung kennen. ...

Artikel 84.

Allen Bürgern der Rumänischen Volksrepublik ist die Gewissensfreiheit gewährleistet.

Die religiösen Kulthandlungen können frei vorbereitet und ausgeübt werden. Die Freiheit der Ausübung religiöser Kulthandlungen wird allen Bürgern der Rumänischen Volksrepublik ge-

währleistet.

Die Schule ist von der Kirche getrennt. Keine Konfession, Kongregation oder religiöse Gemeinschaft darf allgemeinbildende Lehranstalten eröffnen oder unterhalten. Eine Ausnahme gilt nur für Sonderschulen zur Ausbildung der Geistlichen.

Die Art und Weise der Vorbereitung und der Ausübung der religiösen Kulthandlungen wird durch Gesetz geregelt. ...

Kapitel VIII. Das Wahlsystem.

...

Artikel 94.

Die Wahlen der Abgeordneten erfolgen in allgemeiner Wahl. Alle werktätigen Bürger der Volksrepublik Rumänien, die das 18. Lebensjahr erreicht haben, ohne Unterschied der Rasse oder der Nationalität, des Geschlechts, des Glaubensbekenntnisses, des Bildungsgrades, des Berufes oder der Dauer der Ansässigkeit, haben das Recht, an der Wahl der Abgeordneten teilzunehmen, mit Ausnahme von Geisteskranken und denjenigen, die durch gerichtliche Entscheidung zum Verlust des Wahlrechts verurteilt worden oder nach dem Gesetz unwürdig sind. ...<<

Ein Volkskammergesetz hob am 2. Oktober 1952 die im November 1949 festgelegten Einschränkungen der staatsbürgerlichen Rechte für ehemalige Offiziere und Mitglieder der NSDAP auf.

Diese Regelung galt jedoch nicht für Personen, die "wegen Kriegsverbrechen" verurteilt waren.

Am 2. Oktober 1952 wurde das Gerichtsverfassungsgesetz erlassen und eine neue Strafprozeßordnung trat in Kraft.

Die Prawda berichtete am 13. Oktober 1952 über die Rede des späteren sowjetischen Partei- und Regierungschefs Chruschtschow während des XIX. Parteitages der KPdSU (x191/142): >>... Es lebe der weise Führer der Partei und des Volkes, der Inspirator und Organisator aller unserer Siege, unser Genosse Stalin!<<

Die SED-Regierung führte am 15. Oktober 1952 staatliche Notariate ein.

Die "Bereitschaftspolizei" wurde am 31. Oktober 1952 in "Kasernierte Volkspolizei" (KVP) umbenannt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Kasernierte Volkspolizei" (x009/210-211): >>Von Oktober 1952 bis Januar 1956 Tarnbezeichnung für die Armee der SBZ. ...

Die Kasernierte Volkspolizei (KVP) wurde im Frühjahr 1948 auf Befehl der SMAD als "Bereitschaftspolizei" aufgestellt und seit Januar 1952 nach dem Muster der Sowjetarmee ausgebildet und bewaffnet. Seit Oktober 1952 hatte die KVP, der Sowjetarmee ähnlich, olivgrüne Felduniformen und militärische Rangbezeichnungen.

... Die KVP wurde von Sowjetniks (sowjetische Offiziere, die zur Überwachung der SBZ-Armee abkommandiert wurden) gelenkt, durch Offiziere des Staatssicherheitsdienstes überwacht und erhielt Politschulung im Sinne der SED.

Amtlich bezeichnete man sie seit 1952 nicht als Armee, aber zuweilen als Nationale Streitkräfte. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Politschulung" in der SBZ (x009/331): >>Wichtigster Unterrichtsweig der bewaffneten Kräfte.

Die Politschulung der bewaffneten Organe erfolgt nach einheitlichen Richtlinien der Politverwaltung bzw. der Politabteilung. Alle Waffenträger sollen erfüllt sein vom Geist des proletarischen Internationalismus und vom Haß gegen die "anglo-amerikanischen Monopolkapitalisten".

Die Politschulung propagiert den Marxismus-Leninismus und dessen Lehre vom Militarismus.

mus. Sie bejaht "gerechte Kriege im Sinne Lenins". Gerechte Kriege können, so lehrt es die Politschulung, auch auf fremdem Territorium geführt werden.

Die Politschulung wird wesentlich mitgetragen von den Gliederungen, die SED und FDJ in allen bewaffneten Kräften unterhalten.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Politoffizier" in der SBZ (x009/331): >>Oft geänderte Bezeichnung für den in allen bewaffneten Organen tätigen Politikommissar, der neben den Kommandanten und Truppenoffizier gestellt - für die politische Ausrichtung und Durchführung der Politschulung verantwortlich ist.

In der Armee der SBZ steht jedem Kommandeur bis zum Kompaniechef abwärts ein Politoffizier zur Seite. ...<<

Der KPD-Parteivorstand der BRD beschloß am 2. November 1952 (x299/170): >>... Nur der unversöhnliche und revolutionäre Kampf aller deutschen Patrioten kann und wird zum Sturz des Adenauer-Regimes und damit zur Beseitigung der entscheidenden Stütze der Herrschaft der amerikanischen Imperialisten in Westdeutschland führen.<<

Dieser verfassungsfeindliche Beschluß und andere Gründe führten 1956 zum Verbot der KPD. Der Republikaner Dwight D. Eisenhower (1890-1969) wurde am 4. November 1952 zum 34. Präsidenten der USA gewählt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über Dwight D. Eisenhower (x068/293-295): >>... Dwight D. Eisenhower hatte Europa von der Hitlertyrannie mit befreit, die uns freilich die USA mit aufgehalst (hatte). Eisenhower, seine Freunde und Helfer haben fast zweieinhalb Millionen Tonnen Bomben auf Europa geworfen und so schätzungsweise 300.000 deutsche Zivilisten, besonders Frauen und Kinder, ermordet, 780.000 verletzt und verkrüppelt, 750.000 obdachlos gemacht.

Eisenhower und seine Befehlsempfänger haben deutsche Kriegsgefangene massenhaft verhungern und verdursten lassen, wenn es auch nicht, wie auf kanadischer Seite behauptet, mehr, sondern weniger als eine Million waren - angeblich "nur" 56.000 in US-Lagern zu Tode Mißhandelte; was immerhin Stephen E. Ambrose, Direktor des "Eisenhower Center" an der Universität von New Orleans, zugab, der auch versicherte: "Amerikanische G.I.s und ihre Offiziere waren fähig, fast so brutal wie Nazis zu verfahren."

Nun, fast? Man braucht doch an Hiroshima nur, an Nagasaki, Korea, Vietnam oder den Golfkrieg zu erinnern ... Ja, die Amerikaner praktizierten Nazimethoden, als man die noch gar nicht kannte, als es die Nazis noch gar nicht gab. Als gegen Mitte des 19. Jahrhunderts ein Beauftragter des geschäftliche Expansionen betreibenden Cornelius Vanderbilt in Nicaragua getötet worden war, zerstörten deshalb US-Kriegsschiffe den Hafen von Greytown. Ein Beispiel unter vielen ...

Man denke nicht zuletzt an das Ausrotten der Indianer. Nazimethoden: doch durch diese ganze Geschichte, von Anfang an! Es war auch der Oberkommandierende Eisenhower, der ungezählte - verbündete - Russen, Angehörige jener Armeen, die vor allem den Krieg gegen Hitler gewonnen haben, als "unerwünschte Personen" ihrem Henker Stalin ausliefern ließ.

All dies aber und das doch etwas reichlich blutige Gewerbe des Strategen beiseite, war Dwight D. Eisenhower eine eher schlichte, eher redliche, konziliante Natur, ein echter "Kansas farmer boy". Freilich einer, der es auch verstand, sich umwerben zu lassen. Der etwa, ganz wie die Papstanwärter bis heute, geschickt verbreiten ließ, keinerlei Ambitionen zu haben.

Der es auch von Mal zu Mal verwarf, Präsidentschaftskandidat zu werden, weder der Demokraten noch der Republikaner, oh nein; endlich aber, genug umworben, doch durchblicken ließ, zwar nach wie vor keine Nominierung anzustreben, den Amerikanern aber das Recht einzuräumen, "mich im nächsten Juli vor eine Aufgabe zu stellen, die meinen jetzigen Verantwortungsbereich überschreiten könnte". Auch wenn Eisenhower Gedrechseltes nicht schätzte, kam's nicht schon ganz gut heraus?

Und da ihm sein Heidentum den Weg ins Weiße Haus doch kaum erleichtert hätte, war er immerhin Realpolitiker genug, sich taufen zu lassen, als er republikanischer Präsidentschaftskandidat wurde. Und nach seiner Taufe zögerte er nicht, in einer Rede die Wendung zu benutzen: "Gott, was immer man darunter verstehen mag ..."

Und hatte sich damit ganz ehrlich und korrekt ... ausgedrückt. So wie es seiner und einer Natur eben entsprach, die dem demokratischen Gegner Adlai E. Stevenson, dem Gouverneur von Illinois, einem brillanten Kopf, intellektuell so gewaltig unterlegen war - schon dies Grund genug, Eisenhower zu wählen.

"I like Ike", plärten die Massen den lächerlichen Wahlslogan der Republikaner und wählten den jovialen General und Zweiten Weltkriegssieger, wählten ihn mit großer Mehrheit.

Denn wer will sich von einem "egghead" ("Eierkopf") führen lassen (außer allen eggheads - doch eggheads, höhnte Joseph Alson, der Republikaner, wieviele eggheads gibt es schon? Und das schlug sich am Wahlergebnis nieder).

Allmählich aber fiel sein völliger Mangel an eigenen Ideen auf. Kein Wunder, hatte er doch alles, was er konnte, schon im Krieg verpulvert - eine Art Hindenburg in USA. Man vermißte Führungsqualitäten, sollte indes nicht ungerecht sein. War es nicht besser, daß er einst Armeen in den Tod gejagt, statt künftig vielleicht ganze Völker?!

Und ahnten die Massen nicht, daß dieser General genug hatte vom Krieg, und nicht nur, weil er ihnen, mehr als einmal im Wahlkampf, das Ende des Koreakriegs versprach, auch alsbald selber nach Korea flog und über die Schlachtfelder wandelte im Schnee - und vielleicht nicht bloß, weil alle Feldherrn gern auf Blutgedüngtem wandeln, ihrer Hinterlassenschaft? "I like Ike", schrien sie.

Höheren Orts konnte der Präsidentschaftskandidat - er müßte kein Politiker gewesen sein - natürlich ganz anders auftreten und etwa gerade seinerzeit vor dem Senat beteuern, er würde, brächte ihm das in einem Verteidigungskrieg (!) Vorteile, die Atombombe werfen lassen. Wie jeder wahre Politiker vermochte er eben mal so, mal so zu reden; nicht wie es - nur das nicht - die Sache erforderte, sondern die Zuhörerschaft, die Situation. "I like Ike", kreischten die Massen.

"We want Ike", brüllten sie, entzückt von Ike, hell entzückt. Wer einzig und allein Sicherheit will, konnte Ike auch sagen, der soll ins Gefängnis. (Als wären nicht gerade die amerikanischen Gefängnisse die unsichersten der Welt!) Und Ike lächelte breit. Er konnte breiter lächeln als die meisten. Das gefiel den meisten. Und er konnte Golf spielen, er war ein Sportfan. Hatte er ein Programm?

Aber gewiß. Sein Programm war der Weg genau zwischen den sogenannten Rechten und Linken - unter den Rechten, natürlich. "Das große Problem des heutigen Amerika", sagte er, "ist die genaue Verfolgung des Mittelweges." Wie so viele Vorgänger (und Nachfolger) auf seinem Stuhl liebte er die einfachen, klaren, die goldenen Worte.

Die Regierung nahm ihm weitgehend sein Außenminister ab.

Gott, wofür hat man denn einen Außenminister?!

Sein Außenminister war John Foster Dulles. Er hatte Eisenhower zum Präsidenten und der Präsident ihn zum Außenminister gemacht - ja, Dulles war Außenminister schon, bevor er es wurde: einer der Hauptakteure der Konferenz von San Francisco, der Anführer der antirussischen Front spätestens seit Kriegsende, der Mann, der seine Außenpolitik selber - mit einem Ausdruck kommunistischer Herkunft - "am Rande des Krieges" nannte.

Danach war sie.<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über US-Außenminister John Foster Dulles (x068/295-300): >>John Foster Dulles war zunächst Anwalt einflußreicher Banken, großer Aktiengesellschaften sowie mehrerer europäischer und amerikanischer Regierungen. Er leitete die International Nickel Company, eine New

Yorker Bank und, in den zwanziger Jahren, die North American Holding Company, die seinerzeit größte amerikanische Holding-Gesellschaft - nicht als Einzige der von Dulles betreuten Firmen gerichtlich belangt, wobei er im letzten Moment abspringen konnte.

Dulles gehörte auch zu den Anwälten der Bank Dillon, Read & Co., die faschistische Kommunen Italiens finanziert und den Vereinigten Stahlwerken in Deutschland anfangs der zwanziger Jahre 125 Millionen Dollar kreditiert hatte. Dulles wurde darauf Generalanwalt der IG-Farben AG, des größten deutschen Konzerns. Auch vertrat er die Interessen des deutschen Bankhauses von Schroeder in den USA, einer Bank, die durch Hitlers Beziehungen zu Thyssen öffentlich bekannt geworden ist. Und Dulles nahm auch die Interessen des faschistischen Diktators Franco wahr, als dieser von den USA die Freigabe einer beschlagnahmten Summe von zehn Millionen Dollar verlangte.

John Foster Dulles, der mit faschistischen Ideen sympathisierte, war nicht nur der Sohn eines Geistlichen (wie schon sein Vorgänger, Bischofssohn Dean Acheson, den er seit 1951 offiziell beriet), er war auch Mitglied des Vorstands einer religiösen Vereinigung, aus der die Union aller protestantischen US-Kirchen hervorging. Er begünstigte Hitler und hätte viel lieber dessen Sieg über die Russen gesehen als den ihren über ihn. Und er wünschte die Neutralität der Vereinigten Staaten im Zweiten Weltkrieg.

Als Dulles Außenminister wurde, starb Stalin. Ein Schlaganfall am 1. März führte am 5. März zum Tod. Zu seinem Nachfolger hatte er Malenkow nominiert. Im gleichen Jahr wird Innenminister Berija amtsenthoben, wegen Hochverrat verurteilt und hingerichtet. 1955 zwingen Malenkow politische und wirtschaftliche Fehlschläge zum Rücktritt. Jetzt übernimmt das Gespann Chruschtschow/Bulganin die Führung, das die Politik der friedlichen Koexistenz proklamiert. Entstalinisierung, eine gewisse Entspannung deutet sich an. Die Sowjets stimmen auch der Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit Österreich zu.

Doch während Chruschtschow aus der Sackgasse starrer stalinistischer Machtpolitik heraus - und eine Koexistenzpolitik anstrebt, sieht Dulles darin nur ein Schwächemanöver und dirigiert die westliche Welt in eine neue Sackgasse starrer Machtpolitik hinein.

Dulles war verbohrt und fleißig; eigentlich eine ganz deutsche, eine sehr schlechte Mischung. Als warmer Befürworter der nuklearen "Abschreckung" setzte er anstelle von Trumans Eindämmung sowjetischer Macht das Konzept des atomaren Vernichtungsschlages (massive Retaliation bzw. Vergeltung), wofür es verschiedene Gründe gab, waffen- und truppentechnische, finanzielle, nicht zuletzt aber den schon fast pathologischen Antikommunismus, dem Dulles mit wahrhaft sektiererischem Starrsinn frönte - wie sein Freund Adenauer, der ja gleichfalls geistlichen Kreisen nahe stand, ihnen seinen Stuhl sogar verdankte.

Für die im April 1955 in Bandung tagende Konferenz der 29 neutralen Völker hatte Dulles so wenig übrig wie für die ganze unter der Führung von Nehru, Tito, Nasser stehende Bewegung des "Neutralismus" überhaupt.

"Entwicklungshilfe" wollte er nur jenen Staaten geben, die sich auch klar zur "freien Welt" bekannten.

Am eklatantesten scheiterte er damit in Ägypten bei Nasser, der zunächst Washingtons Wohlwollen genoß, dann aber durch seine Ostkontakte sich mißliebig machte, worauf die CIA an seinem Sturz zu arbeiten begann. Die Verschwörung mißlang, doch zog Dulles am 19. Juli 1956 die amerikanische Assuan-Anleihe an Ägypten zurück, die USA unterbrachen auch ihre langjährigen Getreidelieferungen, führten sie dann zwar zu ungünstigeren Bedingungen fort, setzten Nasser indes unter Druck, stellten politische Bedingungen und drohten ihm schließlich vor Ausbruch des israelisch-arabischen Konflikts mit der Intervention der VI. Flotte, sollte er die Feindseligkeiten eröffnen.

Dulles verkannte die Situation völlig, hielt Nassers Politik für bloßen Bluff und die Sowjetunion zur Gewährung einer großen Wirtschaftshilfe gar nicht imstande. Nasser verstaatlichte

darauf am 16. Juli den Suezkanal, um mit den Kanalgebühren selber seinen Staudamm zu finanzieren. Und Dulles entglitt die Führung des Westens, zumal in den Staaten wieder einmal Wahlkampf war. Briten und Franzosen gingen, im Bund mit Israel, militärisch gegen Nasser vor.

Und die Russen nutzten das Durcheinander, um brutal den ungarischen Aufstand niederzuwerfen. Gewalt hier wie dort. Die Geschlossenheit des Westens war angeschlagen, ebenso seine Glaubwürdigkeit, sein Ansehen. Dulles aber stand als Außenpolitiker Ende 1956 "vor einem Scherbenhaufen" (Angermann).

Instruktiv sind auch die US-Dollarhilfen für den Iran, dessen Erdölvorkommen immerhin (etwa) 13 % der Weltvorkommen ausmachen. Anfang der fünfziger Jahre hatte der Großgrundbesitzer und Führer der "Nationalen Front", Ministerpräsident Mohammed Mossadegh (1951-1953), die Anglo-Iranian Oil Co. verstaatlicht, und am 2. August 1953 erhält er bei einem Volksentscheid nicht weniger als 99,4 % der abgegebenen Stimmen.

Da freilich war ein Staatsstreich fällig. Die USA, stark am Öl des Landes interessiert, schürten die Gegenrevolution, so daß der Schah von Persien, Reza Pahlewi, wieder an die Macht gelangte, gestützt durch die Vereinigten Staaten und geschützt von "Savak", dem damals vielleicht grausamsten Staatssicherheitsdienst der Welt.

Die Schah-Polizei hatte in den vierziger Jahren US-General Schwartzkopf, einer der Hauptagenten der CIA, neu organisiert. Er begünstigte jetzt auch den iranischen Polizeigeneral Zahedi. Und er schürte und führte den Umsturz an, gedeckt durch den Leiter des CIA, Allen W. Dulles, Chef des amerikanischen Nachrichtendienstes in Europa (Bern) während des Zweiten Weltkriegs und besagter Bruder des Außenministers.

Der erste Chef der 1947 gegründeten CIA, Admiral Hillenkoetter, erwies sich als unfähig. Er versagte bei so bedeutsamen Ereignissen wie der Explosion der russischen Atombombe oder dem Ausbruch des Korea-Krieges und trat zurück. Auch sein Nachfolger General Bedell Smith, ein ehrlicher Draufgänger, war dem neuen Geschäft nicht gewachsen. Die Amerikaner erwarten, klagte er, unsereiner müsse Gottes und Stalins Gedanken lesen können. "Sie glauben, man sei imstande zu prophezeien: Nächsten Dienstag um 17 Uhr 32 bricht der Krieg aus."

1953 löste ihn Allen Dulles ab, der jahrzehntelange Erfahrungen im Geheimdienst hatte. Er verstärkte den politischen Einfluß der CIA. Er legte dem Präsidenten Tag für Tag einen streng geheimen Bericht mit den wichtigsten Informationen vor und konnte auch, wann und wo immer es ihm nötig erschien, den Präsidenten durch Privattelefon oder persönlich erreichen. Eisenhower schreibt selbst: "Jeden Tag beratschlagte ich mit den Vertretern des State Departments, des Verteidigungsministeriums und der CIA und las die Berichte unserer Vertreter an Ort und Stelle, die mit den Anhängern des Schahs aktiv zusammenarbeiteten."

Dies aber war vor allem die CIA unter General Schwartzkopf, der den "spontanen Aufstand" organisiert und finanziert und dabei Bestechungsgelder von über zehn Millionen Dollar verteilt hatte, besonders an die Armee. Derart stürzten dann die "Iraner" Mossadegh am 19. August, dem sie doch noch am 2. August mit 99,4 % der Stimmen ihr Vertrauen bescheinigt hatten.

"Während der ganzen Krise", schreibt Eisenhower wieder selbst, "hatte die amerikanische Regierung alles Menschenmögliche zur Unterstützung des Schahs getan." Und während sie dem nun jahrelang eingesperrten Mossadegh vorher jedes Geld verweigerte, gab sie jetzt dem Iran unter General Zahedi - dem eine fingierte Wahl, eine grauenhafte Farce, auch noch den Anschein demokratischer Legalität verlieh - allein im Jahr des Umsturzes annähernd 85 Millionen Dollar, schickte aber in den folgenden Jahren, bis 1961, fast eine Milliarde Dollar. Und schon 1957 berichtete das Repräsentantenhaus in einer Beschwerde von Hunderten von Millionen Dollar, von denen man "unmöglich" genau sagen könne, "wohin diese Gelder geflossen

sein".

Einiges ließ sich doch eruieren. So waren für den Bau eines Staudamms mehrere Millionen Dollar vorgesehen. Alles aber, was dafür geschah, war, daß man "auf dem Papier den Verlauf einer Straße in der Nähe des vorgesehenen Ortes nachzeichnete" - was schon drei Millionen Dollar kostete.

Im Iran saß nun vorläufig General Zahedi im Sattel, seit je ein übler Spekulant, eine "entsetzliche Kanaille", so der britische Konsul John Gault, hatte Zahedi doch im Zweiten Weltkrieg insgeheim mit Hitlerdeutschland kollaboriert. Nun schreibt Eisenhower: "Telegraphisch sende ich General Zahedi meine Glückwünsche" und notiert am 8. Oktober seinen Vorsatz, General Zahedi "zugleich finanziell und mit klugen Ratschlägen" beizustehen.

Alles angeblich zur Bekämpfung des Kommunismus, tatsächlich alles wegen des Öls. Der ad hoc getätigte Zusammenschluß der US-Erdöl-Gesellschaften verstieß zwar gegen die Anti-Trust-Gesetze. Doch ein Sondererlaß des Justizministeriums, gestützt "auf die Bedürfnisse der Vereinigten Staaten hinsichtlich ihrer nationalen Sicherheit", schützte die Erdölgesellschaften vor gerichtlicher Verfolgung.

Die USA selbst aber schützte John Foster Dulles. In Abkehr von Trumans Containment-Politik, die er als eine rein negative und daher zum Fiasko verdamnte Politik ansah, propagierte er seine Strategie des "Roll-back". Die sowjetischen Untermenschen sollten überall, wo es zugänglich war, zurückgedrängt, die Sowjetunion selbst durch einen ganzen Gürtel von Militärbasen bedroht werden, um sie notfalls atomar zur Strecke bringen und alle Unterdrückten befreien zu können, soweit dann noch vorhanden.

Für diese Politik der Stärke, dies flotte Taumeln "am Rand des Krieges" (on the brink of war) hatte Dulles in einem schöpferischen Anfall die Bezeichnung "Brinkmanship" geprägt. Natürlich wollte Dulles nicht unbedingt Krieg. Im Gegenteil. Wie sein Chef wünschte er herzlich, jedem ein guter Nachbar zu sein jedem, der auch selbst ein guter Nachbar war. Doch die Welt war böse, böse war sie, und das war das Problem.

John Foster Dulles blieb zeitlebens, tief durchdrungen von seiner Mission, um nicht zu sagen seinem Evangelium. Doch obwohl er unerschütterlich und fromm, in bester Absicht ringsum hetzte (auch in des Wortes wörtlicher Bedeutung, denn er besuchte 47 Länder, eine runde halbe Million Meilen dabei im Flugzeug rasend), blieb es bei dem ihm so verhaßten Status quo. Alles aber, was antikommunistisch war und sich einspannen ließ, wurde vor Dulles' Wagen gespannt, wobei man jetzt den Verbündeten statt durch "Wirtschaftshilfe" mehr und mehr durch Militärhilfe beizustehen suchte, damit sie sich, Sinn solcher Hilfe, selber beistehen konnten und nicht alle, eigensüchtig, aus nacktem Egoismus, Hilfe von den selbstlosen USA erwarteten.

Noch ein so korruptes und unfähiges Regime wie das von Tschiang Kai-shek hat Dulles fortwährend aufgewertet, was natürlich den Ausgleich mit Rotchina blockierte. Vor allem aber wurden die einstigen Hauptfeinde, Japan und Deutschland, remilitarisiert.<<

Wegen der angespannten Versorgungslage wurde am 27. November 1952 der Verkauf von Lebensmitteln und Industrieerzeugnissen an West-Berliner verboten (x009/513).

Der Nordwestdeutsche Rundfunk übertrug am 25. Dezember 1952 erstmalig das 1. Deutsche Fernsehprogramm.

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 25. Dezember 1952 über den Start des bundesdeutschen Fernsehens: >>Fernsehen da: Ein neues Zeitalter beginnt

... Genau eine Stunde und 58 Minuten dauert der erste TV-Abend – mit dabei Irene Koss, Deutschlands erste TV-Ansagerin und Showmaster Peter Frankenfeld.

Die Revolution aus der Röhre kann auf 4.664 genau registrierten Bildschirmen – u.a. von 1.632 Gastwirten, 453 Fabrikanten, 7 Pfarrern, einem Badeanstaltsbesitzer und Bundespräsident Theodor Heuss – empfangen werden.

Ein Fernseher kostet unerschwingliche dreieinhalb Monatslöhne – 1.150 Mark. Die Zuschauer drängeln sich in Kneipen und schauen mit frierenden Füßen in die Schaufenster von Elektroläden. ...<<

Nach Angaben des österreichischen Innenministeriums waren in der Zeit vom 1. Juli 1947 bis 31. Dezember 1952 insgesamt 18.889 nicht eingebürgerte Jugoslawien-Deutsche in folgende Länder ausgewandert (x006/128E): >>USA (10.421), Frankreich (3.833), Kanada (1.384), Brasilien (2.256), Bundesrepublik Deutschland (638), Großbritannien (260), Argentinien (60), Australien (22) und sonstige Länder (15).<<

Im Jahre 1952 flohen 182.393 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Die Zeitung "Le Monde " berichtete im Herbst 1952 über die "deutsche Einheit" (x243/179): >>... Der Augenblick ist noch nicht gekommen, daß man Deutschland volles Vertrauen schenken könnte. ...

Im wohlverstandenen eigenen Interesse sollten sich die Vereinigten Staaten ... mehr auf ihre alten Alliierten stützen als auf den unversöhnlichen Feind in zwei Weltkriegen.<<

1953

Das ZK der SED kündigte am 4. Januar 1953 weitere Überprüfungen von Parteimitgliedern an, um die SED zu "säubern".

Stalin warnte am 13. Januar 1953 vor einem jüdischen "Ärztekomplot".

Stalins Antisemitismus, der immer latent vorhanden war, wurde spätestens ab 1951 zur Manie. Gegen Ende seines Lebens litt Stalin vermutlich unter permanenten Wahnvorstellungen. In dieser von Angst, Mißtrauen und antisemitischer Hetze geprägten Atmosphäre plante Stalin im Jahre 1953 neue "Säuberungswellen" in der UdSSR. Nachdem genügend "eigene Intelligenz" herangereift war, beabsichtigte Stalin, die sowjetisch-jüdische Führungsschicht vollständig zu beseitigen.

"Die "Welt am Sonntag" berichtete z.B. am 6.07.1986: >>... Stalins Geheimdienst ließ Molotows Frau Paulina 1952 ins Arbeitslager deportieren, weil sie Jüdin war. Auch Wjatscheslaw Molotow (1890-1986, seit 1906 enger Mitarbeiter Stalins, ab 1939 sowjetischer Außenminister) stand schon auf der Deportationsliste. ...<<

Die geplanten Säuberungen wurden jedoch durch Stalins Tod im März 1953 verhindert (x025/109).

Die Ablieferungsmengen für mittlere und größere Bauern wurden am 22. Januar 1953 drastisch erhöht.

Das Staatssicherheitsministerium (MfS) übernahm im Januar 1953 das Kommando über die Transportpolizei.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Militärpolitik" in der SBZ (x009/289): >>... Um die Vergrößerung der Armee zu erreichen, mußten Regierung und SED immer stärker zu Zwangseinziehungen greifen, die z.T. als Parteauftrag oder Verbandsauftrag (der FDJ) getarnt wurden. ...

Neben die als KVP auftretende Armee, deren See- und Luftstreitkräfte ausgebaut wurden, traten seit Mitte 1952 zwei militärähnliche Milizen:

1. die der vormilitärischen Ausbildung dienende Gesellschaft für Sport und Technik (GST);
2. die Kampfgruppen der SED.

Bis zum 7.8.1952, an dem der Ministerrat die GST errichtete, lag die vormilitärische Ausbildung bei der FDJ. Sie wurde ihr entzogen, da sie organisatorischer Mängel nicht Herr wurde und da ihre Mitglieder sich noch allzusehr in pazifistischen Vorstellungen bewegten.

Von militärischer Bedeutung waren ferner die 3 Polizeitruppen:

1. die Grenzpolizei, die seit Mai 1952 nicht mehr dem Innen-, sondern dem Staatssicherheitsministerium (MfS) unterstand;
2. die Transportpolizei, seit Januar 1953 ebenfalls dem MfS untergeordnet;

3. die Wachverbände des MfS. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (8/1953) berichtete am 18. Februar 1953 über das Schicksal der Sowjetzonen-Flüchtlinge: >>**Reine Torschlußpanik**

Fluchtabwehr-Kommissar Eisler fährt jetzt von Großstadt zu Großstadt, um der unzufriedenen Bevölkerung die Fluchtgedanken auszureden: ... "Es wird allen Flüchtlingen gehen wie ihren Vorgängern, den russischen Kulaken, Spionen und Schiebern. Sie werden in den Bordellen, Zuchthäusern und Fremdenlegionen Westeuropas enden. Ruhelos werden sie von Elendsquartier zu Elendsquartier immer weiter westwärts wandern."

Die SED-Regierung hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: "Kehrt zurück!

Alle, die unüberlegt gehandelt haben, können und sollen zurückkehren. Unsere Behörden werden bei der Ausstellung neuer Zuzugsgenehmigungen großzügig sein."

"Wir sind doch nicht verrückt", tippelte sich (der ostpreußische) Bauer Eduard Modekat auf die breite Stirn, als er im Notaufnahmелager am Westberliner Salzufer von diesem angeblichen Generalpardon erfuhr. "Wer einmal auf der Flucht ist, kann nicht wieder umkehren."

... Notaufnahmелager am Westberliner Salzufer. Hier kampieren 1.500 Menschen in einer ehemaligen Fabrik.

Es gibt 77 solcher Aufnahmелager auf der Insel Westberlin; manche beherbergen soviel Menschen, wie ein Marktflecken in Vorpommern Einwohner hat. Es kribbelt in den mehrstöckigen Fabrikgebäuden wie in den Waben eines Bienenkorbes. Wer als politischer Flüchtling anerkannt wird, das sind etwa 70 % der Geflüchteten, darf hoffen, bald nach Westdeutschland ausgeflogen zu werden.

Bauer Modekat will viel weiter fliegen: er will in die Weizengegend ... nach Kanada. ... So weit spannt sich im Extrem der Bogen der großen Ost-West-Wanderung, die seit 1945 kein Ende findet.

2 Millionen Menschen sind binnen 7 Jahren aus der Sowjetzone nach Westdeutschland übergelaufen. ...

"Die Sowjetzonen-Machthaber schoben systematisch die unsicheren Kantonisten und sog. Klassenfeinde aus dem Bürgertum, die sie nicht alle einsperren konnten, ab. Es kam aber auch viel menschlicher Schrott und ein großer Teil sozialen Gepäcks - Alte, Kranke, Krüppel." ... Ministerialrat Senteck schüttelte oft den Kopf: "Wir sind doch keine Pensionskasse."

Die Fluchtwelle lief synchron mit den Maßnahmen des SED-Politbüros zur Umschichtung der Gesellschaftspyramide, entsprechende dem ökonomischen Strukturwandel (Zerschlagung des Großgrundbesitzes, Verstaatlichung der Großbetriebe und des Handels) nach Jahresplänen. ... Mit den Bauern flüchten viele Landarbeiter, selbständige Handwerker, flüchten Industriearbeiter und flüchten in zunehmendem Maße seit Wochen die "Garanten der Zukunft", die so intensiv geschulten und dennoch ablehnenden Jugendlichen. ...

"Es ist reine Torschlußpanik", deutet der Leiter des Notaufnahmeverfahrens, Dr. Zimmer, die neue Welle. "Die Menschen fürchten, daß ihnen in kurzer Zeit auch der letzte Fluchtweg aus der DDR verriegelt wird, nachdem bereits im vergangenen Jahr längs der ganzen Zonengrenze von Travemünde bis Hof eine dichtbesetzte breite Sperrzone angelegt worden ist." ...

Wie aber will der überfüllte Westen mit seiner konjunkturellen und strukturellen Arbeitslosigkeit den permanenten Menschenzustrom verkraften? Täglich spülen die Züge aus der Sowjetzone weitere 1.000 bis 1.500 Menschen vor die Tore Westberlins. ...

Senator Bach trommelte: "Berlin ertrinkt in einer infektiösen Flut", bis er die Ministerpräsidenten der westdeutschen Bundesländer soweit hatte, ... monatlich etwa 30.000 Flüchtlinge aufzunehmen. Damit glaubt Senator Bach, endlich auch die nicht anerkannten "ewigen Flüchtlinge" langsam loszuwerden. Sie vagabundieren z.T. schon jahrelang in Westberlin.

"Zurück in die Sowjetzone will keiner, obwohl diese Menschen hier fast rechtlos sind (kein Arbeits- und Wohnrecht besitzen) und von einer sehr schmalen Sozialunterstützung leben.

Ruhelos wandern sie durch die hellerleuchteten Geschäftsstraßen der Stadt und bleiben vor den lockenden Schaufenstern der Luxusläden stehen. Ist es ein Wunder, wenn sich der Neid in ihnen regt?

Viele der Nichtanerkannten nächtigen in Ruinen und Wartesälen. Sie nehmen in der Stadt der 300.000 Arbeitslosen Schwarzarbeit zu jedem Tarif an, und aus mancher FDJ-Aktivistin oder sowjetzonalen Arbeitsmaid wurde sehr bald ein "Fräulein".

Wieviel "illegale Flüchtlinge" Westberlin beherbergt, weiß niemand ganz genau. ...

Auch Bundeskanzler Adenauer kam nach Westberlin, um das Flüchtlingselend nahebei zu besehen und den deutschen Brüdern und Schwestern im Osten das stereotype "Haltet aus!" zuzurufen. Er schreckte sie aber mit der Tatarennachricht, die Russen würden demnächst Mongolen und Chinesen in der DDR ansiedeln und die deutschen Menschen samt und sonders nach und nach verdrängen. ...

Den meisten Anklang bei den Sowjetzonen-Bauern fand Kanadas Botschafter Davis. Er bemüht sich, ihnen das Tor zu unerschlossenen Weiten seines Heimatlandes aufzustoßen. ...

Die Flüchtlinge haben inzwischen gemerkt, daß sehr stark sortiert wird. Familienväter mit mehr als einem Kind haben keine Chance. Wer angenommen wird - hauptsächlich junge Leute -, wird kostenlos verfrachtet, muß sich aber verpflichten, mindestens ein Jahr in der Landwirtschaft zu arbeiten. ...<<

Interzonenreisende aus der SBZ mußten ab 25. Februar 1953 ihren Personalausweis abgeben. Sie erhielten vorübergehend einen Interzonenpaß.

Der Ministerrat beschloß am 26. Februar 1953 die Festlegung einer staatlichen Preispolitik.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Preispolitik" in der SBZ (x009/335): >>Die freie marktmäßige Preisbildung wurde in der SBZ ersetzt durch die autoritäre Preisfestsetzung. ...

Die staatliche Preispolitik erstreckt sich auf folgende Funktionen: Abstimmung des Lohnfonds mit dem Warenfonds, Lenkung des Konsums in die von der obersten Planungsbehörde gewünschte Richtung, Förderung des technischen Fortschritts, Selbstkostensenkung, Beschleunigung der Warenzirkulation, Anreiz zu besserer und vermehrter Produktion.

Mittel dazu ist die sog. wirtschaftliche Rechnungsführung im Rahmen des Plankontrollsystems. Eine besondere Rolle spielen dabei die Produktions- und Dienstleistungsabgabe und die sonstigen Verbrauchssteuern auf Konsumgüter, durch die viele Preise wesentlich erhöht werden.

Andererseits muß der Staatshaushalt auch erhebliche Mittel aufwenden, um Differenzen zwischen Produktionskosten und den zugelassenen Inlandspreisen auszugleichen.

Es wird angestrebt, im Bereich der Produktion "je Produkt und Qualität einheitliche Festpreise" zu bilden. ... Diese Festpreise dürfen von "volkseigenen" und ihnen gleichgestellten Betrieben weder unter- noch überschritten werden, während die gleichen Preise für Privatbetriebe lediglich Höchstpreise sind. Um bei der Festsetzung von Preisen eine allgemeine Preisbewegung zu verhindern, darf eine Überwälzung von Preiserhöhungen auf die nachfolgenden Wirtschaftsstufen nicht vorgenommen werden.<<

In einem deutsch-amerikanischen Abkommen verpflichtete sich die Bundesrepublik Deutschland am 27. Februar 1953 zur teilweisen Rückzahlung der erhaltenen US-Wiederaufbauhilfe (Marshall-Plan). In den folgenden 30 Jahren sollten 1,0 Milliarden US-Dollar zurückgezahlt werden (x028/156).

Im Londoner Abkommen einigten sich die USA, Großbritannien, Frankreich sowie 15 weitere Gläubigerstaaten und die BRD am 27. Februar 1953 über die Regulierung und Tilgung der seit dem Ersten Weltkrieg entstandenen Auslandsschulden sowie die Wirtschaftshilfe nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die deutsche Bundesregierung übernahm als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches 6,1

Milliarden DM als Vorkriegsschulden und bestätigte 6,9 Milliarden DM als Nachkriegsschulden. 15,3 Milliarden DM Nachkriegsschulden wurden erlassen (x089/313).

Die Reparationsforderungen aus dem Zweiten Weltkrieg wurden am 27. Februar 1953 bis zum Abschluß eines Friedensvertrages mit einer gesamtdeutschen Regierung zurückgestellt (x155/104).

Das "Universal Lexikon" berichtete später über das "Londoner Schuldenabkommen" (x848/...): >>Londoner Schuldenabkommen, das am 27.2.1953 auf der Grundlage der Londoner Schuldenkonferenz (Londoner Konferenzen und Vereinbarungen) geschlossene Abkommen über die deutschen Auslandsschulden.

Es enthält multilaterale Vereinbarungen über die deutschen Vorkriegsschulden zwischen der Bundesrepublik Deutschland (als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches) und den USA, Großbritannien, Frankreich, der Schweiz u.a.; die bis 1956 beigetretenen Staaten vertraten mehr als 90 % der Forderungen.

Über die Nachkriegswirtschaftshilfe wurden zwischen den Gläubigerländern (USA, Großbritannien, Frankreich und Dänemark) und der Bundesrepublik zweiseitige Rückzahlungsverträge abgeschlossen. Die Vorkriegsschulden hatten den Gegenwert von 13,5 Mrd. DM (Goldbasis); davon wurden 6,2 Mrd. DM erlassen. Ebenso wurden die Nachkriegsverpflichtungen im Gegenwert von 16 Mrd. DM auf 7 Mrd. DM gekürzt. Diese reduzierten Beträge bilden die Basis für die Berechnung der jährlichen Tilgung und Zinszahlung.

Die Zinszahlungen (jährlich 567 Mio. DM) wurden am 1.4.1953, die Tilgung (jährlich 198 Mio. DM) am 1.4.1958 wieder aufgenommen. Die Fälligkeitstermine der Anleihen wurden zum Teil bis 1994 hinausgeschoben. Die vom Bund zu bedienenden Auslandsanleihen des Deutschen Reichs (Dawes-Anleihe, Young-Anleihe, Kreuger-Anleihe) entsprechen rd. 25 % der deutschen Vorkriegsschulden.

Weiterhin behandelte das Abkommen private Anleihen, Stillhalteschulden sowie Forderungen aus dem Waren-, Dienstleistungs- und privaten Kapitalverkehr.

Das Londoner Schuldenabkommen förderte die Wiederherstellung der internationalen Kreditwürdigkeit der Bundesrepublik, schuf die Voraussetzungen für die Aufnahme von Verhandlungen über die Freigabe des deutschen Auslandsvermögens und war unabhängig von der etwa gleichzeitig mit Israel getroffenen Vereinbarung über eine Gesamtleistung der Bundesrepublik Deutschland von 3,5 Mrd. DM in Sachlieferungen.

Die Verpflichtungen aus dem Londoner Schuldenabkommen sind durch vorzeitige Schuldentilgung im Wesentlichen seit 1980 erfüllt. (Reichsschulden).<<

Der deutsche Historiker Manfred Oertel berichtete später über das Londoner Schuldenabkommen (x849/...): >>... In den Jahren der Weimarer Republik flossen erhebliche Mengen Kapitals aus dem Ausland nach Deutschland. Das führte nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur zu den sprichwörtlichen "goldenen zwanziger Jahren", sondern vor allem zur Stabilisierung der Macht der Konzerne, ihrer Profite und des deutschen Rüstungspotentials.

Die im Zuge mehrerer Anleihen vom Deutschen Reich, vom Staat Preußen und öffentlichen Körperschaften aufgenommenen Kredite waren bis 1939 nicht zurückgezahlt. Während des Krieges erfolgten keine Rück- oder Zinszahlungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgten zunächst auch keine Zahlungen. Das Reich existierte nicht mehr, es gab keine deutsche Stelle, die hätte Tilgung oder Zinszahlung vornehmen können. Als die Adenauer-Regierung nach Gründung des westdeutschen Separatstaates den Anspruch auf Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs erhob, blieb es der Bonner Regierung vorbehalten, diese Auslandsschulden samt Zinsen zu übernehmen.

Bundeskanzler Adenauer erkaufte sich die Legitimation seiner Regierung in der westlichen Welt durch die Übernahme aller Auslandsschulden des Deutschen Reichs aus der Vorkriegszeit.

Die Hohe Kommission der drei Westmächte forderte am 23. Oktober 1950 die Bundesregierung schriftlich auf, formell die Haftung für die Auslandsschulden des früheren Deutschen Reichs zu übernehmen. Dem Schreiben war der Entwurf einer entsprechenden Schuldenerklärung der Bundesrepublik beigelegt. Änderungen am Wortlaut seien nicht erwünscht.

Die Westmächte wollten möglichst schnell per Notenwechsel die Zusage auf Schuldenübernahme. Auch Adenauer wollte dies rasch erledigt haben. Allerdings gab es auf deutscher Seite, selbst in der CDU-Führung und bei der Bank deutscher Länder, der späteren Bundesbank, Widerstand gegen Vorgaben der Alliierten. Strittig war nicht die pauschale Zusage zur Schuldenübernahme, sondern waren Verfahrensfragen.

Nach vielen Verhandlungen kam es schließlich am 6. März 1951 zum gewünschten Notenaustausch und der weitgehend von den Hohen Kommissaren auf dem Bonner Petersberg formulierten Schuldenerklärung.

Darin hieß es: "Die Bundesrepublik bestätigt hiermit, daß sie für die äußeren Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches haftet, einschließlich der später zu Verbindlichkeiten des Reiches zu erklärenden Schulden anderer Körperschaften, sowie für die Zinsen und anderen Kosten für Obligationen der österreichischen Regierung, soweit derartige Zinsen und Kosten nach dem 12. März 1938 und vor dem 8. Mai 1945 fällig geworden sind."

Im weiteren brachte die Bundesregierung "ihren Wunsch zum Ausdruck, den Zahlungsdienst für die deutsche äußere Schuld wieder aufzunehmen".

Die Erklärung erstreckte sich auch auf die Nachkriegsschulden aus der westlichen "Wirtschaftshilfe" für Westdeutschland. Entscheidend aber war, daß die Bundesrepublik, die den Anspruch der alleinigen Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs erhob, juristisch die Verantwortung für dessen Auslandsschulden tragen wollte. ...

Die Arten und die Höhe der zu begleichenden Schulden, Zahlungs- und andere Modalitäten wurden dann auf der Londoner Schuldenkonferenz ausgehandelt. Verhandlungsführer seitens der Bundesrepublik war der Adenauer-Intimus Hermann Josef Abs, zuvor eine der wesentlichen Figuren innerhalb der monopolkapitalistischen Strukturen des deutschen Faschismus.

Nach diversen Vorverhandlungen begann am 28. Februar 1952 die Hauptkonferenz zur Regelung der deutschen Schuldenfrage. Es ging darum, die Begleichung der öffentlichen Verbindlichkeiten des "Reichs", auch der privaten Auslandsschulden aus der Vorkriegszeit, zu regeln; darüber hinaus um die Rückzahlung der nach dem Krieg in die Westzonen und Bundesrepublik geflossenen Kredite sowie um den Ausgleich für die Aufwendungen Dänemarks bei der zeitweiligen Aufnahme von deutschen Flüchtlingen nach Kriegsende.

Bei den zur Debatte stehenden Schulden handelte es sich nicht um Kriegsschulden aus dem Ersten Weltkrieg. Reparationen waren bis 1932 abbezahlt bzw. die Siegermächte hatten, nach wiederholten Neufestlegungen der Höhe und Zahlungstermine, die Beendigung von Reparationszahlungen auf der Konferenz von Lausanne im Juni/Juli 1932 hinnehmen müssen.

Nun ging es darum, jene Kredite aus der Zeit der Weimarer Republik abzuwickeln, die z.B. im Zusammenhang mit dem Dawes- und dem Young-Plan, teilweise durch mehrere Stillhalteabkommen gestundet, im Krieg nicht bedient und getilgt worden waren, einschließlich der aufgelaufenen Zinsen.

Natürlich war die Bonner Verhandlungsdelegation bemüht, die Höhe der zu begleichenden Altschulden möglichst niedrig anzusetzen. Die am 15. März 1945 von der damaligen Reichsschuldenverwaltung im Reichsanzeiger angegebenen (nach den seinerzeitigen Börsenkursen) 1.341,8 Millionen Reichsmark konnten nicht gelten. Auch setzte man darauf, daß die ausländischen Gläubiger die Hoffnung auf volle Rückzahlung längst aufgegeben hätten. Schließlich sollte ein Zahlungsmodus ausgehandelt werden, der den wieder erstarkenden Konzernen in Westdeutschland genehm war.

Eine bedeutende Rolle spielte das Argument, daß die Bundesrepublik wegen erheblicher "Ge-

bietsverluste" nur begrenzt Zahlungsfähigkeit besäße, daß "wichtige Reichsteile weiter abgetrennt" seien (Hermann Josef Abs). Die territoriale Beschränkung der Herrschaftsgewalt der Bundesregierung müsse berücksichtigt werden. Adenauer hatte schon in der Schuldenerklärung vom März 1951 hierauf verwiesen, und die Westmächte hatten dies in ihrer Antwortnote auch ausdrücklich bestätigt.

Im Ergebnis der mehrmonatigen Verhandlungen wurden als Gesamtverbindlichkeit der BRD 13,73 Milliarden DM vereinbart. Die Vorkriegsschulden wurden auf 7,3 Milliarden DM festgesetzt. Für diese Schulden waren auch die Zinssätze reduziert worden.

Abs erklärte auf der abschließenden Sitzung der Hauptkonferenz am 8. August 1952, die deutsche Seite habe gewiß nicht die Absicht verfolgt, "von lästigen Verbindlichkeiten aus der Vergangenheit freizukommen". Es sei ihr um die Erfüllung der vertraglichen Rechte, nicht um die billigste Lösung gegangen. ...

Das mit seinen Einzelverträgen, Anhängen und Anlagen mehrere hundert Seiten umfassende Londoner Schuldenabkommen wurde schließlich am 27. Februar 1953 unterzeichnet.

Neben dem Abkommen über die deutschen Auslandsschulden wurden die Ansprüche der USA, Großbritanniens und Frankreichs aus der an Westdeutschland geleisteten Nachkriegswirtschaftshilfe geregelt sowie zwei weitere spezielle Abkommen zwischen der BRD und den USA getroffen. Zuvor war mit Dänemark die Erstattung der Aufwendungen in Verbindung mit dem Aufenthalt deutscher Flüchtlinge in Dänemark 1945 bis 1949 vereinbart worden.

Das Londoner Schuldenabkommen über deutsche Auslandsschulden trägt die Unterschriften von BRD, USA, Großbritannien und Frankreich (Signatarstaaten) sowie 15 weiterer Staaten - von Belgien über Ceylon, Liechtenstein, Luxemburg und Pakistan bis Südafrika, um nur einige zu nennen. 70 westliche oder neutrale Staaten waren eingeladen, sich dem Abkommen anzuschließen, "Ostblockstaaten" waren nicht dabei.

Nach Hinterlegung der Ratifizierungsurkunden durch die vier Signatarstaaten trat das Abkommen am 16. September 1953 in Kraft.

Mit dem Londoner Schuldenabkommen wurden in aller Stille entscheidende Weichen der imperialistischen Nachkriegspolitik gestellt. Die Verhandlungen in London verliefen zeitgleich und in engem Zusammenhang mit weltpolitischen Ereignissen und Aktionen im Weltmachtstreben der USA: die Gründung des Nordatlantikpaktes, das atomare Wettrüsten, der Koreakrieg.

In Europa gab es Auseinandersetzungen um die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft EVG, um den Generalvertrag zwischen der BRD und den Alliierten sowie um die Wiederaufrüstung in Westdeutschland. Und die Adenauer-Regierung zögerte nicht, alle Verständigungsangebote und Vorschläge der Sowjetunion und der DDR-Regierung für einen Friedensvertrag mit Deutschland abzulehnen.

Die Londoner Schuldenkonferenz und das Abkommen über Altschulden des Deutschen Reiches waren die finanzpolitische Ergänzung zum Streben, die BRD in das westliche Paktsystem einzugliedern, Westdeutschland zu remilitarisieren und letztlich in die NATO aufzunehmen. Sie waren fester Bestandteil der westlichen Strategie im Kalten Krieg gegen den "Ostblock".

Die Verhandlungen in London und das Abkommen standen kaum im Blick der deutschen Öffentlichkeit, und es gab wenig Kritik oder Protestäußerungen. Von bürgerlicher Seite wurde zumeist beklagt, daß die Bundesregierung, im "Ehrgeiz, Rechtsnachfolger des Altreichs zu sein", zu viele Zugeständnisse gemacht habe, mit "ungeheuren Verpflichtungen, die wir in London eingegangen sind", so etwa der Industriekurier, Düsseldorf.

Prinzipielle Ablehnung gab es bei der KPD. Wie bereits im Kampf gegen den Abschluß des Generalvertrages "Über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten" im Mai 1952 bezogen die Kommunisten im Bundestag eine eindeutige Position

gegen das Londoner Schuldenabkommen.

Der Abgeordnete Walter Fisch brandmarkte das Abkommen in der ersten Lesung zur Ratifizierung als Beweis für den Willen der Adenauer-Regierung, für die Eingliederung Westdeutschlands "in das amerikanische Militärpaktsystem nicht nur deutsche Fremdenlegionen zur Verfügung zu stellen, sondern auch Tributeleistungen finanzieller Art in ungeheurem Ausmaß anzuerkennen und zu gewährleisten".

Im Hinblick darauf, daß die noch zurückzuzahlenden Kredite in der Weimarer Republik dazu gedient hatten, die deutsche Wirtschaft - und das hieß, die Konzerne für neue Profite und ihr Rüstungspotential - zu stärken, betonte er, daß das deutsche Volk nichts zu tun haben will "mit der Rückzahlung von Rüstungsgeldern, die in den zwanziger Jahren den Krupp und Thyssen zur Vorbereitung des Krieges geleistet wurden".

Adenauers Regierungserklärung zur Ratifizierung des Schuldenabkommens war darauf gerichtet, eine ausführliche Debatte im Bundestag zu vermeiden. Für die meisten Abgeordneten war das umfangreiche Dokumentenwerk kaum verständlich. Die SPD wollte sich in der ersten Lesung noch nicht festlegen. Für die CDU war das Abkommen "ein Schlußstrich unter eine tragische Vergangenheit ... und ein neuer Anfang mit schweren Opfern".

"Dieser Neubeginn fällt zeitlich zusammen mit dem Zeitpunkt, in dem sich Deutschland anschickt, seine Souveränität wiederzugewinnen und sich in eine neu zu schaffende europäische Ordnung als gleichberechtigter Partner einzufügen", so der Abgeordnete Hermann Kopf.

Die zweite und dritte Lesung ging am 2. Juli 1953 nur mit Schwierigkeiten über die Bühne. Das Abkommen mit Frankreich wurde zunächst mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Mit einem Trick erwirkte man eine Wiederholung der Abstimmung, die dann eine Zustimmung brachte. Damit war auch das ganze Gesetzeswerk "gerettet". Frankreich und Großbritannien hatten bereits ratifiziert.

In den USA dauerte es noch, weil im Senat ziemliche Unkenntnis über die Situation in Europa herrschte und offenbar das Abkommen einigen Senatoren als zu großzügig gegenüber den Deutschen erschien. Letztlich aber waren in den USA politische Motive ausschlaggebend, die BRD nicht zu sehr mit Schulden zu belasten.

Ein ausgepowertes, wirtschaftlich am Boden liegendes Deutschland wäre "der sicherste Weg, die Deutschen in die Arme der Russen zu treiben", resümierte der Leiter des Senatsausschusses für Außenpolitik, Alexander Wiley. ...

Dank Marshall-Plan und der Wirtschaftspolitik von Ludwig Erhard ("Wirtschaftswunder") beim Wiederaufbau nach den katastrophalen Kriegszerstörungen gelang es der BRD entgegen aller pessimistischen Prognosen relativ problemlos, die in London festgesetzten Zahlungen zu leisten - bis auf einen als "Schattenquote" geführten Rest von etwa 250 Millionen DM. Begünstigend war, daß die Sätze der rückständigen Zinsen im Abkommen von sieben auf fünf Prozent (Dawes-Anleihe) und von 5,5 auf 4,5 Prozent (Young-Anleihe) bzw. von sechs auf vier Prozent (Zündholz- oder Kreuger-Anleihe genannt) gesenkt worden waren.

Die vorrangig zu bedienenden Nachkriegsschulden waren bis 1961 (Großbritannien und Frankreich) bzw. 1966 (USA) abbezahlt. Die durch die früheren Stillhalteabkommen gestundeten Beträge wurden schon bis Ende 1954 gezahlt. Bis Ende 1960 war mehr als ein Drittel der Vorkriegsschulden abgegolten. Bis 1980 waren alle festgelegten Zahlungspflichten erfüllt (1969 war die Dawes-Anleihe, 1980 die Young-Anleihe fällig geworden). Offen war noch die "Schattenquote". Das waren die Zinsforderungen aus den bereits zurückbezahlten Anleihen für die Zeit vom 8. Mai 1945 bis 1952, insgesamt etwa 250 Millionen DM.

Der damalige Vizekanzler Franz Bücher (FDP) wollte für diese Zeit bis zum Beginn der Schuldenkonferenz eigentlich gar keine Zinsberechnung, weil in dieser Periode die Alliierten die politische Macht ausübten, den Deutschen deshalb keine Versäumnisse anzulasten seien. Aber in den Verhandlungen wurde entschieden, diese Zinsforderungen als "Schattenquote" bis

zur Wiedervereinigung Deutschlands auszusetzen. Damit sollte auch dem Umstand Rechnung getragen werden, daß Bonn nicht über ganz Deutschland regierte. ...<<

Eine deutsche Spruchkammer rehabilitierte am 28. Februar 1953 den im Jahre 1946 hingerichteten Generaloberst Alfred Jodl als nicht schuldig der ihm zur Last gelegten Völkerrechtsbrüche, allerdings unter Ausklammerung des umstrittenen Anklagepunktes "Verbrechen gegen den Frieden" (x051/285).

Das SED-Regime ließ im Februar 1953 an der Ostseeküste zahlreiche Hotel- und Fremdenheimbesitzer wegen "Wirtschaftsverbrechen" festnehmen ("Aktion Rose").

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Aktion Rose" (x009/19): >>Schlagartig im Februar 1953 durchgeführte Aktion an der Ostseeküste.

Innerhalb weniger Tage wurden wegen angeblicher Wirtschaftsverbrechen eine große Anzahl von Hotel- und Fremdenheimbesitzern nach vorangegangener Haussuchung - die meistens keine Ergebnisse brachte - verhaftet und in die Strafanstalt Bützow-Dreibergen verbracht. Hier wurden sie durch Sondergerichte in Schnellverfahren zu Zuchthausstrafen und Vermögenseinziehung verurteilt.

Während die Freiheitsstrafen in vielen Fällen nach einiger Zeit im Gnadenwege erlassen wurden, blieb die Vermögenseinziehung bestehen. Damit waren begehrte Objekte aus Privathand in Volkseigentum übergegangen.<<

Oberstleutnant Konrad Freiherr von Wangenheim (1909-1953, 1936 Olympiasieger mit der deutschen Militarymannschaft) wurde im Februar 1953 in einem Lager bei Stalingrad, auf dem Dachboden einer Baracke, erhängt gefunden.

Der deutsche Pfarrer Martin Preuß berichtete später über das tragische Schicksal des großartigen Sportlers und untadeligen Wehrmachtsoffiziers Konrad Freiherr von Wangenheim (x130/362-363): >>(Februar 1953) ... Eines Tages schickte von Wangenheim einen Kameraden mit der Bitte zu mir, sofort zu ihm zu kommen. Ich eilte zu ihm und erfuhr, daß er sich sofort am Lagertor einzufinden hätte. Nach dem Verlauf der vorangegangenen Verhöre und nach Beurteilung der besonderen Situation von Wangenheims war uns beiden klar, daß es wahrscheinlich ein Abschied für immer sein würde.

Auf dem Weg von der Baracke zum Lagertor ergab sich ein seelsorgerisches Gespräch. Konrad von Wangenheim wies ausdrücklich darauf hin, daß er auch in der leidvollsten Lage niemals Selbstmord verüben würde. Tapfer und gestärkt ging er seine letzten Schritte zum Lagertor. Ich war der letzte, der mit ihm gesprochen hatte. ...

Kameraden berichteten (im Februar 1953), daß sie den erhängten Leichnam unseres Kameraden (von Wangenheim) hätten begraben müssen. Sie fanden ihn in dem Vernehmungsgebäude außerhalb des Lagers. Sein Kopf sei so zerschlagen gewesen, berichteten die Kameraden, daß er im Augenblick des Erhängens entweder schon tot oder noch besinnungslos gewesen sein müsse.

Es war eingetreten, was auch von Wangenheim befürchtet hatte: Man hatte ihn während des Verhörs erschlagen.<<

Josef W. Stalin (1879 in Georgien geboren, eigentlich Jossif Wissarionowitsch Dschugaschwili, Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR) starb am 5. März 1953 nach einem Gehirnschlag in Moskau.

Stalins Tochter Swetlana (1926-2011) schilderte später die letzten Stunden ihres Vaters (x080/394): >>In den letzten 12 Stunden war es bereits klar, daß sich der Sauerstoffmangel vergrößerte. Das Antlitz verfärbte sich, die Gesichtszüge entstellten sich bis zur Unkenntlichkeit, die Lippen wurden schwarz.

In den letzten 2 Stunden erstickte er einfach. ... Die Agonie war entsetzlich, sie erwürgte ihn vor aller Augen.

In einem dieser Augenblicke ... offenbar in der letzten Minute öffnete er plötzlich die Augen

und ließ seinen Blick über alle Umstehenden schweifen. Es war ein furchtbarer Blick, halb wahnsinnig, halb zornig, voll Entsetzen vor dem Tode. ...

(Und dann) hob er plötzlich die linke Hand ... und wies mit ihr nach oben, drohte uns allen. Die Geste war unverständlich, aber drohend.<<

"Die Neue Zeitung" berichtete am 7. März 1953 über Stalins Tod (x043/523): >>... Wir drucken hier einen Auszug aus der amtlichen Verlautbarung des ZK der KPdSU ab: ...

Liebe Genossen und Freunde, das Zentralkomitee der Ministerrat und das Präsidium des Obersten Sowjet geben mit tiefem Mitgefühl der Partei und allen Arbeitern bekannt, daß am 5. März um 21.50 Uhr (Moskauer Zeit) der Vorsitzende des sowjetischen Ministerrates und Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, Josef Wissarionowitsch Stalin, nach schwerer Krankheit gestorben ist.

Das Herz des Genossen und ausführenden des Willens Lenins, des weisen Führers und Lehrers der Kommunistischen Partei und des sowjetischen Volkes, Josef W. Stalin, hat zu schlagen aufgehört. Stalins Name ist unserer Partei, dem sowjetischen Volk, den Arbeitern der Welt für immer eine Ehre.

Der Tod des Genossen Stalin, des Mannes, der sein ganzes Leben dem selbstlosen Dienst an der kommunistischen Idee widmete, ist ein ungeheurer Verlust für die Partei, für die Arbeiter der Sowjetunion und für die ganze Welt.

Die Nachricht vom Tode des Genossen Stalin wird in die Herzen der Arbeiter, Kollektivbauern, Intellektuellen und aller Arbeiter unseres Vaterlandes, in die Herzen der Soldaten unserer ruhmreichen Armee und Marine, in die Herzen von Millionen Arbeitern in allen Ländern der Welt tiefes Leid tragen.

In diesen traurigen Tagen schart sich die Bevölkerung unseres Landes noch enger in der großen brüderlichen Familie unter der erprobten Führung der Kommunistischen Partei, die von Lenin und Stalin geschaffen wurde.

Das sowjetische Volk hat grenzenloses Vertrauen und ist mit großer Liebe erfüllt für die Kommunistische Partei, denn es weiß, daß das Gesetz, das die Tätigkeit der Partei diktiert, der Dienst für das Wohl des Volkes ist.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei, der Ministerrat und das Präsidium des Obersten Sowjet appellieren in diesen sorgenvollen Tagen an die Partei und alle Arbeiter des Vaterlandes, sich noch enger um das Zentralkomitee zu scharen.

Der unsterbliche Name Stalins wird für immer in den Herzen des sowjetischen Volkes und der fortschrittlichen Menschheit leben.

Lange lebe die große und alles beherrschende Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin.

Lang lebe unser mächtiges sozialistisches Vaterland.

Lang lebe unser heldenhaftes Sowjetvolk.<<



Abb. 82 (x305/25): Der Leichnam des Diktators Stalin im offenen Sarg – das Volk soll ihm seine Reverenz erweisen.

In der SED-Zeitung "Neues Deutschland" veröffentlichte Johannes R. Becher später folgendes "Stalin-Gedicht" (x043/523):

>>Dem Ewig-Lebenden
Als es geschah
an jenem zweiten März,
Daß leiser, immer ferner
schlug sein Herz,
Da war ein Schweigen
wieder und ein Weinen.
Um Stalins Leben
bangten all die Seinen.

Und als verbraucht
sein letzter Atemzug,
Da hielt die Taube ein
auf ihrem Flug.
Die Völker aber
hatten sich erhoben,
Um an der Bahre
Stalins zu geloben.

Wen so wie dich
die Welt zu Grabe trägt.
Des Herz im Herz
der Völker weiterschlägt.
Begleitet Stalin

vor die rote Mauer!
Erhebt euch
in der Größe eurer Trauer!

Seht! Über Stalins Grab
die Taube kreist,
Denn Stalin: Freiheit –
Stalin: Frieden heißt!
Und aller Ruhm der Welt
wird Stalin heißen!
Laßt uns den Ewig-Lebenden
lobpreisen!<<

Stalins Terrorherrschaft

Stalin war wie Hitler ein Diktator, der buchstäblich über Leichen ging.

Nach wissenschaftlichen Untersuchungen von angesehenen belgischen und französischen Historikern, die auch Zahlenmaterial des internationalen Roten Kreuzes auswerteten, forderte die sowjetische Terrorherrschaft von 1917-67 (ohne Kriegsverluste) ca. 49,0 Millionen Menschenleben (x025/113). Russische Historiker ermittelten in späteren Studien, daß dem Terror des Sowjetkommunismus wahrscheinlich sogar 52-66 Millionen Opfer angelastet werden müssen (x025/259).

Nach dem Tod des sowjetischen Diktators Stalin entließ man nach und nach ca. 10,0-12,0 Millionen Menschen aus den sowjetischen Zwangsarbeitslagern. Im Rahmen der sog. "Entstalinisierung" wurde Stalin später wegen seiner "theoretischen und politischen Fehler" öffentlich kritisiert. Die KPdSU verurteilte außerdem Stalins "grobe Verstöße" gegen den Marxismus-Leninismus und den "Personenkult" als sog. "fremde Erscheinung".

Nikita Chruschtschow (seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU) gab z.B. am 25. Februar 1956 während des XX. Parteitages der KPdSU bekannt, daß Stalin von den 139 Zentralkomiteemitgliedern, die 1934 gewählt wurden, 98 Mitglieder (70,5 %) liquidieren ließ (x128/47).

Nikita Chruschtschow (1894-1971, seit 1953 Erster Sekretär des ZK der KPdSU) erklärte später (x073/64): >>Stalin hielt sich nicht damit auf, die Menschen zu überzeugen, aufzuklären und geduldig mit ihnen zusammenzuarbeiten, sondern er zwang anderen seine Ansichten auf und verlangte absolute Unterwerfung unter seine Meinung.

Wer sich ihm widersetzte, ... wurde unweigerlich aus dem Führungskollektiv ausgeschlossen und anschließend sowohl moralisch als auch physisch vernichtet.<<

Die offizielle sowjetische Geschichtsschreibung ("Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941-45", herausgegeben vom ZK der KPdSU, Moskau 1963, Bd. V.), berichtete später über Stalin (x047/262): >>... Im Großen Vaterländischen Krieg war er Vorsitzender des Staatlichen Verteidigungskomitees, Volkskommissar für Verteidigung, Oberster Befehlshaber der Sowjetarmee. Er leitete das Hauptquartier des Kommandos des Obersten Befehlshabers, war einer der Organisatoren der Antihitlerkoalition.

Stalin spielte eine hervorragende Rolle beim Aufbau des Sozialismus in der UdSSR, bei der Zerschlagung des Trotzkismus und des rechten Opportunismus und bei der Organisation des Sieges des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg.

Gleichzeitig beging er theoretische und politische Fehler, ließ grobe Verstöße gegen die sozialistische Gesetzlichkeit und Abweichungen von den Leninischen Normen des Parteilebens und des staatlichen Lebens zu. Der Personenkult um J. W. Stalin wurde von der KPdSU als eine dem Marxismus fremde Erscheinung verurteilt. ...<<

Der jugoslawischen Politiker und serbische Schriftsteller Milovan Djilas (1911-1995, jugo-

slawischer KP-Generalsekretär und enger Berater Titos; ab 1954 wegen Kritik an Titos Kommunismus wiederholt im Gefängnis) schrieb später über Stalin (x073/57, x080/410): >>Bei Stalin war jedes Verbrechen möglich, denn es gibt kein einziges, das er nicht begangen hätte. Mit welchem Maß wir ihn auch messen wollen, ihm wird jedenfalls - hoffen wir, für alle Zeiten - der Ruhm zufallen, der größte Verbrecher der Geschichte zu sein. ...<<

>>... Alles in allem war Stalin ein Ungeheuer, das, während es abstrakten, absoluten und fundamental utopischen Ideen anhing, in der Praxis nur den Erfolg anerkannte und auch nichts anderes anzuerkennen vermochte - Erfolg, Gewalttat, physische und geistige Vernichtung.<< Der sowjetische Schriftsteller Alexander Solschenizyn (1918-2008, erhielt 1970 den Nobelpreis für Literatur) berichtete später von 40 Millionen Opfern "des ständigen inneren Krieges der Sowjetregierung gegen das eigene Volk" (x046/174).

Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) berichtete später über Stalins Terrorherrschaft (x080/399-400): >>... Vor allem war Stalin von Natur aus grausam. Sein sowjetischer Biograph Wolkogonow "sprach mit Hunderten von Menschen, die Stalin persönlich kannten", und gelangte zu dem Schluß, daß "für diesen Mann Grausamkeit ganz einfach ein unveräußerliches Attribut seines Daseins" war.

Was Stalins persönliche Neigung zu Terror und Tötung angeht, muß man nur einen Blick auf die vorhandenen Quellen werfen. Es trifft zu, daß der leninistische Marxismus in der extremen Gestalt, die er in seinem Denken annahm, die Ausrottung angeblich feindlicher Klassen wie der "Kulaken" notwendig machte.

Doch er ging noch weiter, indem er persönlich Zigtausende von Todesurteilen anordnete und bestätigte. Oft verfolgte er auch Menschen, die ihn bei seinen früheren tyrannischen Akten unterstützt hatten. Und er war zu weiteren Morden entschlossen, so, als Jeschow Anfang 1938 in die Ukraine geschickt wurde, um 30.000 Hinrichtungen zu befehlen, wobei die Auswahl der Opfer dem NKWD vor Ort überlassen blieb. ... Er verhängte nicht nur den Tod, sondern auch die Folter über völlig unschuldige Häftlinge und gab persönliche Anweisungen für ihre Mißhandlung.

Despoten, die Vergnügen im Morden und Foltern fanden, hat es zu allen Zeiten der Geschichte gegeben, und unter ihnen nimmt Stalin eine Vorrangstellung ein. Doch wie sich an seinen Instruktionen für die Folterknechte ablesen läßt, herrschte er nicht nur durch Terror, sondern auch durch Lüge und Betrug, denn der Zweck der Folter bestand darin, falsche Geständnisse zu erhalten. Diese Ziel wurde nicht nur in den Fällen verfolgt, in denen die Beschuldigten in öffentlichen Schauprozessen abgeurteilt wurden, sondern auch dann, wenn die Beschuldigten ohne öffentliche Verhandlung zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden.

Das alles war Teil eines unersättlichen Machtstrebens. Der sowjetische Zukunftsforscher Igor Bestuschew-Lada sieht es so, daß nach "den katastrophalen Fehlschlägen von 1929 bis 1933" selbst Stalin damit rechnete, gestürzt zu werden, und daß "die Logik seines Handelns" einfach in einem "verzweiferten Kampf" bestand, "seine persönliche Macht zu sichern und sie anschließend um jeden Preis zu behaupten ... einem verschlagenen und unbarmherzigen Kampf, bei dem alle Mittel der Täuschung und des Verrats eingesetzt wurden.

... Ein bemerkenswerter ... Vergleich aus der Tierwelt stammt von Maxim Gorki. Als Gorki starb, konfiszierte die Geheimpolizei seine Privatpapiere. ...

Gorki hatte irgendwo gelesen, gelesen, daß ein um das Tausendfache vergrößerter Floh das furchtbarste und gefährlichste Lebewesen wäre. Daran knüpfte er die Überlegung, daß Stalin genau ein solches Wesen war, mit anderen Worten ein Ungeheuer, dessen Durst nach Menschenblut unersättlich war, das zugleich jedoch das Dasein eines Schmarotzers führte. ...<<

Der sowjetische Journalist und Schriftsteller Woldemar Weber berichtete im Januar 1992 über die Opfer des Stalinismus (x037/105): >>Heute ist es eine offizielle Zahl, daß ein Drittel der Bevölkerung in der Stalinzeit umgebracht wurde. 60 Millionen Menschen wurden beseitigt.

Man sagt, daß zwischen 1918 und 1956 (etwa) 60 Millionen fehlen, die in den Statistiken nicht mehr zu finden sind. Dazu kommen 28 Millionen wie man heute sagt, die im Krieg umgekommen sind. Das sind zusammen ungefähr 90 Millionen Menschen. Das sind Zahlen, die werden Ihnen heute offiziell gesagt. Wissen Sie, uns setzt nichts mehr in Erstaunen. ...<<

Der britische Historiker Robert Conquest (1917-2015) berichtete später über die Folgen des Stalinismus in der Sowjetunion (x080/408-409): >>... Stalin (setzte) seine ganze Existenz ein, um Illusion und Täuschung hervorzubringen. Fehlschläge wurden in Erfolge umgemünzt. Terror wurde als Demokratie hingestellt. Selbstherrschaft wurde Sozialismus genannt. ...

Es war vor allem diese alles beherrschende Verlogenheit, die selbst nach Stalins Tod die Sowjetunion in einem Zustand der Rückständigkeit, des moralischen Verfalls, gefälschter wirtschaftlicher Daten und einer allgemeinen Verschlechterung hielt, bis in den letzten 10 Jahren die Wahrheit nicht länger unterdrückt werden konnte. ...

Der Zustand der heutigen Sowjetunion ist das unmittelbare Ergebnis von Stalins Denken und Handeln. Wie es ein sowjetischer Schriftsteller von Stalin und Stalinisten sagt: "Am Ende trugen sie den Sieg davon: Sie vernichteten sich selbst und das Volk." ...<<

Der französische Historiker Stéphane Courtois (ehemals militanter Maoist, Professor für Politik an der Universität Nanterre bei Paris) schrieb später im Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (30/1999) über Stalin und den Terror in der UdSSR: >>... **Stalin und der Gulag-Staat** Unter seiner fast 30jährigen Herrschaft stieg die Sowjetunion zur Weltmacht auf. Sein eigenes Volk versklavte der Diktator Stalin und ließ es im Namen des Sozialismus grausam bluten: Allein in der Ukraine starben in einem Jahr Millionen Menschen.

Kein Politiker der Welt hat das 20. Jahrhundert mehr geprägt als Josef Stalin. Churchill und Lenin haben nur fünf Jahre lang die Weltpolitik beeinflusst, Hitler und Roosevelt zwölf Jahre lang, de Gaulle, Gandhi oder Mao haben vor allem die Geschicke ihres eigenen Landes bestimmt. Stalin hingegen war von 1924 bis zu seinem Tode 1953 an der Macht.

Er stieg auf zum absoluten Herrscher über die UdSSR, er hat sein Land in den Rang einer Supermacht gehoben und zum Zentrum eines weltumspannenden kommunistischen Systems gemacht.

Er hat sein Regime, das auf der Abschaffung des seiner Produktionsmittel beraubten Privateigentums, auf Staatsplanung, Terror und der Lüge errichtet war, der gesamten kommunistischen Welt aufgezwungen; es ging erst unter mit dem Zusammenbruch im Jahr 1991.

Das Verständnis Stalins - und man muß ihn verstehen - war lange vernebelt: zu seinen Lebzeiten durch den unwahrscheinlichen Kult, der in der ganzen Welt und oft von erlesenen Geistern um ihn entfesselt worden war; nach seinem Tod vor allem durch Nikita Chruschtschow, der auf dem 20. Kongreß der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Februar 1956 in seinem berühmten Geheimbericht der Welt enthüllt hat, was für ein Tyrann und Mörder Stalin gewesen war.

Da es sich dabei um eine politische und ideologische Operation Chruschtschows handelte, die gleichzeitig das Gesicht des Regimes retten und die hartgesottensten Stalinisten im Kampf um die Macht im Kreml schwächen sollte, war die Marschroute klar: Der gute Wladimir Lenin hatte das Regime geschaffen, um der Menschheit das ewige Glück zu bescheren, der böse Stalin hatte die Lehren des guten Lenin verraten.

An diese Fabel zu glauben heißt indes, nichts von einem äußerst komplexen Kapitel der Geschichte zu verstehen. Denn Stalin bleibt ein Rätsel. Wie sollte man sonst verstehen, daß dieser außergewöhnliche Politiker gleichzeitig der größte Verbrecher dieses Jahrhunderts war, der mit Entschlossenheit und nie wankendem persönlichen Engagement über einen langen Zeitraum hinweg Massenmord verübte. Weder Shakespeare noch Dostojewski hätten eine so blutrünstige und perverse Persönlichkeit ersinnen können. Die Realität hat die Vorstellungskraft übertroffen.

Der 1878 (und nicht ein Jahr später, wie meist angegeben) in Gori, Georgien, geborene Josef Dschugaschwili war schon früh ein professioneller Revolutionär, Mitglied der bolschewistischen Strömung der Sozialdemokratischen Partei Rußlands. Als solcher lernte er Verhaftungen, die Gefängnisse des Zaren und das innere Exil kennen. Er kämpfte im Untergrund, organisierte Arbeiteraufmärsche, die brutal unterdrückt wurden, und auch Überfälle auf Banken und Geldtransporte, um mit der Beute die Parteikasse zu füllen. Von Lenin angeworben, war er von 1912 an dem Zentralkomitee der bolschewistischen Partei "kooptiert", das damals nur acht Mitglieder zählte.

Um die romantische Phase seines revolutionären Kampfes zum Abschluß zu bringen, legte Dschugaschwili sein Pseudonym "Koba", ein Held aus dem georgischen Epos "Vatermörder", ab und nannte sich Stalin, der "Stählerne" - Indiz für seine Entschlossenheit, seine politischen Überzeugungen bis zur letzten Konsequenz in Taten umzusetzen.

Im März 1917 - Lenin war noch nicht nach Rußland zurückgekehrt, und Leo Trotzki trat der Partei erst im Juli bei - war Stalin bereits ein führender Bolschewik in Petrograd, dem Zentrum der Revolution. 1919 war er der einzige, der gleichzeitig dem Politbüro und dem Organisationsbüro des Zentralkomitees, den beiden höchsten Parteigremien, sowie dem Rat der Volkskommissare angehörte. Am 3. April 1922 wurde Stalin Generalsekretär des Sekretariats des Zentralkomitees.

Lenin täuschte sich nicht, als er in seinem "Testament", das er Ende 1922/Anfang 1923 verfaßt hatte, Stalin neben Trotzki als den "herausragenden Führer" der Partei bezeichnete. Und so ist Stalin beim Tod des Parteigründers am 21. Januar 1924 alles andere als ein undurchschaubarer Apparatschik. In über sechs Jahren Revolution und Bürgerkrieg, beim täglichen Kontakt mit Lenin im Kreml - ihre Büros lagen nebeneinander - hatte er hinreichend Zeit, sich mit dem Denken und den Praktiken des Meisters vertraut zu machen.

Im Kampf um dessen Nachfolge scheint Stalin über keine Trümpfe zu verfügen. Er ist 1,62 Meter klein, sein linker Arm verkrüppelt, das Gesicht wie durch einen Schrotschuß von kleinen Pockennarben übersät. Er spricht Russisch mit starkem georgischen Akzent, Schreibstil und rednerisches Talent sind miserabel, seine Fähigkeiten als Theoretiker dürftig. Kümmerlich auch die Bildung - abgebrochenes Studium am Priesterseminar. Und außerhalb Rußlands war Stalin selten gewesen.

Aber er kann sich auf andere Gaben stützen: ungewöhnliche Kaltblütigkeit und Willenskraft, Selbstkontrolle in schwierigsten Situationen, unerschütterliche Festigkeit seiner Entschlüsse sowie eine furchterregende Energie bei der Umsetzung dieser Entschlüsse in die Tat.

Hinzu kommen ein bemerkenswertes Gedächtnis, praktischer Verstand und organisatorisches Talent.

Stalin lebt recht einfach, klebt nicht am Luxus und verfügt, obwohl er viel raucht, über eine eiserne Gesundheit. Üble menschliche Eigenschaften erweisen sich im kommunistischen System als von höchstem Nutzen - Verschlagenheit und List, Begabung für die Intrige, ein immenses Mißtrauen gegen jedermann, Verbohrtheit und die Geduld, auf den richtigen Moment für Rache zu warten. Skrupel und Sensibilität im Umgang mit Menschen sind Stalin unbekannt; er ist grobschlächtig und brutal, unnachsichtig mit seinen Feinden.

Einzelgänger und einsilbig, hegt er Verachtung für Menschen und Menschenleben, seine eigene Familie inbegriffen. Beim Tod Lenins taucht Stalin "lautlos und ohne Eklat aus einer obskuren Vergangenheit und einer banalen Gegenwart auf", so beschrieb es der französische Kommunist Boris Souvarine: Stalin begreift, daß sich ihm die einzigartige Chance zur Ergreifung der Macht bietet, und er geht methodisch daran, sie zu erobern.

Bei Lenins Begräbnis hält er die berühmte Rede:

Genossen! Wir Kommunisten sind Menschen von besonderem Schlag. Wir sind aus besonderem Material geformt. Wir sind diejenigen, die die Armee des großen proletarischen Strategen

bilden, die Armee des Genossen Lenin. Es gibt nichts Höheres als die Ehre, dieser Armee anzugehören. Als Genosse Lenin von uns schied, hinterließ er uns das Vermächtnis, die Einheit unserer Partei wie unseren Augapfel zu hüten. Wir schwören dir, Genosse Lenin, daß wir auch dieses dein Gebot in Ehren erfüllen werden!

Als Genosse Lenin von uns schied, hinterließ er uns das Vermächtnis, die Diktatur des Proletariats zu schützen und zu festigen. Wir schwören dir, Genosse Lenin, daß wir unsere Kräfte nicht schonen werden, um auch dieses dein Gebot in Ehren zu erfüllen! Als Genosse Lenin von uns schied, hinterließ er uns das Vermächtnis, die Union der Republiken zu festigen und zu erweitern. Wir schwören dir, Genosse Lenin, daß wir auch dieses dein Gebot in Ehren erfüllen werden!

Ein einziger Stil, ein einziges Programm.

Stalins Feinde der ersten Stunde formieren sich in drei Strömungen: zunächst um Leo Trotzki, dann um Grigorij Sinowjew und Lew Kamenew, schließlich um Nikolai Bucharin, Michail Tomski und Alexej Rykow. Mit taktischem Geschick wird Stalin sich abwechselnd mit den einen verbünden, um die anderen auszuschalten.

Als ersten nimmt er Trotzki aufs Korn. Schon im März 1918, während der Auseinandersetzung um den Frieden von Brest-Litowsk, hat Stalin sich durch seinen brutalen Realismus hervorgetan. Mit "Anpassung an das Schlagwort vom revolutionären Krieg", so stellt er fest, "spielen wir das Spiel des Imperialismus. Die Position des Genossen Trotzki ist keine Position. Es gibt im Westen keine revolutionäre Bewegung, es gibt keine Tatsachen, es gibt lediglich ein Potential, und auf ein Potential können wir nicht zählen."

Im August 1923, als die Komintern einen Aufstand in Deutschland vorbereitet, rechnet Stalin die Erfolgchancen durch und kommt zu dem Schluß, daß ein Scheitern unvermeidlich sei. Schon früh hat er die Strategie der Bolschewisten angezweifelt, wonach die Revolution in Europa die sowjetische Revolution retten würde.

Stalin ist weder Träumer noch Schwärmer, sondern ein fanatischer Realist, der die Kräfteverhältnisse genau abwägt und sich erst festlegt, wenn er sich seiner Sache sicher ist. Das Scheitern der deutschen Kommunisten im Oktober 1923, danach der chinesischen Genossen 1927 überzeugen ihn endgültig, daß es nur einen Weg zur Weltrevolution gibt: die Stärkung der Sowjetunion mit allen Mitteln.

Trotzkis Theorie von der "permanenten Revolution" und Lenins pragmatischem Kleinkapitalismus zur wirtschaftlichen Erholung stellt er seine Idee vom "Aufbau des Sozialismus in einem Land" entgegen. Diese Option dient ihm als Vorwand für seine Politik der beschleunigten Industrialisierung und der gewaltsamen Kollektivierung der Landwirtschaft, der Errichtung einer modernen Armee und Kontrolle aller Gesellschaftsschichten. Das Monopol der Parteibürokratie auf Macht und Privilegien war gesichert.

Um Trotzki zur Strecke zu bringen, präsentiert sich Stalin als der Wahrer der ideologischen Reinheit, der sich auf leninistische Legitimität beruft; hatte doch der Meister 1921 Fraktionsbildungen verboten und Debatten nur parteiintern zugelassen.

Stalin intensiviert weiter den Mythos von der Einheit der Partei und stellt sich selbst als deren bescheidener Sprecher dar. Meisterhaft manipuliert er die Parteimaschinerie - zuerst wird Trotzki isoliert, nacheinander aus der Regierung, dem Politbüro und schließlich aus der Partei ausgeschlossen. Durch gezielte Neuberufungen neutralisiert Stalin die Trotzkiisten und formt aus seinen Anhängern um Molotow, Ordschonikidse, Kaganowitsch, Kirow und Woroschilow einen wahren Clan.

Kaum ist Trotzki abgelöst, wendet sich Stalin gegen seine Verbündeten von gestern, Sinowjew und Kamenew. Nach dem 14. Parteitag im Dezember 1925 - die Delegierten hat Stalin sorgfältig ausgesucht - werden beide Mitglieder der alten bolschewistischen Garde aus dem Politbüro ausgeschlossen und in Leningrad durch den Getreuen Sergej Kirow ersetzt.

Die UdSSR verharrt nun in einer Phase des Abwartens. Ihre Führer sind uneins zwischen der Absicht, die Bauernschaft mit der Ankurbelung des Handels neue Kräfte sammeln zu lassen, und dem Willen, weiter in Richtung Sozialismus zu marschieren. 1929 entscheidet Stalin mit dem ersten Fünfjahresplan brutal zugunsten eines industriellen Aufbruchs.

Wirtschaft und Gesellschaft werden total einem einzigen Ziel unterworfen: Schaffung einer politisch und ideologisch monolithischen Macht. Aber Stalin stößt auf Widerstand bei seinen "rechten" Verbündeten, Bucharin und Tomski. Seit 1925 will Bucharin die Bauern zu mehr Wohlstand führen, um die Industrie über mehr Konsum und höhere Steuereinnahmen in Schwung zu bringen. Tomski, Gewerkschaftsboß im "Vaterland der Arbeiter", hingegen macht sich Forderungen der proletarischen Basis zu eigen.

Da schlägt Stalin zu: Er schließt beide aus dem Politbüro aus, Bucharin im November 1929, Tomski im Juli 1930. Nebenbei weist er im Januar 1929 Trotzki aus der Sowjetunion aus. Stalin weiß jedoch, daß seine Politik auf weitaus härteren Widerstand treffen wird. Und deswegen muß er seine Macht noch weiter festigen.

In einem persönlichen Brief an Molotow vom 22. September 1930 schlägt er vor, Rykow, Lenins Nachfolger an der Spitze des Rates der Volkskommissare, also der eigentlichen Regierung, abzusetzen: "Das ist unerlässlich. Sonst gibt es einen Bruch zwischen der Führung des Sowjetstaates und der Partei. Bei dieser Kombination aber werden wir eine vollkommene Einheit von Staats- und Parteispitze haben, was zweifellos unsere Kräfte verdoppeln wird."

Die perfekte Einheit, das ist der Traum jeder totalitären Macht, die den Staat als Mittler zwischen dem Volk und der ideologischen Macht ausschalten will - in diesem Fall zwischen der Proletarierklasse und der Partei mit ihrem Generalsekretär.

Am 19. Dezember 1930 wird Rykow von der Regierungsspitze entfernt, dort ersetzt ihn Molotow, der die Fusion zwischen Partei- und Staatsapparat vorantreibt. Der kommunistische Totalitarismus, für den Lenin die Fundamente gelegt hatte, wird zur Realität - er heißt Stalinismus. Gleichzeitig beginnt Stalin mit den großen Säuberungen.

Von Ende 1929 bis 1931 werden mehr als 250.000 Kommunisten aus der Partei ausgeschlossen. Stalins persönliches Machtinstrument, die politische Geheimpolizei OGPU, beginnt ihr Terrorwerk mit sich häufenden Drohungen und Einschüchterungen gegen selbst die geringste Kritik am Generalsekretär. Die politischen Gegner sind geschwächt, und Stalin kann, am 7. November 1929, in der "Prawda" das "Jahr der großen Wende" ankündigen - die allgemeine Kollektivierung.

Die drängt sich aus zwei Erkenntnissen auf. Zum einen erscheinen die Bauern wieder stark auf dem Markt. Wie zu Zeiten des Bürgerkriegs, der weitgehend ein Kampf zwischen Bauern und der bolschewistischen Macht war, drohen sie sich jeder weiteren Verstaatlichung von Land zu widersetzen. Nachdem Adel, Bourgeoisie und Unternehmer bereits von 1918 bis 1922 liquidiert worden sind, ist die Bauernschaft das einzige Hindernis für die Durchsetzung der kommunistischen Doktrin.

Zum anderen impliziert eine beschleunigte Industrialisierung aus marxistischer Sicht eine "Akkumulation" des Kapitals, die nur durch eine Ausbeutung der Arbeiter zustande kommen kann, und vor allem durch die Beschlagnahme allen bäuerlichen Reichtums.

Nach Marx ist die Bauernschaft ein direkt vom Mittelalter in die Neuzeit verpflanztes Hindernis für die Modernisierung und somit für die Verwirklichung des Sozialismus. Nach kommunistischer Auslegung müssen die Bauern deshalb in Arbeiter umgewandelt werden, als Lohnempfänger in Kolchosen einziehen.

Sie müssen den Gesetzen der Industrie unterworfen und von zentralen Ausleihstationen von Landmaschinen abhängig gemacht werden, die ihrerseits direkt der Parteikontrolle unterworfen sind. Vor allem muß diese bäuerliche Macht schon wegen ihrer politischen Unkontrollierbarkeit erbarmungslos und für immer zerschlagen werden.

Stalin mochte auch geglaubt haben, daß er einen wesentlichen Punkt aus Marx' und Engels' Kommunistischem Manifest umsetzen würde, daß nämlich Landenteignung und die "Verbesserung der Ländereien nach einem gemeinschaftlichen Plan" die Organisation industrieller Armeen, insbesondere "die Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie", den "Gegensatz von Stadt und Land allmählich" beseitigen würden.

Der Fünfjahresplan mit der Kollektivierung bedeutete in der Tat die Umsetzung einer Doktrin, die Lenin schon 1921 beschrieben hatte:

Wenn in Deutschland die Revolution nicht vorankommt, ist es unsere Aufgabe, den Staatskapitalismus der Deutschen zu erlernen, ihn aus aller Kraft zu übernehmen, keine diktatorischen Methoden zu scheuen, um diese Übertragung der westlichen Kultur auf das barbarische Rußland zu beschleunigen, ohne dabei vor barbarischen Methoden des Kampfes gegen die Barbarei zurückzuscheuen.

Lenin hatte lediglich übersehen, daß es in Rußland weder Kapitalismus - den hatten die Bolschewisten von 1918 an zerschlagen - noch einen Staat im Sinne einer Institution gab, die Konflikte zwischen den Gesellschaftsgruppen regelt. Es fehlte auch die für eine Modernisierung unerläßliche oberste Schicht von Intellektuellen.

Denn auch die Intelligenzija war von Lenin verjagt worden. Der Zusammenstoß kam frontal und brachial. Die kommunistische Macht erklärte den Bauern regelrecht den Krieg, und Stalin formulierte sein berüchtigtes Schlagwort von der "Liquidierung des Kulakentums als Klasse". Trotz mehr als 1.200 Bauernaufständen allein 1929 und etwa 14.000 Revolten und Massenkundgebungen im Jahr darauf wurde der Bauernstand zermalmt. 1930/31 deportierten die Bolschewisten rund 1,8 Millionen Bauern nebst Familien, eine Million floh aus den Dörfern, zwei Millionen suchten Zuflucht in anderen Regionen.

Als Folge entstand ein gewaltiges Chaos in der Agrarproduktion. Die meisten der stalinistischen Führer waren ohne jede fachliche Kompetenz. Stalin selbst hatte sein politisches Leben innerhalb der Partei verbracht. Seine Visionen von Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur waren die eines professionellen Revolutionärs - eines Machtmenschen, der bevorzugt in der Realität einer Partei lebte, einer kleinen Sekte von Verschwörern.

Alles, was zum Erfolg hätte führen können, wurde ins Maßlose übersteigert. Der extreme politische Voluntarismus, das Vorwärtsstürmen führten zum Terror gegen die Massen, zur totalen Kontrolle über die Gesellschaft und der Mißachtung all dessen, was der Verwirklichung der Ziele hinderlich sein konnte: wissenschaftliche Gesetze, ökonomische Mechanismen, demokratische Prinzipien und vor allem die Achtung vor dem menschlichen Leben.

Die ökonomische Inkompetenz, welche die kommunistischen Führer durch gefälschte Statistiken zu verbergen suchten, ließ den Lebensstandard rasch abstürzen. Zwischen 1928 und 1934 sank das Einkommen der Arbeiter um die Hälfte, das der Bauern noch mehr. Für die Werktätigen wurde zur Kontrolle das Arbeitsbuch wiedereingeführt, die Bauern durften die Kolchosen nicht mehr verlassen. Seit dem 7. August 1932 wurde per Dekret für den geringsten Diebstahl die Todesstrafe verhängt.

Über alldem wachte eine totale Polizeimacht. Begleitet wurde die "große Wende" von der Ausweitung eines Systems von Zwangs- und Arbeitslagern. Die Geheimpolizei baute den Gulag auf, der durch Alexander Solschenizyn zu makabrem Ruhm gelangen sollte und in dem durch Beschluß des Politbüros vom 27. Juni 1929 "sozial gefährliche Elemente" isoliert wurden. Der Stalinsche Terror stieß bei Verantwortlichen auf Kritik - also verschärfte der Diktator die "Säuberungen". Schon 1933 wurden 450.000 Kommunisten aus der damals 3,5 Millionen Mitglieder und Anwärter zählenden Partei ausgeschlossen.

Die Offensive gegen Arbeiter und Bauern wurde begleitet von einer Propagandakampagne, wie sie die Welt noch nicht erlebt hatte. Zunächst verkündete man mit gewaltigem Getöse ökonomische Triumphe - sie waren erfunden. Dann aufgebrauchte Berichte über die Entdek-

kung von Saboteuren - damit wurden nicht zu vertuschende regionale Pannen erklärt. Gleichzeitig lieferten sie den Vorwand, den immer hysterischeren Kampf gegen den "Klassenfeind" auf die Spitze zu treiben. Um die Mär von der Sabotage glaubhaft zu machen, ließ Stalin durch die Geheimpolizei erste Schauprozesse mit unter Folter erpreßten Geständnissen inszenieren. Diese Prozesse terrorisierten die technische Elite, deren Aufgabe es gewesen wäre, sich den Verrücktheiten der Industrialisierung entgegenzustellen.

Wer es trotzdem aus professioneller Kenntnis tat, wurde der Sabotage oder des Terrorismus beschuldigt. Bucharin hat in einem Brief an Stalin vom 14. Oktober 1930 dieses grausame Katz- und Maus-Spiel gebrandmarkt als "niedrige, finstere und diabolische Provokation, an die Du nicht nur glaubst, sondern die Du zum Fundament Deiner Politik gemacht hast ... Mein Gott! In welcher infernalischen Welt leben wir heute! ... Wahrscheinlich, weil ich niemandem den Arsch lecke, bin ich zum "Terroristen" erklärt worden."

Noch hat das Politbüro die Todesstrafe für Parteimitglieder nicht abgesegnet. Dann lief die Mobilisierung gegen das Ausland. Vorwand: "Imperialistische Mächte" bereiten den Angriff auf die UdSSR vor - ebenfalls ein reines Hirngespinnst. Denunziation wird zu einer der hervorragendsten Eigenschaften des jungen Kommunisten. Pawlik Morosow, ganze 13 Jahre alt, hat seinen Vater als Kulaken denunziert, wird von seinem Großvater und Cousin erschlagen und dafür zum Nationalhelden erhoben, Vorbild für eine fanatisierte und indoktrinierte Jugend, auf die Stalin sich stützen wird.

Stalins im Dezember 1929 gefeierter 50. Geburtstag ist der Anlaß, den Kult um den "woschd", den "Führer", den höchsten Retter und unfehlbaren "großen Steuermann", ins Delirium zu treiben. Mit dem Personenkult geht eine gigantische Propagandakampagne über die demokratischen und humanen Erfolge des stalinistischen Regimes einher.

1935 wird der Mythos vom Bergarbeiter Alexej Stachanow, dem Superarbeiter und sozialistischen "neuen Menschen", kreiert, der angeblich in einer einzigen Schicht 14mal soviel förderte, wie es die Norm vorschrieb. 1936 folgt der Mythos von der "demokratischsten Verfassung der Welt".

Ungezügelter Gewalt und schamloses Lügen werden zu Stützen des Regimes. Sie bleiben es bis zum Ende der Sowjetunion 1991 - auch wenn nach dem Tod des Diktators die Intensität nachließ, mit der sie betrieben wurden.

Stalin hat nichts erfunden. Er hat die von Lenin eingeführten Methoden systematisiert und intensiviert. Die UdSSR lebt in einem raffiniert kultivierten Klima des Hasses gegen den inneren und äußeren Feind. Der Begriff des "Feindes", schon unter Lenin zentrales Schlagwort, wird bis zur Hysterie ausgereizt.

Die "Liquidation der Kulaken als Klasse" ist nicht mehr eine Allegorie, sondern schauerliche Wirklichkeit. In seinem berühmten Buch "Die Ernte des Todes" beschreibt der britische Historiker Robert Conquest den Leidensweg der ukrainischen Bauern, die im Winter 1932/33 durch die Beschlagnahme der Nahrung in jedem Bauernhaushalt einer schrecklichen Hungersnot ausgeliefert wurden.

In einem Jahr starben fast acht Millionen Menschen, darunter drei Millionen Kinder. Stalin beging nicht nur ein ungeheures Verbrechen gegen die Menschlichkeit, sondern auch einen "Klassengenozid", denn er wollte gleichzeitig die ukrainische Nation wie auch ihr soziales ländliches Fundament zerstören. Der 17. Parteitag, der "Parteitag der Sieger" im Jahre 1934, bringt dem Land, das seit 1929 unter heftigem politischem Druck lebt, eine kurze Pause. Man reintegriert Oppositionelle, beschränkt offiziell die Macht der Geheimpolizei.

Über 115.000 "unkorrekte" Verurteilungen werden überprüft. Im Dezember 1935 erklärt Stalin großmütig, daß "der Sohn nicht für die Handlungen des Vaters verantwortlich" sei. Damit ermöglicht er Millionen Kindern von Deportierten und anderen "Volksfeinden", denen alle Zivilrechte und das Recht auf freien Schulbesuch genommen worden waren, sich wieder in

die Gemeinschaft zu integrieren.

Schon 1933 werden dem ausgebluteten Bauernstand Konzessionen gemacht, vor allem das Recht, bis zu zwei Morgen Land für sich selbst zu bebauen. Auf dem werden von 1937 an immerhin 52 Prozent der gesamten Kartoffel- und Gemüseernte der UdSSR erwirtschaftet, 56 Prozent des Obstes, 71 Prozent der Milch und 71 Prozent des Fleisches. Stalin will den Widerstand der sozialen Schichten neutralisieren, die er jahrelang grausam terrorisiert hat.

Gleichzeitig verstärkt er seine Macht mit Hilfe des geheimen "Sondersektors", einer Art technischen Sekretariats des Politbüros, das bis 1952 von einem seiner unterwürfigsten Anhänger, Alexander Poskrjobjuschew, geleitet wird. Stalin herrscht mit Molotow und Kaganowitsch, das Politbüro führt nur ihre Entscheidungen aus.

Die politische Ruhepause findet am 1. Dezember 1934 mit der Ermordung Kirows, Parteichef von Leningrad, ein jähes Ende. Man hat lange Zeit geglaubt, daß Stalin den Mord veranlaßt habe. Doch neuere Archivmaterialien scheinen auf die Handlung eines Verrückten hinzuweisen. Wie es auch gewesen sein mag, Stalin begreift sofort, daß er aus dem Verbrechen Vorteile für sich schlagen kann. Er suchte sowieso einen Vorwand, seine Gegner des "Terrorismus" anzuklagen.

Noch am Tag des Mordes erläßt er ein Dekret, das bei einer Anklage wegen "Terrorismus" jedes Recht auf Verteidigung aufhebt und als einzige Strafe den Tod vorsieht. Der russische Historiker Oleg Chlewnjuk schreibt: "Dieses Gesetz bedeutete den endgültigen Bruch mit den Regeln der Rechtsverfahren und der Kontrolle der Todesurteile, die zuvor eingeführt worden waren. Die Richtlinien vom 1. Dezember waren das ideale Instrument, um den Massenterror zu organisieren." Es folgten Tausende von Hinrichtungen ohne Verurteilung.

Der Mord an Kirow eröffnet ein neues Kapitel der Massenverbrechen, gipfelnd in der "Großen Tschistka" (Säuberung) von 1936/38. Innerhalb der Partei hat es Stalin auf seine alten Gegner abgesehen. Der Druck wird so unerträglich, daß sich die Selbstmorde häufen: Der georgische Kampfgefährte Wissarion Lominadse nimmt sich im Januar 1935 das Leben, Michail Tomski im August 1936, Sergo Ordschonikidse im Februar 1937.

Viele sind durch die ideologische Bearbeitung, die bereits Millionen von Unschuldigen das Leben gekostet hat, so betäubt, daß sie ihr Martyrium hinnehmen. In seinem Abschiedsbrief schreibt Lominadse: "Trotz meiner Fehler habe ich mein Leben bewußt dem Kommunismus geweiht, der Sache der Partei ... Ich sterbe im Glauben an den Sieg ihrer Sache."

Im April 1935 entscheidet das Politbüro, daß die Todesstrafe ab dem 12. Lebensjahr verhängt werden darf. Im August 1936 findet der erste der großen "Moskauer Prozesse" statt, makabre Inszenierungen, bei denen die Angeklagten - an der Spitze Sinowjew und Kamenew - öffentlich ihre unter Folter erzwungenen Geständnisse wiederholen. 16 Angeklagte werden zum Tode verurteilt und erschossen.

Im Januar 1937 läuft der zweite große Prozeß ab: 13 Angeklagte werden hingerichtet. Beim dritten Prozeß im März 1938 werden 18 von 21 Angeklagten erschossen, darunter Bucharin und Rykow.

Von Juni 1937 an erfaßt die Säuberung auch die Armee: Die Führungskräfte werden stark reduziert, etwa 35.000 Offiziere umgebracht, ein Fünftel des Bestandes. Unter ihnen befand sich auch Marschall Michail Tuchatschewski: maßgeblich am Sieg der Bolschewiki im Bürgerkrieg beteiligt und hoch angesehen in Partei und Öffentlichkeit. Zwischen 1937 und 1938 haben Stalin und seine Politbürogenossen mindestens 383 Listen von "Volksfeinden" abgezeichnet, die zur Erschießung bestimmt sind - mehr als 44.000 Namen, darunter am 12. Dezember 1937 eine Liste von 3.167 Todeskandidaten. Über 39.000 wurden getötet.

Der ehemalige sowjetische Dissident Wladimir Bukowski hat in den Archiven ein von Stalin unterzeichnetes Manuskript entdeckt, eine Anordnung, nur wenige Zeilen lang, auf Schreibpapier ohne Briefkopf: Für 6.600 Menschen bedeutet sie den Tod.

Die Hinrichtungsmaschine bedient Genrich Jagoda, Chef der Geheimpolizei NKWD, nach dessen Ablösung im September 1936 Nikolai Jeschow, daher stammt der Ausdruck "Jeschowschtschina" für diese Periode.

Im Juli 1937 erfaßt die Manie, alles zu organisieren, auch den Terror. Das Politbüro befiehlt dem NKWD, einen Plan zur Eliminierung für alle "antisowjetischen Elemente" vorzulegen. Jede Republik muß nun Erschießungsquoten erfüllen.

Dieser Plan bezieht Parteiapparat, Staat und Armee ein, ferner alle nationalen Minderheiten, vor allem jene in den Grenzgebieten: Polen, Letten, Esten, Finnen, Griechen, Bulgaren, Mazedonier, Rumänen, Iraner, Chinesen, Koreaner und Deutsche. Rund 1.000 deutsche Antifaschisten, die vor den Nazis nach Moskau geflohen waren, werden Hitler von Herbst 1937 an "überstellt". Auf das Konto der "Großen Tschistka" gehen in 14 Monaten - so dokumentieren es sowjetische Geheimdienstakten - fast 682.000 Menschenleben. Tatsächlich waren es wohl mindestens eine Million.

Am 20. August 1940 wird Trotzki in Mexiko von einem NKWD-Agenten so schwer verletzt, daß er am nächsten Tag stirbt. Stalin hat sein Ziel erreicht: Von den sechs Mitgliedern, die das Politbüro nach dem Tod Lenins zählte, ist er allein übrig.

Stalin-Deuter haben diesen Drang zum Morden mit panischer Angst vor jedem Widerstand erklärt, die in einer Paranoia gegipfelt habe. Mir scheint jedoch, daß Stalin niemals Angst hatte. Sein Arm, sein Kopf und seinen Nerven haben niemals gezittert. Im Gegenteil. Bei ihm spürt man einen unbändigen Trieb zu vernichten.

Im Gegensatz zu Hitler jedoch greift der Bolschewistenchef persönlich ein und läßt sich über jedes Detail informieren. Stalin war darin weder ein Amateur noch ein Dilettant. Er legte großen Wert darauf, die kleinsten Einzelheiten wichtiger Angelegenheiten selbst zu überprüfen, angefangen mit dem Terror, der unter seinem direkten Befehl ausgeübt wurde.

Er erfand ein System der "chirurgischen Eingriffe", das genau definierten politischen Zielen entsprach - gleich, ob es sich dabei um ein nicht folgsames Mitglied des Politbüros oder um ein ganzes Volk handelte. Ihm und seiner politischen Polizei gelang es, die Gesellschaft zu teilen. Jede Gruppe - von den Philatelisten bis zu den Esperantoanhängern -, die nicht in sein Denkschema paßte oder sich seiner Kontrolle entziehen wollte, wurde als "Feind" gewertet und vernichtet. Das ist Totalitarismus pur.

Als die Arbeit beendet ist, entledigt Stalin sich auch Jeschows und ersetzt ihn durch Berija. Zur gleichen Zeit sorgt er in der Führung für die Beförderung junger Politiker wie Malenkow, Schdanow, Chruschtschow und schwächt die "alten", die noch am Leben sind, wie Kaganowitsch, Molotow und Mikojan.

1938 wird sein Triumph in der "Geschichte der Kommunistischen Partei (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang" gewissermaßen abgesegnet. Sie wird zur "Bibel" der Kommunisten in der ganzen Welt. Das Buch schreibt die Geschichte der bolschewistischen Partei völlig neu. Deren Held ist Stalin - diesmal weniger aus egozentrischer Megalomanie als aus der Notwendigkeit heraus, die Gefolgschaft durch einen mit Fälschungen versehenen Katechismus zusammenzuhalten und um sie für künftige Kämpfe zu fanatisieren.

Durch Massenterror und abenteuerliche Lügen gelingt es Stalin, das Bild eines monolithischen und stabilen Regimes aufrechtzuerhalten.

Am 6. Mai 1941 läßt sich der Generalsekretär der Partei zum Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare, also zum Regierungschef, ernennen.

Stalin hat seine Position so gefestigt, daß er sich 1939 an eine Partie Lügenpoker mit Hitler und den westlichen Demokratien wagt. Durch das geheime Zusatzabkommen zum überraschend abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 trägt er wie Hitler die Schuld am Zweiten Weltkrieg. Sein Spiel war hinterhältig und zynisch, gleichzeitig aber realistisch und pragmatisch.

Der politische Erfolg aber ist beispiellos: Ohne Gewehrschuß verleibt Stalin der Sowjetunion zwischen September 1939 und August 1940 die Hälfte Polens sowie Estland, Litauen, Lettland, Bessarabien und die Nordbukowina ein. Er sowjetisiert diese Länder durch Massenterror. Der Mord an über 21.000 polnischen Offizieren und Intellektuellen in Katyn und anderswo vom März bis Mai 1940 ist eine der bedeutendsten Episoden. Stalin verfolgt seine "Klassenpolitik": systematische Zerstörung aller potentiellen Gegner.

Das sowjetische Spiel wird durch einen unvorhersehbaren Unfall gestört: die Niederlage Frankreichs gegen Hitler-Deutschland 1940 in nur sechs Wochen. Die Hoffnung auf einen langen Krieg nach dem Modell von 1914 bis 1918, in dem sich die "imperialistischen Mächte" erschöpften, während Sowjet-Rußland immer stärker würde, ist mit einem Schlag dahin.

Stalin mußte nun Zeit gewinnen. Doch er, der Listige, läßt sich von Hitler einlullen. Er war von Erfolg zu Erfolg geeilt, dadurch in Euphorie geraten und selbst blind geworden. Er ist davon überzeugt, daß Deutschland die Sowjetunion 1941 nicht angreifen werde. Erst am 22. Juni fällt die Wehrmacht über den Osten her. Diese Verspätung, die zweifelsohne die Einnahme Moskaus verhindert hat, trägt entscheidend zur Niederlage Hitlers bei.

Man hat viel über Stalins "geistige Abwesenheit" nach dem 22. Juni spekuliert. Wie in seinem Terminkalender vermerkt ist, arbeitete er rund um die Uhr. Er schickte Molotow vor, die Öffentlichkeit über den Beginn des Krieges zu informieren. Doch am 3. Juli ist Stalin wieder voll da: Aber nur wenige hören ihn, als er um sechs Uhr morgens im Rundfunk zum ersten- und letztenmal seine Untertanen mit "Brüder und Schwestern" anredet und die Taktik der verbrannten Erde ankündigt.

Vom ersten Tag an erlitt die UdSSR gewaltige militärische Niederlagen. Stalin hatte seine Armee nicht auf Defensive eingestellt, und die Säuberungen hatten Tausende fähige Offiziere gekostet. Eine große Armee kann aber nicht von zweitklassigen Offizieren kommandiert werden.

Um der neuen Situation zu begegnen, wendet sich Stalin Engländern und Amerikanern zu. Ende Juli 1941 empfängt er den persönlichen Beauftragten des US-Präsidenten Roosevelt, Harry Hopkins. Stalin überzeugt ihn durch seine Offenheit. So macht er kein Hehl aus seiner militärischen Katastrophe - und aus seiner eisernen Entschlossenheit, den Kampf durchzustehen.

Er beeindruckt durch Pragmatismus: Seinem Gast legt er lange Listen mit Forderungen nach Kriegsmaterial vor. In den entscheidenden Phasen zwischen 1942 und 1943 spielten diese Lieferungen eine wichtige Rolle. Die Alliierten schickten der UdSSR für über elf Milliarden Dollar fast 22.000 Flugzeuge, Tausende von Panzern, Lastwagen, Jeeps, Lokomotiven, Kraftstoff, Motoren, Panzerplatten und anderes kriegswichtiges Material.

Die Wende durch den russischen Gegenangriff macht Stalin zum Helden der westlichen Alliierten, vor allem nach den sowjetischen Siegen von Stalingrad und Kursk. Blindheit und Leichtgläubigkeit der Westmächte grenzen an Schwachsinn und ermutigen Stalin zu abenteuerlichen Propaganda-Lügen.

Der Krieg hat den Sowjet-Völkern unermeßliche Opfer abverlangt - sie hätten eine Ruhepause gebraucht. Stalin denkt nicht daran. Selbst während der heftigsten Kämpfe geht der Terror weiter. Der Diktator läßt 1943/44 Krim-Tataren, Inguschen und Tschetschenen, Kalmücken, Balkaren, Karatschaier und Meßcheten nach Sibirien und Asien deportieren. Nach dem Krieg werden Hunderttausende aus Deutschland repatriierte sowjetische Kriegsgefangene zum Tod wegen Fahnenflucht verurteilt oder in den Gulag verfrachtet.

Von 1946 an eröffnet Stalin gegen den Westen den ideologischen Krieg, mit dessen Führung er seinen Genossen Andrej Schdanow beauftragt. 1947 zwingt er die osteuropäischen Länder, den Marshall-Plan abzulehnen. Im September beginnt er mit der Schaffung der Kominform - sie umfaßt die kommunistischen Parteien der Sowjetunion, der Länder Osteuropas, Frank-

reichs und Italiens - den Kalten Krieg und zieht diese Parteien in den ideologischen Konflikt mit dem Westen hinein.

Wie Lenin glaubt Stalin an eine in zwei Lager geteilte Welt, in der ein Endkampf zwischen Kommunismus und Kapitalismus (oder "Imperialismus") unausweichlich sein wird. Er hält den Endsieg und damit die Herrschaft des Kommunismus über die Welt für sicher.

Stalins Sieg im Zweiten Weltkrieg prägt die Nachkriegszeit. Sein politischer Weitblick ist nicht zu bestreiten. Bereits in den dreißiger Jahren hatte er die absolute Stalinisierung der kommunistischen Parteien außerhalb der Sowjetunion begonnen. So verfügte er zwischen 1944 und 1945 über zuverlässige autochthone Gruppen in allen durch die Rote Armee "befreiten" - also besetzten - osteuropäischen Ländern.

Nur Jugoslawien entzieht sich 1948 seiner Kontrolle: Tito, ein schrecklicher Stalinist, übernimmt die Methoden seines alten Meisters, säubert seine eigene Partei von Sowjetanhängern und rettet dadurch gleichzeitig seine Macht und sein Leben.

Nun wendet Stalin den Terror gegen die kommunistischen Parteien seines Herrschaftsgebiets, den Vorwand bietet ein neues Feindbild: der Titoismus. In Osteuropa finden "Moskauer Prozesse" statt, die der Staatssicherheitsgeneral Fjodor Bjelkin und zum Teil Stalin selbst inszenieren.

Gleichzeitig läßt Stalin außerhalb Osteuropas Dutzende kommunistischer Parteien kontrollieren. Die wurden durch ihre Zugehörigkeit zum sowjetischen Zentralapparat nicht nur moralisch und politisch zu Komplizen der stalinistischen Verbrechen, sie sind Embryos totalitärer Systeme in bisher demokratischen Staatsgebilden.

Am 21. Dezember 1949 feiern Kommunisten in der ganzen Welt Stalins 70. Geburtstag in einem wahren Delirium. Nach 32 Jahren ununterbrochenen Kämpfen kann der Diktator zufrieden sein. Das kommunistische System ist fest etabliert und erhält die Unterstützung des Riesenreichs China unter Mao Tse-tung. Stalin bereitet sich ruhig auf den entscheidenden Kampf gegen den Kapitalismus vor, vielleicht durch einen dritten Weltkrieg, dessen Ausgangspunkt Korea hätte sein können. Hatte Lenin nicht vorausgesagt, daß aus Krieg die Revolution hervorgehen würde?

Stalin war - auf seine Art - der linientreueste und begabteste Mann einer sekten-ähnlichen Partei, die beanspruchte, traditionelle Eliten zu ersetzen und die Gesellschaft durch ein bis dahin nie gesehenes wirtschaftliches, soziales und politisches Gewaltregime zu verändern: die Diktatur des Proletariats. Dieses System fiel vor zehn Jahren in sich zusammen, und die Bilanz ist tragisch und katastrophal.

Daß es in sich selbst, ohne Gewalt von außen, einstürzte, beweist seine Inkompetenz sowie die Selbstgefälligkeit seiner geistigen Väter und deren Erben. Das kommunistische System hat dennoch Narben bei allen Völkern hinterlassen, die es erleiden mußten; vor allem in der ehemaligen Sowjetunion, die den Zauberlehrlingen 74 Jahre lang als Laboratorium diente.

"Die Wirklichkeit dringt nicht in die Welt des Glaubens", schrieb Marcel Proust. Lenin und Stalin waren überzeugt, daß Lehren stärker seien als die Wirklichkeit, und lange nach ihnen gibt es im Westen noch viele, die so denken.

"Tatsachen sind hartnäckig", sagte Lenin gern. Am Ende des 20. Jahrhunderts haben Tatsachen den Zusammenbruch der marxistisch-leninistischen Ideologie bewirkt, einer Ideologie, die Stalin in eine unvergleichliche Macht umgesetzt hatte.

"Daß Stalin alles recht mache, besagt: daß Stalin alles Recht macht."

André Gide (1869-1951), französischer Schriftsteller, 1936

"Ich kann den alten Joe Stalin ganz gut leiden. Er ist ein braver Kerl, aber ein Gefangener des Politbüros."

US-Präsident Harry S. Truman, 1948 ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (11/1953) veröffentlichte am 11. März 1953 einen

Kommentar des Radiomoderators Walter von Cube (1906-1984, seit 1947 freier Kommentator des Radios München) vom 14. Februar 1953 über "Selbstmörderische Humanität): >>... Sie wissen, daß im Laufe des Januars mehr als 30.000 Menschen aus der Ostzone geflüchtet sind, die Unregistrierten nicht gerechnet.

360.000 Flüchtlinge im Jahr – das bedeutet die Notwendigkeit, für mindestens 120.000 Arbeitsplätze zu schaffen. Die Schaffung eines Arbeitsplatzes kostet, wie das Ministerium Blücher in Bonn mitteilt, etwa 10.000 Mark – Arbeitsplätze für 120.000 Arbeitsplätze kosten also 1,2 Milliarden. Für 360.000 Flüchtlinge Wohnungen zu bauen, eine Wohnung für durchschnittlich 4 Personen, also 90.000 Wohnungen zu je 15.000 Mark – auch diese Zahl stützt sich auf amtliches Material -, 90.000 Wohnungen zu bauen kostet 1,35 Milliarden. ...

Die direkte und indirekte Hilfe für Berlin beläuft sich auf rund 1,5 Milliarden, ohne daß damit etwa eine finanzielle und wirtschaftliche Sanierung der Stadt möglich wäre. –

Wir haben in der Bundesrepublik eine bleibende Anzahl von einer Million Arbeitslosen - sie bleibt, obgleich Jahr für Jahr die Anzahl der Beschäftigten zunimmt und obgleich sie längst höher ist, als sie jemals war. Sie kann nicht geringer werden, solange der Strom aus dem Osten fließt. Sie kann ebensowenig geringer werden wie die Reihe von Milliardenzahlen, die ich Ihnen eben genannt habe. ...

Eine solche Belastung hielte auf die Dauer kein Staat der Welt aus – kein Staat und kein verantwortliches Ministerium. Das schafft nur Jakob Kaiser. -

Amerika mit dreimal mehr Menschen und fünfzehnmal größeren Etat erlaubt in jedem Jahr 154.000 Menschen die Einwanderung - und diese 154.000 sind ausgesucht nach politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten, sie sind gesiebt und durchleuchtet, begutachtet und kontrolliert.

Wir aber, voll selbstmörderischer Humanität, nehmen mehr als doppelt so viele auf, obgleich nur 3 % von ihnen echte politische Flüchtlinge sind, die wirklich wegen Gefährdung von Freiheit und Leben fliehen.<<

Um die Agrarproduktion Jugoslawiens zu heben, die durch die Agrarreform, die Kollektivierung und durch den Widerstand der Bauern gegen den staatlichen Zwang stark zurückgegangen war, wurde am 30. März 1953 eine "Verordnung über die Eigentumsverhältnisse und die Reorganisation der landwirtschaftlichen Arbeitsgenossenschaften" erlassen, wonach man jedem Mitglied eines Kollektivs die Möglichkeit des Austritts zusichert (x006/633).

Die lutherischen Bischöfe protestierten am 21. April 1953 gegen den verschärften Kirchenkampf der SED.

Die SED-Presse beschuldigte den evangelischen Jugendverband "Junge Gemeinde" am 24. April 1953, Spionagedienste für amerikanische Geheimagenten zu leisten.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Junge Gemeinde" (x009/203): >>In der SBZ war nach Schaffung der SED-Regierung die Arbeit der evangelischen Jugendgruppen und Jugendverbände unmöglich geworden.

Darum wurde ein Teil der Aufgaben der selbständigen, übergebietlichen Organisationen im kirchlichen Rahmen unter dem Namen Junge Gemeinde weitergeführt.

Unter dem Vorwand die Junge Gemeinde betreibe als "verlängerter Arm der amerikanischen Agenten- und Spionagezentralen staatsfeindliche Tätigkeit" ("Neues Deutschland" vom 24.4.1953) setzte zunächst eine heftige Hetze gegen die Junge Gemeinde ein.

Besonders die Arbeit der Jungen Gemeinde unter der Studentenschaft wird scharf überwacht, doch wird davor gewarnt, ihre Mitglieder, die man als "gesellschaftlich zurückgeblieben" bezeichnet, zu diskriminieren. Die Zusammenarbeit mit der Jungen Gemeinde gilt als "mit der Ehre eines Hochschullehrers nicht vereinbar". Die Arbeit der Jungen Gemeinde wird stark behindert.<<

Die Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik beschloß am 24. April 1953

ein Gesetz über den Erwerb der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft (x004/314): >>§ 1

(1) Die Personen deutscher Nationalität, welche die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft nach dem Dekret Slg. Nr. 33/1945 verloren haben und an dem Tage, an dem dieses Gesetz in Kraft tritt, ihren Wohnsitz im Gebiete der Tschechoslowakischen Republik haben, werden tschechoslowakische Staatsbürger, sofern sie die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft nicht bereits früher erworben haben.

(2) Gemeinschaftlich mit dem Ehemann, gegebenenfalls gemeinschaftlich mit dem Vater oder der Mutter, werden die Ehefrau und die minderjährigen Kinder der im vorhergehenden Absatz angeführten Personen tschechoslowakische Staatsbürger, sofern sie das nicht bereits nach dem genannten Absatz geworden sind, falls sie ihren Wohnsitz im Gebiet der tschechoslowakischen Republik haben und nicht Angehörige eines anderen Staates sind. ...<<

Durch dieses Gesetz über die Wiederverleihung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft wurde allen Personen deutscher Nationalität, die noch in der tschechoslowakischen Republik wohnten, automatisch die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit zuerkannt. Diese zwangsweise Repatriierung, gegen die den Betroffenen kein Einspruchsrecht zugestanden wurde und alle gestellten Aussiedlungsanträge erledigte, begründete man u.a. mit der Gleichberechtigung und dem Zusammenwirken der Nationen im Aufbau des Sozialismus (x004/133).

Die DDR-Bevölkerung wurde ab 1. Mai 1953 nach Häusern und Häuserblocks zusammengefaßt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Haus- und Hofgemeinschaften" in der SBZ (x009/177): >>Seit Mai 1953 erfolgte die Zusammenfassung der Bevölkerung nach Häusern und Häuserblocks im Rahmen der Nationalen Front.

"Sie sind die kleinsten, bis in die Familien reichenden Gemeinschaften und bieten große Möglichkeiten für die individuelle Aufklärung und für die Entwicklung der schöpferischen Initiative aller Schichten".

Die Haus- und Hofgemeinschaften sollen mindestens einmal im Monat unter Leitung eines Agitators über die aktuellen politischen Ereignisse und Maßnahmen der Regierung "diskutieren". Außerdem werden die Haus- und Hofgemeinschaften zu gemeinschaftlichen "freiwilligen" Arbeitseinsätzen herangezogen; u.a. sollen sie alle Reparaturarbeiten in ihren Häusern möglichst selbst ausführen.

Von der Bevölkerung abgelehnt, stehen die Haus- und Hofgemeinschaften vielfach nur auf dem Papier, doch wird neuerdings versucht, in Verbindung mit den Brigaden der sozialistischen Arbeit auch die Haus- und Hofgemeinschaften zu aktivieren.<<

Chemnitz wurde am 5. Mai 1953 in "Karl-Marx-Stadt" umbenannt.

Der evangelische Bischof Dibelius protestierte am 11. Mai 1953 in einer Mitteilung an die mitteldeutschen Kirchengemeinden gegen kirchenfeindliche SED-Zwangsmaßnahmen.

In der SED wurden am 14. Mai 1953 wieder politische "Säuberungen" durchgeführt.

Die Rechtsanwälte der SBZ wurden ab 15. Mai 1953 in Kollegien zusammengefaßt. Diese Verordnung über die "Bildung von Kollegien der Rechtsanwälte" wurde erlassen, um die Rechtsanwaltschaft zu einem "sozialistischen Organ der Rechtstätigkeit in der DDR" zu entwickeln.

Am 19. Mai 1953 trat in der BRD das Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge ("Bundesvertriebenengesetz") in Kraft. Dieses Gesetz (BVFG) regelte offene Rechtsstellungs- und Eingliederungsfragen. Es schaffte eine bundeseinheitliche Regelung, wer Heimatvertriebener, Vertriebener oder Sowjetzonenflüchtling war und gab Richtlinien für weitere Eingliederungsmaßnahmen (Ergänzung zum Lastenausgleichsgesetz und den z.T. außer Kraft gesetzten Landesflüchtlingsgesetzen).

Nach dem Bundesvertriebenengesetz wurden z.B. unterschieden:

1. Heimatvertriebene und Vertriebene, die nach dem Zweiten Weltkrieg durch Ausweisungs-

maßnahmen aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Linie ("A-Ausweis") oder aus dem Ausland vertrieben wurden ("B-Ausweis");

2. Flüchtlinge, die aus dem Gebiet der SBZ (DDR) in die Bundesrepublik Deutschland kommen ("C-Ausweis).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Sowjetzonen-Flüchtlinge" (x009/131): >>... Nach dem Bundesvertriebenengesetz vom 19. Mai 1953 gilt als "Sowjetzonen-Flüchtling": ein deutscher Staatsangehöriger, der seinen Wohnsitz in der SBZ oder im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin hat oder gehabt hat, von dort flüchten mußte, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen, und dort nicht durch sein Verhalten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat.<<

Angesichts der großen Austrittsbewegung von jugoslawischen Bauern und der Auflösung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften erließ das Bundesparlament am 22. Mai 1953 ein "Gesetz über den landwirtschaftlichen Bodenfonds im allgemeinen Volkseigentum und über die Zuteilung von Boden an landwirtschaftliche Organisationen".

Dieses Gesetz reduzierte die bisherige Höchstgrenze des bäuerlichen Grundeigentums von 20 ha auf 10 ha. Die verfügte Enteignung traf vor allem bäuerliche Mittelbetriebe. Der enteignete Besitz sollte ausschließlich kollektiver Nutzung zugeführt werden (x006/633).

Die SED-Regierung ordnete am 28. Mai 1953 eine Erhöhung der Arbeitsnormen um durchschnittlich mindestens 10 % an.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Arbeitsnorm" in der SBZ (x009/32): >>In der SBZ nach dem sowjetischen Vorbild allgemein eingeführte Bemessungsgrundlage des Lohns bei der Ausführung von Arbeiten im Stücklohn.

Als Arbeitsnorm gilt entweder die Menge der Arbeitseinheiten, die in einer bestimmten Zeiteinheit zu fertigen sind ("Stücknorm") oder die vorgegebene Zeit, in welcher eine bestimmte Arbeitseinheit herzustellen ist ("Zeitnorm"). ...<<

Die Sowjetische Kontrollkommission wurde am 28. Mai 1953 in eine Hohe Kommission umgewandelt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Besatzungspolitik" in der SBZ (x009/66): >>Am 28.5.1953 erfolgte die Umwandlung von SKK (Sowjetische Kontrollkommission) in eine Hohe Kommission unter Ernennung W. Semjonows zum Hohen Kommissar und deren Verkleinerung auf 1/3 ihres vorhergehenden Umfanges (19.6.1954). ...<<

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 29. Mai 1953 an US-Präsident Eisenhower (x095/152-153): >>... 1. Die Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der sowjetisch besetzten Zone und Berlin kann nur auf Grund freier, geheimer und direkter Wahlen nach einem für das ganze Gebiet einheitlichen Wahlgesetz erfolgen. ...

4. Der gesamtdeutschen Regierung darf nicht das Recht einer freien und gleichberechtigten Nation, sich zu friedlichen Zwecken mit anderen Nationen zusammenzuschließen, vorenthalten werden.

5. Die gesamtdeutsche Regierung nimmt von Anfang an als freier und gleichberechtigter Partner an den Verhandlungen über einen Friedensvertrag teil.

6. In diesem Friedensvertrag sollte das Recht aller Menschen auf die Heimat Berücksichtigung finden, wie es sich aus christlichen und naturrechtlichen Grundsätzen ergibt.

7. Keine deutsche Regierung wird je in der Lage sein, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen, Deutschland wird aber anstreben, die damit zusammenhängenden territorialen Fragen in einem neuen Geist internationaler friedlicher Zusammenarbeit zu ordnen. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 3. Juni 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/127-128): >>3. Juni 1953 ... Friedland ist schöner geworden. Wenn der Ausdruck

"schön" für ein Lager überhaupt gebraucht werden kann.

Aber Lagerleiter Dr. Freßen hat es durchgesetzt, daß endlich die alten Nissenhütten zum großen Teil verschwinden und Holzbaracken an deren Stelle treten. Wege werden angelegt oder befestigt, Grünflächen geschaffen und Bänke mit Sonnenschirmen aufgestellt, Kinderspielplätze warten auf kleine Besucher und an allen Ecken und Enden wurde und wird gestrichen.

...

Aber die Um- und Neubauten deuten auch darauf hin, daß dieses Lager weiter bestehen wird. Noch lange. Denn es warten noch so viele Deutsche ... darauf, heimkehren zu dürfen. ...

"Fliehen müssen und sich heimatlos fühlen ist das schlimmste Los, das einem Menschen zuteil werden kann", sagte gestern Lagerpfarrer Krahe.

"Es ist ein Verbrechen gegen das Naturrecht, Menschen die Heimat zu nehmen, sie einfach davonzujagen, sie für vogelfrei zu erklären. Kein Mensch dieser Erde hat das Recht, einem anderen die Heimat streitig zu machen und ihn mit Gewalt von seiner Scholle zu vertreiben."

...<<

Das Politbüro der KPdSU mahnte am 3. Juni 1953 die SED-Regierung, den bisherigen radikalen "Aufbaukurs des Sozialismus" zu ändern.

Die Bezeichnung "Republikflucht" wurde am 11. Juni 1953 erstmalig in amtlichen Gesetzen und Verordnungen verwendet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Republikflucht" (x009/368): >>Bezeichnung für das fluchtartige Verlassen der "DDR", zunächst nur Ausdruck des Parteijargons, seit 11.6.1953 amtlicher Ausdruck in Gesetzen und Verordnungen.

Etwa seit 1961 verschwand der Begriff Republikflucht mehr und mehr. In Vorbereitung der Maßnahmen des 13. August wurde von Abwerbung, "Kopfjägern" und "Menschenhandel" gesprochen. ...

Nach der Verordnung über die Ausgabe von Personalausweisen der DDR" vom 29.10.1953 haben Personen, die die "DDR" vorübergehend verlassen, ihren Ausweis bei der Volkspolizei abzugeben. Nichtabgabe zieht gemäß § 10 der Verordnung Gefängnisstrafe bis zu 3 Jahren und Geldstrafe nach sich. ...<<

In Ost-Berlin protestierten am 16. Juni 1953 DDR-Bauarbeiter öffentlich gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen, die in der "Tribüne" (Zeitung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der DDR) am 16. Juni 1953 angekündigt wurden (x128/240): >>Der Beschluß des Ministerrats über die Erhöhung der Arbeitsnormen besagt vor allem, daß auf den Grundlagen der Verbesserungen der Arbeitsorganisation, der Qualifizierung der Arbeiter, der Anwendung neuer Arbeitsmethoden, der Verbesserung der technischen Bedingungen, der Beseitigung von Verlustzeiten und der Festigung der Arbeitsdisziplin im Betrieb die Erhöhung der Arbeitsnormen für die Steigerung der Arbeitsproduktivität entsprechend den Kennziffern der Betriebe durchgeführt werden soll.

In vielen Betrieben haben die Betriebsleitungen und die Betriebsgewerkschaftsleitungen gewissenhaft nach diesem Beschluß gehandelt. Es gibt jedoch nicht wenige Betriebe, die den Beschluß des Ministerrats nicht durchführten und verletzten. So wurde z.B. zum Schaden des erfolgreichen Kampfes um die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch die Erhöhung der Arbeitsnormen eine gefährliche und reaktionäre "Theorie" und Praxis entwickelt, die darauf hinausläuft, daß die Normenerhöhung eine Lohnsenkung zur Folge haben muß.

Die Gewerkschaften wenden sich entschieden gegen eine solche Auffassung, die die Autorität der Partei der Arbeiterklasse, des Ministerrats und des Präsidiums des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes gröblich mißbrauchen und damit die Interessen aller Werktätigen auf das tiefste und empörendste verletzen. ...<<

Die öffentlichen Proteste in Ost-Berlin und in der DDR (Gründe: allgemeiner Lohnkampf,

Proteste gegen die Erhöhung von Arbeitsnormen, politische und soziale Mißstände usw.) weiteten sich am 17. Juni 1953 zur Massendemonstration gegen das SED-Regime aus.

Die sowjetische Besatzungsmacht verhängte daraufhin den Ausnahmezustand und griff sofort militärisch ein, um das Ulbricht-Regime zu stützen. Der Volksaufstand wurde schließlich durch brutale Gewalt und Strafmaßnahmen niedergeschlagen.

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (27/1953) berichtete später über den Volksaufstand im Juni 1953: >>Wie ich mich schäme

In Wilhelm Zaisers ostzonalem Staatssicherheits-Ministerium herrscht große Aufregung wegen abhanden gekommener Pandekten. Seit dem 17. Juni vermißt die SSD-Filiale Halle ihre ganze Kartei der Verbindungsleute samt dem dazugehörigen Archiv.

SED-Genosse Potruba, Abteilungsleiter des Halleschen SSD, kann sich nicht erklären, wo diese Kartei geblieben ist. In der kritischen Zeit befand er sich auf einem Scheunenboden der Produktionsgenossenschaft in Gerbstedt. Dorthin war er vor der massiv anrückenden Bevölkerung geflohen.

Seit Tagen wird in Halle jeder Verhaftete befragt, ob er beim Sturm auf die alte Ortskrankenkasse, den Sitz des SSD, dabeigewesen sei. Bis dato ohne Erfolg. Denn, so merkwürdig es klingen mag, die Hallesche SSD-Zentrale wurde gar nicht gestürmt, sondern von Wohlinformierten in aller Seelenruhe ausgeräumt.

Das allerdings war wohl die einzige Aktion, die im Bezirk Halle für einen "Tag X" vorbereitet worden war. Was sich die SSD-Dialektiker als Erklärung der Arbeiter-Revolte nachträglich zurechtlegten, der angeblich "sorgfältig vorbereitete Putsch faschistischer Provokateure", erwies sich als erstaunliche Kettenreaktion der Berliner Ereignisse.

Bereits am Abend des 16. Juni waren in Halle die Ostberliner Ereignisse bekannt, und am anderen Morgen gingen die Arbeiter zwar in ihre Fabriken, nahmen die Arbeit aber nicht mehr auf. Überall in der Stadt bildeten sich Menschenansammlungen, die das Neueste erfahren wollten. Gerüchte, daß in Ostberlin die SED gefangengesetzt worden sei, wurden ebenso schnell weitergetragen wie die Parole, daß zwischen Volkspolizei und Sowjets erste Feindberührung stattgefunden habe.

Einzelne Gruppen drangen bis zu den Hallenser Partei- und Regierungsdienststellen vor und machten enttäuscht wieder kehrt: Was Rang und Parteiabzeichen hatte, war über Nacht unrühmlich getürmt. In der ersten Wagenkolonne mit sechs BMW-Limousinen befand sich die Bezirksleitung der SED.

Inzwischen hatten im Buna-Werk Schkopau und in den Leuna-Werken "Walter Ulbricht" Arbeiter ihre Lastwagen bestiegen. Sie rasten über die regennasse Chaussee in Richtung Bezirkshauptstadt Halle. Streikende Kumpel der Grube Annendorf requirierten die Alarmwagen der Volkspolizei und fegten mit blauem Licht und Einsatz-Signal über die Autobahn. Eine Stunde später grub sich die kasernierte Volkspolizei links und rechts der Autobahn feldmarschmäßig ein.

Bei Wolfen sperrten bewaffnete Arbeiter jeglichen Fernverkehr.

Nur SED-Genosse Gottlieb von der "Nationalen Front" am Stresemannplatz konnte die Absperrung durchbrechen. Er hatte sich als Grubenarbeiter verkleidet und erklärte: "Ich bin vom Annendorfer Streikkomitee."

Gegen 11 Uhr, am Mittwochvormittag, zogen 20.000 Demonstranten ohne besondere Führung durch die Stadt. Die Menge trug rasch bemalte Transparente wie "Verjagt die SED-Verbrecher" und "Wir wollen eine deutsche Regierung". Am Marx-Engels-Platz wurde die SED-Bezirksleitung ausgeräumt. Einer Rotte jugendlicher Helfer der Volkspolizei, die sich der Menge entgegenzustellen wagte, wurden die FDJ-Hosen ausgezogen und gelinde Prügel verpaßt.

Bis dahin war in der Innenstadt kein Schuß gefallen. Die Volkspolizei setzte sich an den

Stadtrand ab. Einige Volksarmisten zogen ihre Uniformjacken aus und marschierten im Demonstrationzug mit. Vor der VP-Haftanstalt, Kleine Steinstraße, gab es den ersten Toten. Der FDJ-Funktionär und Agrarstudent Gerhard Schmidt wurde, als er die Menge mit einer linientreuen Rede stoppen wollte, von einem Volkspolizisten in Verkennung der Sachlage als Anführer erschossen. Die Menge, die Zusammenhänge nicht ahnend, stürmte das Gefängnis und befreite 38 Inhaftierte.

Schmidt erhielt genau acht Tage später ein Staatsbegräbnis und die SED-Zeitung "Freiheit" schrieb von "feigem Mord faschistischer Provokateure".

Während die Bevölkerung Halles so weit die Macht ergriff, zog das sowjetische Kommando aus dem Raum Dessau, in dem, wie überall in der Zone, der Aufstand tobte, drei Eliteregimenter und eine Panzerschützenbrigade ab. Am Stadtrand von Halle fuhren die Sowjets rücksichtslos mit Panzerspähwagen in die Menge hinein. Drei der wahllos Verhafteten wurden ins Kastanienwäldchen gebracht und ohne Verhandlung exekutiert. Ab 15 Uhr herrschte in Halle das Standrecht der Roten Armee.

Unter dem Schutz der Sowjetpanzer tasteten sich kurz darauf die ersten olivgrün uniformierten Vopos in die Straßen der Stadt. Sie wurden aus Fenstern und Dachluken mit Blumentöpfen und alten Flaschen bombardiert. Auf dem Hallmarkt kam es zu einem Gefecht zwischen Leuna-Arbeitern, die zuvor Volkspolizisten entwaffnet hatten, und Einheiten der kasernierten Volkspolizei. Bis in die Abendstunden lagen in den Straßen Halles mehrere hundert Tote und Schwerverwundete. In der Nacht riegelten Panzer die Zufahrtsstraßen ab, Vopos und Sowjetarmisten durchkämmten die Wohnblocks nach versteckten Demonstranten.

Erst am übernächsten Tag wagten sich die SED- und Regierungsfunktionäre aus ihren Fluchtorten nach Halle zurück. Die meisten hatten auf Staatsgütern und Kolchosen die Entwicklung abgewartet, bis die Vopo sie zurückholen kam. Noch am gleichen Tag trafen die ersten zentralen Anweisungen aus Ostberlin ein:

- Unbedingt die Arbeiter beruhigen.
- Verhaftete und Erschossene als "Provokateure und Faschisten" deklarieren. Das Ganze habe als ein von Westberlin gelenkter Staatsstreich zu gelten.
- Konsequente Absperrung Halles von der Außenwelt und Ausnahmezustand für unbestimmte Zeit.

Am dritten Tag nach dem Ausbruch war der Aufstand praktisch niedergeschlagen. Die Zahl der Todesopfer wurde auf nahezu 150 geschätzt. Die SED bezog ihre demolierten Räume. Drei schnell einberufene Sondergerichte sprachen Urteile der Regierung Grotewohls. Was sich in der gesamten Zone an angestauter Volkswut entlud, wurde auch in Halle mit Hilfe sowjetischer Panzer zusammengewalzt. Eigenbilanz der Volkspolizei in Halle: 17 Tote, ein in der Saale ertränkter VP-Kommissar und eine nicht genannte Zahl von Deserteuren. SSD-Minister Zaisser erklärte jedoch vor dem Ministerrat: Die VP beklage in der gesamten Zone und Berlin nur vier Tote.

Was Minister Zaisser weiterhin verschwieg, ist der Geheimakten-Diebstahl in Halle. Auch die findigsten SSD-Agenten wissen noch nicht, ob die V-Leute-Kartei inzwischen in Westberlin wieder aufgetaucht ist.

Ebenso ungeklärt ist noch ein anderer Vorgang, der auf "Klassenfeinde" in der Vopo-Befehlsstelle schließen läßt. Minister Zaisser weiß bis jetzt noch nicht, wer den Befehl gab, zwei Vopo-Bereitschaften von Leuna nach Weißenfeld abzuziehen. Als die Vopo Leuna gerade verlassen hatte, brach dort ein Großfeuer aus. In Weißenfeld wurde aber gar keine Vopo benötigt, weil dort genügend russische Truppen bereitstanden.

Das SED-Politbüro brauchte mehrere Tage, bis es nach internen Sitzungen endlich die auch Karlshorst genehme Sprachregelung ausgebrütet hatte. Dann hagelte es Aufrufe und Flugblätter mit erbitterten Selbstanklagen, neuen Versprechungen und einem Neun-Punkte-Sofort-

Programm ("Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung"), das nun jeden Tag in der Sowjetzonen-Presse beweihräuchert wird.

Da schreiben dann achtzigjährige Frauen "spontan", wie sehr sie sich schon darauf freuen, daß nun die Stromsperrn fallen sollen, und ein Arbeits-Veteran aus Hennigsdorf spricht der Regierung seinen Dank dafür aus, daß in Zukunft bei Krankheitsfällen die Krankheitsdauer nicht mehr vom Erholungsurlaub abgezogen werden soll, was hier üblich war. So groß ist jetzt der Fortschritt.

Aber es werden auch Flugblätter verteilt, die den meuternden und wieder geduckten Arbeiter jetzt moralisch packen sollen, Flugblätter mit der Überschrift "Wie ich mich schäme!"

Darin steht, daß die so wenig vom Fortschritt der SED überzeugten Arbeiter eigentlich jedem Volkspolizisten persönlich danken müßten, "weil er nicht den Zeigefinger bewegt hat".

Wörtlich: "Vierschrötig kamt ihr daher. Sonnegebräunte Gesichter, muskulöse Arme, Nacken - gut durchwachsen, nicht schlecht habt ihr euch in eurer Republik ernährt, man konnte es sehen ... Die Volkspolizei aber ließ euch ziehen. Sie schoß nicht. Warum wohl nicht? Versetzt euch mal in die Lage eurer Genossen Volkspolizisten ... Eine kleine Bewegung mit dem Zeigefinger hätte genügt, um dem ganzen Schwindel ein jähes Ende zu bereiten. Diese kleine Bewegung mit dem Zeigefinger unterblieb.

"Unterblieb, nicht weil die Volkspolizei Angst hatte, sondern weil sie sehr, sehr mutig war. Für diesen Mut wird man der deutschen Volkspolizei künftig nicht nur in Deutschland, sondern überall, wo Menschen wohnen die den Frieden lieben, sehr dankbar sein."

Und weiter: "Eure schlechten Freunde, das Gesindel von drüben, strich auf seinen silbernen Fahrrädern durch die Stadt wie Schwälbchen vor dem Regen. Dann wurden sie weggefangen. Ihr dürft wie gute Kinder abends um neun Uhr schlafen gehen. Für euch und den Frieden der Welt wachen die Sowjetarmee und die Kameraden der deutschen Volkspolizei."

Autor dieser Moralpredigt im Stile Ilja Ehrenburgs ist der SED-Nachwuchs-Dichter "Nationalpreisträger" Kurt Bartel (Autorenname: Kuba). Alle Minister und Spitzenfunktionäre, wie Kuba, wurden vom SED-Politbüro angewiesen, sich in dem eben gestarteten "Feldzug zur Rückgewinnung des Vertrauens" zu bewähren. Sie fahren von Großbetrieb zu Großbetrieb, um "Vertrauskundgebungen" abzuhalten und sich - wie kürzlich sogar SED-Generalsekretär Walter Ulbricht im Großdrehmaschinenbau "7. Oktober" in Berlin-Weißensee - selbst der Kurzsichtigkeit zu bezichtigen.

Aber auf dieses dialektische Zuckerbrot folgte sehr bald wieder die Peitsche: Es wird den Arbeiter-Rebellen vorgehalten, daß der ohnehin schon überstrapazierte DDR-Haushalt durch den Juni-Aufstand einen Produktionsverlust in Höhe von 85 Millionen Mark erlitten hat. Der soll nun durch Übersoll-Leistungen, durch zusätzliche Nacht- und Sonntagsschichten wieder aufgefangen werden.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Juni-Aufstand" in der SBZ (x009/203-205): >>Im engeren Sinne die Streiks und Demonstrationen am 16.6. und der Massenaufstand am 17.6.1953 in Ost-Berlin und in der SBZ; Reaktion der Bevölkerung der Zone auf die jahrelange Unterdrückung durch das SED-Regime, die katastrophale Lebensmittelversorgung und insbesondere auf die letzte Phase der Sowjetisierung im Zeichen des Sozialismus.

Der am 9.6.1953 vom Politbüro des ZK der SED beschlossene neue Kurs wurde mit Recht als Zeichen der Schwäche der SED-Regierung verstanden.

Anlaß zum Juni-Aufstand gab die "administrative" Erhöhung der Normen. Am 28.5.1953 wurden durch Ministerratsbeschluß die Normen allgemein um mindestens 10 % erhöht. Das kam einer Lohnsenkung um 30 bis 42 % gleich.

Der Widerstand gegen diese Maßnahme kam schon vor dem 9.6. in Protesten und Einzelstreiks zum Ausdruck. Nachdem das Kommuniqué des Ministerrats vom 11.6. bei der Ver-

kündigung des "Neuen Kurses" gar nicht auf die Normenfrage eingegangen war, löste ein Artikel in der "Tribüne" (Organ des FDGB) vom 16.6. die Ost-Berliner Demonstrationen aus.

Der Artikel hatte festgestellt: "... Die Beschlüsse über die Erhöhung der Normen sind in vollem Umfange richtig."

Am gleichen Tag um 7 Uhr beschlossen die Arbeiter vom VEB Bau-Union in der Stalinallee den Streik und marschierten, bald durch andere Arbeiter verstärkt, zu dem in der Leipziger Straße gelegenen "Haus der Ministerien" (ehemaliges Reichsluftfahrtministerium).

Hier entwickelte sich der Streik zur Volkserhebung mit der Forderung nach freien Wahlen, besseren materiellen Lebensbedingungen und Rücktritt der SED-Regierung. Die Streikbewegung dehnte sich inzwischen auch auf die Randgebiete Berlins aus.

Volkspolizei stand bereit, griff aber nicht ein. Die SED-Gegenpropaganda versagte völlig, so durch einander widersprechende Verlautbarungen über die Aufhebung der Normenerhöhung, und sie verstärkte im Gegenteil den Ausbruch der jahrelang unterdrückten Volkswut.

Am 17.6. wurde das Ziel der Demonstration klar: der Volksaufstand wollte des SED-Regime hinwegfegen. Mit dem Marsch von 12.000 Arbeitern des Stahl- und Walzwerks Hennigsdorf griff die Zone in den Aufstand ein. Brennpunkte der nun folgenden Zusammenstöße mit der Volkspolizei waren die Leipziger Straße, der Potsdamer Platz, der Lustgarten, das Brandenburger Tor.

Inzwischen waren sowjetische Truppen in Stärke von mindestens 2 Divisionen mit zahlreichen Panzern und Panzerspähwagen nach Berlin geworfen worden. Vom Brandenburger Tor wurde um 11 Uhr 10 die rote Fahne heruntergeholt. Gegen 12 Uhr fielen die ersten Schüsse. Ab 13 Uhr wurde vom sowjetischen Stadtkommandanten, Generalmajor Dibrowa, für den Sowjet-Sektor der Ausnahmezustand verhängt. Während die sowjetischen Truppen den Sturm auf das "Haus der Ministerien" verhindern konnten, wurden u.a. das Columbus-Haus, das Haus "Vaterland", Aufklärungslokale, Zeitungskioske und Parteibüros in Brand gesteckt oder demoliert.

Die Haltung der Volkspolizei war vielfach zweideutig. Zahlreiche Volkspolizisten gingen zu den Streikenden über. Infolgedessen wurden bald Volkspolizisten nur zusammen mit Rotarmisten eingesetzt. Aber auch Teile der Besatzungsarmee sympathisierten vereinzelt offensichtlich mit den Demonstranten.

Ab 21 Uhr herrschte in Ost-Berlin die durch den Ausnahmezustand erzwungene Ruhe. Die Sektorengrenzen waren völlig abgeschlossen.

Die Nachricht von den Berliner Ereignissen verbreitete sich wie ein Lauffeuer in der Zone, und in fast allen größeren Städten machte sich der Volkszorn in ähnlicher Weise Luft. Wo sowjetische Truppen nicht sofort zur Verfügung standen, erzielten die Demonstranten teilweise beträchtliche Erfolge. Industriewerke, Verwaltungszentren und Gerichtsgebäude befanden sich vielfach völlig in ihrer Hand, Gefängnisse und Zuchthäuser wurden gestürmt, politische Gefangene befreit. Nach Verhängung des Ausnahmezustandes wurde der Aufstand meist durch sowjetische Truppen niedergeschlagen.

Der Juni-Aufstand hat der Sowjetunion und dem westlichen Ausland den moralischen Zusammenbruch und die Unmöglichkeit, die SBZ zu bolschewisieren, unwiderleglich bewiesen. Er hat ferner die weit verbreitete Auffassung widerlegt, daß Volkserhebungen in totalitären Systemen unmöglich seien.

Ohne das Eingreifen der Besatzungsmacht hätte der Aufstand, obschon er in keiner Weise vorbereitet war und ihm jede zentrale Führung fehlte, wahrscheinlich zum Sturz des SED-Regimes geführt. Während des Aufstandes zeigte sich das Regime entschlußlos, erschrocken und konzessionsbereit. Viele Funktionäre gingen zu den Aufständischen über.

Nach Festigung der Lage jedoch versuchte man die katastrophale moralische Schlappe des Regimes durch die Sprachregelung zu vertuschen, der Aufstand sei von "westlichen Provoka-

teuren und Agenten" inszeniert worden.

Solche Behauptungen werden allein schon durch das Fehlen jeglicher zentralen Führung und durch entscheidende taktische Fehler bei der Durchführung widerlegt. Der Westen hat vielmehr jegliche Unterstützung versagen müssen, weil eine Ausweitung zu einer weltpolitischen Krise vermieden werden sollte. Auch aus der Bundesrepublik wurde nur zur Besonnenheit gemahnt und vor Provokationen insbesondere gegenüber der Besatzungsmacht, gewarnt, ob schon weite Kreise der Bevölkerung die Vorgänge mit leidenschaftlicher Teilnahme und großen Hoffnungen verfolgten.

Die Tatsache und das Ausmaß des Juni-Aufstandes entzogen dem Anspruch der Kommunisten, im Auftrage der Arbeiterschaft in der SBZ den "Aufbau des Sozialismus" zu vollziehen, für immer den Boden. Die Sowjets aber hätten durch Nachgeben gegenüber den maßvollen Zielen des Juni-Aufstandes ein neues Verhältnis gegenüber Deutschland herstellen und eine Politik der Verständigung einleiten können.

Die Verluste des Juni-Aufstandes sind nicht genau zu ermitteln. Der Aufstand selber hat nach verhältnismäßig zuverlässigen Angaben 267 Tote unter den Demonstranten, 116 unter den Funktionären und 18 unter den sowjetischen Truppen gefordert. Verwundet wurden danach 1.067 Demonstranten, 645 Funktionäre und 126 Sowjetarmisten. Die Zahlenangaben über Opfer standrechtlicher Erschießungen schwanken erheblich. Einschließlich der später willkürlich zum Tode Verurteilten dürften sie um 100 liegen.

Genauere Angaben wurden über die Zahl der Opfer der dem Aufstand folgenden Rachejustiz errechnet. Danach wurden 1.100-1.200 tatsächliche oder angebliche Teilnehmer zu insgesamt etwa 6.000 Jahren Zuchthaus, Arbeitslager oder Gefängnis verurteilt.<<

Die Regierung der DDR berichtete später über den Volksaufstand im Juni 1953 (x243/206, x300/209): >>... Störungen in der Wirtschaft ... (führten) zu Unzufriedenheit und Mißstimmung unter den kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung und auch einem Teil der Arbeiter. ... Die imperialistischen Kräfte fürchteten aber die Festigung der Lage in der DDR. ...

Am 17. Juni gelang es Agenten ... in Berlin und einigen anderen Orten der Republik, einen kleinen Teil der Werktätigen zu zeitweiligen Arbeitsniederlegungen zu verleiten. ... Gruppen von Provokateuren und Kriminellen ... legten Brände ... und forderten den Sturz der Arbeiter- und Bauernmacht. ...

Durch das entscheidende Handeln der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse ... und gemeinsam mit sowjetischen Streitkräften und bewaffneten Organen der DDR brach der konterrevolutionäre Putsch innerhalb von 24 Stunden zusammen. ...<<

>>... Die in der DDR stationierten Truppen durchkreuzten durch ihr entschlossenes Eingreifen die Absicht des Imperialismus, blutige Auseinandersetzungen zu provozieren, die den Westmächten als Anlaß für eine militärische Intervention dienen sollten. Im Geiste des proletarischen Internationalismus traten Seite an Seite Einheiten der Sowjetarmee, der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR, klassenbewußte Arbeiter und andere Werktätige den Putschisten entgegen und setzten ihrem Wüten ein Ende.

Ernüchert durch den faschistischen Terror und die offen verkündeten revolutionären Ziele der Putschisten, wandte sich die Mehrheit der irregeleiteten Werktätigen bald von ihnen ab und begann zu erkennen, daß sie gegen ihre eigenen Interessen gehandelt hatte. ...

Unter Führung der Parteiorganisationen der SED entfernten die klassenbewußten Arbeiter feindliche Elemente aus ihren Betrieben und halfen den Sicherheitsorganen bei der Zerschlagung zahlreicher Agentengruppen.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Widerstand" in der SBZ (x009/485): >>Da der Bolschewismus die parteiliche Einseitigkeit seines Regimes fordert, nicht bereit ist, die Macht mit anderen Anschauungen und ihren Trägergruppen zu teilen und keinen Platz für eine konstruktive Opposition beläßt, bestehen für Andersdenkende

in kommunistischen Staaten nur die Alternativen, die Flucht in den Westen zu wagen, wobei die Möglichkeiten für die Bewohner vieler Ostblockstaaten außer der SBZ, seit jeher gering waren, sich in die innere Emigration zurückzuziehen, zu kapitulieren oder aber Meinungen und Gesinnungen und möglicherweise Verhaltensweisen zu vertreten, die vom Regime als "feindlich" verfolgt werden.

Vor allem 4 Gruppen von Opponenten sind in Erscheinung getreten:

Exponenten des bürgerlichen und bäuerlichen Konservatismus, vor allem aus der älteren Generation, die, vom Regime ohnehin als potentielle Klassenfeinde beargwöhnt, von vornherein einen schweren Stand hatten;

überzeugte Christen, und zwar sowohl Protestanten wie auch Katholiken aus den kleinen katholischen Enklaven - Eichsfeld! -, und hier auch vielfach Angehörige der jungen Generation (Junge Gemeinde);

Exponenten der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, vor allem in den Räumen Leipzig, Dresden, Halle, Magdeburg und Ost-Berlin;

schließlich auch zahlreiche Vertreter der akademischen Intelligenz einschließlich des "parteilich erzogenen Hochschulnachwuchses".

Der Widerstand dieser Gruppen hat aber in der Regel nur die Form passiver Resistenz und der ängstlich im Privatbereich gehüteten Solidarität der Andersmeinenden angenommen, was zur Folge gehabt hat, daß das Regime trotz häufiger terroristischer Maßnahmen diesen Widerstand bis heute nicht hat brechen können.

Lediglich der Juni-Aufstand 1953 stellte eine gegnerische Großaktion von wirklich politischer Dimension dar, die ohne das Eingreifen der Sowjettruppen zweifellos zum Zusammenbruch des SED-Regimes geführt hätte.

Andererseits ist zu berücksichtigen, daß die in der SBZ im Unterschied zu den übrigen Volkdemokratien günstige Chance zur Flucht, die im Jahresdurchschnitt von 150.000 bis 250.000 Personen wahrgenommen worden ist, im Laufe der Jahre zu einer Aushöhlung der Bereitschaft zum aktiven Widerstand geführt hat.

Dennoch finden sich in den Strafanstalten der SBZ 8.000 bis 12.000 politische Häftlinge. In den Jahren 1950 bis 1953 waren es etwa 25.000.<<

Die mitteldeutschen und sowjetischen Schüler wurden später während des Geschichtsunterrichts über den Volksaufstand im Juni 1953 folgendermaßen informiert (x301/146): >>... Am 17. Juni 1953 gelang es Agenten verschiedener imperialistischer Geheimdienste, die von Westberlin massenhaft in die Hauptstadt und einige Bezirke der DDR eingeschleust worden waren, in Berlin und einigen Orten der Republik einen kleinen Teil der Werktätigen zu zeitweiligen Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen zu verleiten.

In Berlin und in einigen anderen Städten plünderten Gruppen von Provokateuren und Kriminellen. Sie legten Brände, rissen Transparente herunter, mißhandelten und ermordeten Funktionäre der Arbeiterbewegung, holten verurteilte Kriegsverbrecher aus Gefängnissen und forderten den Sturz der Arbeiter- und Bauernmacht.

Doch der junge sozialistische Staat bestand unter Führung der Partei auch diese Belastungsprobe. ... Durch das entschlossene Handeln der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gemeinsam mit sowjetischen Streitkräften und bewaffneten Organen der DDR brach der konterrevolutionäre Putsch innerhalb von 24 Stunden zusammen.

Der Versuch, die DDR und den Sozialismus auf deutschem Boden gewaltsam zu beseitigen, war gescheitert. ...

Der Aufbau des Sozialismus in der DDR erregte den Haß der reaktionären Kreise in Westdeutschland. Am 17. Juni 1953 versuchten bewaffnete Banden den demokratischen Sektor von Berlin und andere Städte zu erobern und die DDR an Westdeutschland anzugliedern.

Aber die Bevölkerung und Regierung der Republik gebot dem konterrevolutionären Abenteuer-

er energisch Einhalt. Die Provokationen der Imperialisten gegen die DDR hörten auch in den folgenden Jahren nicht auf.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über das Verhalten der Volkspolizei im Verlauf des Juni-Aufstandes (x009/289): >>Während des Juni-Aufstandes 1953 gingen Teile der allgemeinen Volkspolizei (DVP) zum Volke über, doch die Wacheinheiten des MfS ließen sich von der SED überall bedenkenlos neben den Sowjettruppen gegen das Volk einsetzen.

Die Zuverlässigkeit der KVP, auf deren Einsatz die Sowjetunion vorsichtshalber nur in äußersten Notfällen zurückgriff, wurde nicht ernsthaft geprüft. Nach dem 17. Juni ging die Mitgliederzahl der GST stark zurück, da FDJ und SED im Zeichen des "Neuen Kurses" die Zwangswerbung für sie zunächst abschwächten.

Die Erfahrungen mit der Volkspolizei (DVP) und der Gesellschaft für Sport und Technik (GST) sowie die Ungewißheit darüber, wie sich die Kasernierte Volkspolizei (KVP) im Ernstfalle bewähren würde, bewogen die Regierung zu ständiger Siebung und Härtung der KVP in politischer und militärischer Beziehung. ...<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schrieb später über den Volksaufstand am 17. Juni 1953 (x287/207): >>... (In) der ehemaligen Reichshauptstadt streikten Bauarbeiter in der Ost-Berliner Stalinallee gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen, was für sie mit erheblichen Lohnsenkungen verbunden gewesen wäre. Aus diesem Streik entwickelte sich am 17. Juni 1953 in Ost-Berlin und der DDR ein politischer Aufstand mit Forderungen nach freien Wahlen, Freizügigkeit in ganz Deutschland, ja nach der Einheit Deutschlands.

Kurz nach 11 Uhr wurde die auf dem Brandenburger Tor gehißte rote Fahne, das verhaßte Symbol der Zwangsherrschaft, unter Beifall Tausender Demonstranten heruntergeholt und zerrissen. Die ersten Schüsse peitschten auf. Um 13 Uhr verkündete der sowjetische Militärkommandant den Ausnahmezustand. Damit war der Arbeiteraufstand, der in der Bundesrepublik Deutschland als nationaler Gedenktag begangen wird, zusammengebrochen.

Die SED reagierte mit drakonischen Strafen, aber zugleich mit der Beteuerung, das "große nationale Ziel, die Wiedervereinigung Deutschlands, voranzubringen".

Anläßlich der Trauerkundgebung für die Opfer des 17. Juni betonten die Vertreter der Bundesregierung und der Regierende Bürgermeister vor dem Schöneberger Rathaus am 23. Juni 1953, daß diese erste Erhebung in einem kommunistisch regierten Land gezeigt habe, daß die Deutschen keine Sklaven mehr sein wollten.<<

Der Bundestag beschloß am 25. Juni 1953 ein neues Wahlgesetz.

Künftig mußten die Parteien mindestens 5 % der abgegebenen Wählerstimmen oder einen Wahlkreis direkt gewinnen, um in den Bundestag einzuziehen.

Die "5 %-Klausel" sollte vor allem den Einzug von kleineren Parteien ins Parlament verhindern und klare Mehrheiten ermöglichen.

Dr. Otto Ulitz (1885-1972, Sprecher der oberschlesischen Landsmannschaft) erklärte im Juni 1953 während seiner Rede vor der Delegiertenversammlung in Nürnberg (x155/40-41): >>...

Wir werden ein Europa schaffen, wenn jedes einzelne Volk die fremde Volkspersönlichkeit genau so anerkennt und achtet, wie es die Achtung und Anerkennung für seine eigene Volkspersönlichkeit fordert. ...

Staaten sind Schöpfung von Menschen, die Völker Schöpfung Gottes. Wir müssen dieses europäische Denken hineinsenken in unsere Brüder und Schwestern, wir müssen diese Gedanken hineinragen in unsere Jugend.

Die Aufgabe der Landsmannschaft erstreckt sich nicht in dem Kampf um materielle Güter, sondern vor allem in dem Gedanken der Sendung und der Rückkehr in die Heimat. Wir sind eine unglückliche Generation. Unsere Söhne ruhen auf den Schlachtfeldern der Welt, unsere unmittelbaren Erben leben nicht mehr. Unser Gedankengut sollen wir übertragen auf unsere

Jugend, die in vollständig neue Verhältnisse hineinwächst. Und das ist das Schwere an der Aufgabe; unsere Jugend mit dem Gedanken an die Heimat vertraut zu machen und zu erfüllen. Vielleicht ist es aber noch schwerer, sie mit dem Willen zu beseelen, in die Heimat zurückzukehren.

Es könnte der Tag kommen, an dem uns die Heimat wieder offen steht und der Ruf "Zurück in die Heimat!" findet keine Gefolgschaft mehr. ...

Mit Worten ist nicht viel getan. Auf sie müssen Taten folgen. Ein Beweis unserer Lebenstüchtigkeit ist die Tatsache, daß unsere Arbeiter selbst im überfüllten Westen unseres Vaterlandes untergekommen sind, weil man Arbeitskräfte dieser Art liebend gern nimmt.

Wir sind keine Almosenempfänger, wenn wir auch mit leeren Händen dastehen. Wir bringen Werte mit. Wir bringen aus dem Osten die Kraft der innersten Überzeugung mit, den Glauben an die sittliche Kraft unseres Volkes, den Glauben an die Rückkehr in unsere Heimat.

... Wir Menschen des Ostens haben zu Staat und Volk eine Beziehung, die man am besten ausdrücken kann, wenn man sagt: Wir lieben unser Vaterland!

Wir glauben und hoffen, daß der Tag kommen wird, an dem wir auf den Grundlagen echten Christentums und sittlicher Werte als freie deutsche Menschen in unsere Heimat in einem friedlichen Europa der freien Völker werden leben können.<<

In der SBZ wurde am 11. Juli 1953 der Ausnahmezustand aufgehoben. Nach offiziellen Angaben des SED-Regimes wurden beim Arbeiteraufstand 4 Volkspolizisten und 21 Zivilisten getötet.

Die Zahl der Getöteten lag aber wahrscheinlich zwischen 200 und 300. In der Folgezeit wurden noch viele Teilnehmer des Aufstandes inhaftiert und zum Tod oder zu langen Haftstrafen verurteilt. Die SED ordnete später einen gemäßigten Kurs an, der nicht mehr ausschließlich durch Druck, sondern vor allem durch Agitation und Überredung geprägt wurde.

Der SPD-Politiker Ernst Reuter (1889-1953, seit 1948 Oberbürgermeister von West-Berlin) enthüllte am 20. Juli 1953 im Innenhof des Bendlerblocks ein Ehrenmal, daß an den deutschen Widerstand gegen das NS-Regime erinnern sollte.

Das Mahnmal (Bronzefigur eines jungen Mannes mit gebundenen Händen) trug folgende Inschrift (x102/64):

>>Ihr trugt die Schande nicht –

Ihr wehrtet Euch –

Ihr gabt das große ewig wache Zeichen der Umkehr –

Opfernd Euer heißes Leben –

für Freiheit, Recht und Ehre.<<

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 20. Juli 1953 (x095/156): >>... "Le Monde" ist schon seit einiger Zeit außerordentlich gehässig gegenüber Deutschland. Als ich in Paris war, sagte man mir, daß gewisse Gelder dahintersteckten. Selbstverständlich habe ich die von ihr wiedergegebene Äußerung nicht gemacht.

Ich habe immer, wenn ich von den Gebieten jenseits der Oder/Neiße sprach, aufgeführt, daß eine friedliche Verständigung zwischen einem freien Polen und Deutschland zur gegebenen Zeit herbeigeführt werden müsse. Ich könnte mir da verschiedene Möglichkeiten denken.

Es ist eine völlig Unwahrheit, wenn die Zeitung behauptet, daß für uns die Europäische Verteidigungsgemeinschaft allein das Mittel sei, sicher und schnell diese Provinzen ... zurückzugewinnen. ...<<

Die Bundesregierung verkündete am 24. Juli 1953 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1953 (x182/219): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 23,3 Milliarden DM entfallen 33,0 % auf Sozialleistungen und 31,3 % auf Besatzungskosten. ...<<

Die Landsmannschaft Westpreußen veranstaltete vom 25. bis zum 26. Juli 1953 in Hannover

ihr Bundestreffen (x155/42): >>... 8 Jahre nach dem verhängnisvollsten Kriege sind Europa und die Welt nicht zur Ruhe gekommen, weil eines der grundlegenden Menschenrechte, das angeborene Recht auf Heimat, nach wie vor verletzt wird. ...

Westpreußen, seit über 700 Jahren deutscher Kulturboden, kann die Brücke zwischen 2 Völkern im Rahmen einer europäischen Neuordnung werden ...

Wir fordern unsere Heimat Westpreußen für uns in einem Europa des Friedens und der Freiheit.<<

Nach langen Friedensverhandlungen wurde am 27. Juli 1953 in Korea ein Waffenstillstandsvertrag geschlossen.

Korea blieb danach etwa längs des 38. Breitengrades in Nordkorea und Südkorea geteilt. Eine internationale Kommission sollte den Waffenstillstand überwachen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Folgen des Korea-Krieges (x068/290): >>Die Verluste waren beträchtlich. Und hatten sich auch 15 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen schwach am Krieg beteiligt, die Hauptverluste trafen die Hauptbeteiligten. Die USA: mehr als 33.000 Tote, 100.000 Verwundete. Dazu, auf südkoreanischer Seite: 70.000 Gefallene und 500.000 getötete Zivilisten. Die Nordkoreaner und Chinesen hatten 2 Millionen Tote, darunter 400.000, die an kriegsbedingten Krankheiten umgekommen sind.

Die USA aber stützten und schützten weiter den Diktator Syngman Rhee (1948-1960) und seinen antikommunistischen Polizeistaat stalinistischer Prägung. Jeder Versuch der Opposition, dies Schreckensregiment durch ein parlamentarisches System zu ersetzen, wurde brutal erstickt. Eine Armee von Schnüfflern durchschwärmte das Land. Ungezählte Tausende verschwanden ohne reguläres Gerichtsverfahren in den Kerkern.

Man terrorisierte Studenten und Arbeiter, setzte Gas gegen sie ein, und die US-Truppen standen sozusagen Gewehr bei Fuß, um auch noch die übelsten Aktionen dieser Despotie zu decken. ...<<

Der 17. Juni wurde am 4. August 1953 in der BRD durch ein Bundesgesetz zum Nationalfeiertag ("Tag der deutschen Einheit") erklärt (x101/34): >>Am 17. Juni 1953 hat sich das deutsche Volk in der sowjetischen Besatzungszone in Ost-Berlin gegen die kommunistische Gewaltherrschaft erhoben und unter schweren Opfern seinen Willen zur Freiheit bekundet. Der 17. Juni ist daher zum Symbol der deutschen Einheit geworden. ...<<

Die Bundesregierung erließ am 7. August 1953 ein Fremdrenten- und Ausländergesetz, um die Entschädigung nicht realisierbarer Versicherungsansprüche von ausländischen Flüchtlingen aus Osteuropa zu regeln.

Die Sowjets verzichteten am 23. August 1953 auf weitere Reparationen und erklärten sich bereit, die restlichen SAG-Betriebe ab Januar 1954 zurückzugeben (x009/514).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die sowjetischen "Reparationen" in der SBZ von 1945 bis 1953 (x009/366-368): >>Obwohl der Umfang der von Deutschland zu leistenden Reparationen praktisch erst mit dem Industriebeschränkungsplan vom März 1946 von den 4 Alliierten festgelegt wurde, führte die Sowjetunion bereits vor diesem Zeitpunkt in der SBZ umfangreiche Demontagen durch, von denen nicht bekannt ist, ob die Gegenwerte dem Reparationskonto gutgeschrieben wurden. Eine Abrechnung über die Entnahmen wird kaum jemals erfolgen, da die Sowjets im Widerspruch zum Potsdamer Abkommen ohne Zustimmung der Westalliierten ungeheure Entnahmen aus der laufenden Produktion forderten.

Nach Unterlagen aus dem sowjetzonalen Amt für Reparationen und nach Schätzungen westlicher Experten wurden von den Sowjets seit 1945 bis 1953, d.h. bis zur offiziellen Beendigung sowjetzoner Reparationsleistungen an die Sowjetunion, Werte in folgender Form und Höhe entnommen:

a) **Beuteaktionen:** Die Besetzung Ost- und Mitteldeutschlands durch die Rote Armee war mit einem rücksichtslosen Beutezug verbunden. Ohne Registrierung wurden riesige Sachwerte aus öffentlichem und Privatbesitz beschlagnahmt und ostwärts verfrachtet. Ferner erbeuteten die Sowjets Milliardenbeträge an Reichsbanknoten, mit denen sie später deutsche Lieferungen und sonstige Leistungen "bezahlten". Der Wert der bei den Beuteaktionen entnommenen Gegenstände wird auf etwa 2 Milliarden Mark geschätzt; die Menge der erbeuteten Banknoten muß mit 6 Milliarden Mark angenommen werden.

b) **Demontagen:** Die Sowjets hielten sich nicht daran, kriegswichtige Industrien zu entfernen, sondern demontierten und beschlagnahmten auch für die Friedenswirtschaft unentbehrliche industrielle Kapazitäten.

Folgende Abschnitte der Demontagen sind erkennbar:

1. Welle vom Mai bis Anfang Juli 1945. Bis zum Beginn der Besetzung Berlins durch alle 4 Alliierten räumten die Sowjets hier alle nur irgendwie demontierbaren Fabriken, vor allem in West-Berlin, aus. Etwa 460 Berliner Betriebe wurden von den Sowjets voll demontiert und abtransportiert, davon 149 Betriebe des Maschinen- und Apparatebaues, 51 Metallurgiebetriebe, 46 Betriebe der Feinmechanik und Optik und 44 Betriebe der Elektroindustrie. Etwa 75 % der bei der Kapitulation noch vorhandenen Kapazitäten wurden betroffen.

2. Welle vom Anfang Juli bis Herbst 1945. Hiervon wurden industrielle Großbetriebe der ganzen Zone ebenso wie mittlere und kleinere Werke betroffen. Zu dieser Zeit begann auch der Abbau der zweiten Gleise auf sämtlichen Eisenbahnstrecken der Zone. Wieder wurden Produktionsstätten von Friedensindustrien abgebaut; Braunkohlenindustrie, Ziegeleien, Textil- und Papierfabriken usw.

3. Welle vom Frühjahr bis Spätsommer 1946. Nach einer vorbereiteten Liste wurden mehr als 200 große Industriebetriebe der chemischen Industrie, der Papierindustrie, Schuhfabriken, Textilwerke usw. demontiert.

4. Welle Oktober 1946 bis Frühjahr 1947. Obwohl Marschall Sokolowski bereits am 21.5.1946 die Demontagen für abgeschlossen erklärt hatte, setzte einige Monate später eine vierte Welle ein, von der z.B. die Zeiss-Werke Jena, Kraftwerke, Druckereien und einige Rüstungsbetriebe, die bis dahin für die Sowjets weitergearbeitet hatten, betroffen wurden.

5. Welle Herbst 1947. Nach einem weiteren halben Jahr wurden nochmals wichtige Betriebe der Friedensindustrie abgebaut: Braunkohlenwerke, Brikettfabriken, Kraftwerke und weitere 1.100 km Eisenbahngleise.

6. Welle Frühjahr 1948. Bei dieser letzten Welle wurden 3 Betriebe, die vorher zu SAG-Betrieben erklärt worden waren, voll oder zum Teil demontiert, darunter Anlagen des Buna-Werkes in Schkopau.

Von den Demontagen wurden oft auch solche Betriebe betroffen, die inzwischen durch die deutschen Arbeiter wieder in Gang gebracht worden waren.

Der "Bremer Ausschuß für Wirtschaftsforschung" gibt ... u.a. folgende Demontageverluste der SBZ im Vergleich zum Jahre 1936 an: Walzwerke 82 %, eisenschaffende Industrie 80 %, Hohlziegelerzeugung 75 %, Zementindustrie 45 %, Papiererzeugung 45 %, Energieerzeugung 35 %, Schuhindustrie 30 %, Textilindustrie 25 %, Zuckererzeugung 25 %, Braunkohlenbergbau 20 %, Brikettfabriken 19 %.

... Der Gesamtwert der Demontagen wird auf 5 Milliarden Mark geschätzt.

c) **Ausgabe von Besatzungsgeld:** Die Summe des verausgabten sowjetischen Besatzungsgeldes wird auf 9 Milliarden Mark geschätzt. Nur ein Teil wurde für den eigentlichen Besatzungshaushalt verwendet. Der weitaus größte Teil des Geldes wurde für den Kauf solcher Güter verwendet, die die Sowjets außer den offiziellen Reparationen zu erhalten wünschten. Mit diesem Gelde wurden die zahlreichen in der SBZ tätigen sowjetischen Handelsgesellschaften und anfangs auch der Milliardenbeträge verschlingende Uranbergbau für die Sowjets finan-

ziert. Von 1947 bis 1953 sind allein für den Uranbergbau 7,75 Milliarden Mark aufgewendet worden.

d) **Beschlagnahme von Betrieben als SAG-Betriebe:** 213 Betriebe der SBZ wurden 1946 von der Sowjetunion beschlagnahmt und als SAG-Betriebe fortgeführt. ... Als Mindestwert wird von Fachleuten die Summe von 2,5 Milliarden Mark geschätzt. Sie dürfte höher liegen und möglicherweise das Zwei- bis Dreifache davon ausmachen. Der Preis, den die SBZ-Regierung 1953 für den Rückkauf zu zahlen hatte, betrug mindestens 2,5 Milliarden Mark.

Vor der Übergabe in sowjetisches Eigentum mußten die Betriebe mit Finanzmitteln aus öffentlichen Haushalten ausgestattet werden. Vor dem Rückverkauf an die Sowjetzone wurden die Betriebe zum Teil von ihren Vorräten und Ausrüstungsteilen entblößt. Beide Formen der Entnahmen werden von Experten auf etwa 1 Milliarde Mark geschätzt.

e) **Lieferungen aus der laufenden Produktion:** Seit Wiedereingangssetzung der Betriebe mußte die SBZ an die Sowjets erhebliche Teile der laufenden Produktion abliefern, und zwar in Form direkter Reparationslieferungen nach der Sowjetunion, Zulieferungen deutscher Betriebe an SAG-Betriebe, Lieferungen an die Sowjet-Armee, Lieferungen an sowjetische Handelsgesellschaften in der SBZ und Exporte für sowjetischen Nutzen.

Nur die direkten Reparationslieferungen nach der Sowjetunion wurden als Reparationen anerkannt. Alle anderen hier erwähnten Lieferungsformen sind jedoch ebenfalls als Reparationen anzusehen. Da die Sowjets dafür nur die unzureichenden "Stopp-Preise" des Jahres 1944 bezahlten, mußten den deutschen Lieferwerken umfangreiche Subventionen aus Steuermitteln geleistet werden.

Nach Unterlagen aus dem Amt für Reparationen haben die Sowjets von 1945-1953 Waren im Werte von 34,7 Milliarden Mark zu Stopp-Preisen aus der laufenden Produktion entnommen.

f) **Subventionen:** Die an deutsche Betriebe und SAG-Betriebe 1946 bis 1953 gezahlten Preis-subsidien für direkte und indirekte Reparationslieferungen und für Reparationsnebenkosten, d.h. die Kosten für Verpackung, den Versand frei Verwendungsort in der Sowjetunion und für Versicherungen werden mit 6,15 Milliarden Mark geschätzt.

g) **SAG-Entnahmen:** Aus den SAG-Betrieben entnahmen die Sowjets an Gewinnen und fingierten Gebühren bis 1953 etwa 3,55 Milliarden Mark. ...<<

Eine Gesamtrechnung der Reparationen seit Kriegsende bis 1953 ergab nach kritischer Auswertung aller verfügbaren Unterlagen die nachstehenden Reparationsleistungen der SBZ:

Reparationsleistungen der SBZ von 1945 bis 1953:	Mark (Mrd.)
Verluste an Sach- und Kunstwerken durch Beuteaktionen	2,00
Verluste durch Demontagen	5,00
Leistungen, die mit erbeuteten deutschen Banknoten bezahlt wurden	6,00
Leistungen, die mit Besatzungsgeld bezahlt wurden	9,00
Warenlieferungen aus der laufenden Produktion, soweit sie über Reparationskonten verrechnet wurden	34,70
Nebenkosten der Reparationslieferungen	2,85
Stopp-Preissubsidien an deutsche Betriebe und SAG-Betriebe für Reparationslieferungen	3,30
Ausstattung der SAG-Betriebe mit Umlaufmitteln (vor 1950) und Kapitalentzug 1952/53	1,00
Gewinne aus SAG-Betrieben	3,55
Rückkauf der SAG-Betriebe	<u>2,55</u>
Insgesamt	<u>69,95</u>

In dieser Zusammenstellung waren 16 Milliarden Mark Besatzungskosten für die Zeit bis Ende 1953 enthalten. Nicht enthalten, waren sonstige Reparationsleistungen, z.B. der Nutzen der

Sowjetunion aus der Arbeitsleistung der nach der Sowjetunion verbrachten deutschen Spezialisten und der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion, der Nutzen aus dem Uranbergbau, aus der Tätigkeit der sowjetischen Handelsgesellschaften in der SBZ und aus der Auswertung deutscher Patente.

Legt man den von den Sowjets bis 1953 im allgemeinen selbst angewandten Kurs von 2,50 DM je Dollar zugrunde, so ergab das bei einer Gesamtsumme von rd. 70 Milliarden Mark eine Reparationsleistung in Höhe von 28 Milliarden Dollar, also 18 Milliarden Dollar mehr, als die Sowjetunion von Gesamtdeutschland an Reparationen gefordert hatte. Behauptungen, wonach die Sowjetunion auf hohe Reparationsleistungen verzichtete, sind unwahr.<<

Bei der 2. Bundestagswahl am 6. September 1953 erhielten die Parteien folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 45,2 %, SPD = 28,8 %, FDP = 9,5 %, BHE = 5,9 %, DP = 3,3 %, KPD = 2,2 %, Sonstige = 5,1 %.<<

Der DDR-Ministerrat beschloß am 14. September 1953, die Erzeugung von Verbrauchsgütern zu erhöhen.

Die Bundesregierung der BRD beschloß im September 1953 ein Gesetz, daß die Individualhilfe für die Opfer der NS-Verfolgung zum Rechtsanspruch erhob.

Hierzu zählten z.B. auch die Starthilfen für den Staat Israel (Ansiedlungshilfen, entgeltlose Lieferungen von Maschinen, Schiffen und Erdöl in Höhe von 3,45 Milliarden DM) sowie Rentenzahlungen an rd. 500.000 Überlebende der NS-Judenausrottung (x128/224).

Walter Müller-Bringmann berichtete am 1. Oktober 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/129-130): >>1. Oktober 1953. Tausende von Menschen aus allen Teilen Deutschlands sind nach Friedland gekommen, um ihre Heimkehrer zu empfangen, ihnen an den Zufahrtsstraßen zum Lager zuzujubeln, ihnen Blumen, Bücher, Geschenke zuzuwerfen, sie willkommen zu heißen.

Auch der Bundespräsident kam aus Bonn an die Zonengrenze, um auf dem großen Appellplatz des Lagers, "stellvertretend für das gesamte Volk", die Männer und Frauen aus der Gefangenschaft in seiner von Herzen kommenden Art zu begrüßen.

"Sie sollen spüren", so rief Theodor Heuss über den weiten Platz, "daß der seelische Grund des deutschen Volkes auf diesem Weg, der nicht immer leicht sein wird - wir sind kein Paradies. Sie stützen wird".

Die Heimkehrer lauschten still den Worten des alten Mannes, und sangen dann nachdenklich, aber aus tiefster Überzeugung: "Einigkeit und Recht und Freiheit ..."

Später schrieb der Bundespräsident in die Lagerchronik:

"Dieser 1. Oktober 1953, ein milder, blauer Herbsttag wird allen unvergeßlich bleiben, die die Heimkehr von 750 Männern miterlebten. Der Name Friedland soll für die Seele der Heimkehrten im wahren Sinne des Wortes Symbol ihrer Hoffnung bleiben.

Theodor Heuß."<<

Nach Angaben des österreichischen Innenministeriums waren in der Zeit vom 1.01. bis zum 1.10.1953 insgesamt 2.117 nicht eingebürgerte Jugoslawien-Deutsche in folgende Länder ausgewandert (x006/128E): >>... USA (72), Kanada (999), Brasilien (60), Bundesrepublik Deutschland (898), Australien (68) und sonstige Länder (20).<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 5. Oktober 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/130): >>5. Oktober 1953. ... Hunderte von Anfragen gehen in Friedland ein, alle von Angehörigen, die im Rundfunk einen Heimkehrernamen gehört haben wollen, der dem Namen ihres Vermißten oder noch Erwarteten ähnlich klang oder klingen sollte.

Fast alle Briefe müssen negativ beantwortet werden.

Freiwillige Helfer aus Göttingen und der Umgebung sind dabei, die Berge von Post durchzusehen, die Transportlisten zu vergleichen, Angaben nachzuprüfen, jeden Hinweis zu verfolgen, und unter allen Umständen, wenn auch nur der geringste Anhaltspunkt vorhanden ist,

nachzuforschen, ob nicht doch eine Freudenbotschaft abgesandt werden kann. ...

Und wieder stehen die Frauen und Männer, die Mädchen und Jungen, mit ihren Schildern in Friedland: "Wer kann Auskunft geben über ... ?" –

"Gesucht wird ..."

Schilder, Schilder. Und auf jedem steht ein Schicksal verzeichnet.<<

Dr. Kurt Wagner (1911-2006, von 1946-1976 Leiter des DRK-Suchdienstes) berichtete damals über die "Vergessenen Millionen?": >>Nach dem Ersten Weltkrieg zählte man 210.000 Wehrmachtvermißte. Die Weimarer Republik schuf eine eigene Behörde, das Zentralnachweissamt für Kriegsverluste, mit dem Auftrag, das Schicksal der Vermißten aufzuklären. Es ehrt Reichstag und Reichsregierungen, daß sie dieses Amt gut ausgestattet 20 Jahre lang planmäßig arbeiten ließen.

In welchem ungeheuerlichen Ausmaß sich die Schwierigkeiten auch für ein Nachforschungswerk nach diesem Krieg gesteigert haben, sieht man daraus, daß man für 1945 nicht einmal die Zahl angeben kann, die den 210.000 Vermißten von 1918 entspricht.

Wir wissen nur, daß unsere Zentralkarteien schon in den ersten Suchdienstjahren 14 Millionen Suchanträge erhielten. Wenn wir auch 5,8 Millionen davon beantworten konnten, so ist doch immer noch das Schicksal von mehr deutschen Menschen im Dunkel, als manches deutsche Land Einwohner hat.

Seit mehr als zwei Jahren hat sich der Suchdienst auf die einzelnen Vermißtengruppen spezialisiert. Für die 1,5 Millionen Wehrmachtsvermißten, deren Schicksal noch aufgeklärt werden muß, hat München geeignete Methoden entwickelt. Die ... Heimkehrerbefragung mit Vermißtenlisten, die nach den früheren Einheiten geordnet sind, hat ihre Fruchtbarkeit bewiesen, die Befragung mit Vermißtenlisten, die nach Kriegsgefangenenlagern geordnet sind, wird gegen Ende dieses Jahres beginnen und daran werden sich weitere Arbeitsgänge anschließen.

Für die Aufklärung der Schicksale der vermißten Zivilpersonen gibt es keine durchgängig anzuwendende Methode. Wohl kann man in vielen Fällen über die Befragung von Nachbarn der Verschollenen Aufklärung erhalten, aber nur über die Zeiten, in denen der heimatliche Zusammenhang noch nicht zerstört war. In den Katastrophen, die über die ostdeutsche Bevölkerung hereinbrachen, ist aber der nachbarschaftliche Zusammenhang fast vollständig zerstört worden.

Rein statistisch fehlen noch etwa 1,5 Millionen Reichsdeutsche und etwa 1,4 Millionen volksdeutsche Zivilpersonen. In den Nachforschungen muß festgestellt werden, welche davon durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse in der Heimat oder auf der Flucht verstorben sind, nach Osteuropa verschleppt worden sind, in ihrer früheren Heimat, also ostwärts der Oder/Neiße oder in den volksdeutschen Siedlungsgebieten zurückgeblieben sind, im Ausland in Gefängnissen oder Lagern festgehalten werden.

Wir müssen dafür sorgen, daß wenigstens das Schicksal derjenigen möglichst bald aufgeklärt wird, von denen angenommen werden kann, daß sie noch am Leben sind und der Hilfe der Heimat harren. Das gilt für die Verschleppten, für die im Ausland Zurückgehaltenen und ganz besonders für die Kinder, die von ihren Eltern oder Angehörigen getrennt noch irgendwo draußen leben.

Das Deutsche Rote Kreuz begrüßt deshalb die Hilfe der kirchlichen Heimatortskarteien, die Unterstützung der Landsmannschaften und das Interesse, das das Bundesministerium für Vertriebene dieser Arbeit entgegenbringt.

In seinen eigenen Nachforschungen nimmt sich das Deutsche Rote Kreuz insbesondere der Kinder, der in die Sowjetunion verbrachten deutschen Zivilpersonen, der im Ausland außerhalb der Sowjetunion in Lagern und Gefängnissen festgehaltenen Zivilpersonen und der in den Gebieten ostwärts der Oder/Neiße und in den volksdeutschen Siedlungsgebieten zurückgebliebenen deutschen Zivilpersonen an. Zu den Hauptmitteln der Nachforschung gehört auch

auf diesem Bereich die Befragung der Heimkehrer und Aussiedler.

Der Suchdienst Hamburg, der vom Deutsche Roten Kreuz mit der Zivilgefangenen- und Zivilvermißten-Nachforschung beauftragt ist, gliedert sich in drei Abteilungen, den Kindersuchdienst, die Abteilung für verschleppte Zivilpersonen und die Abteilung für im Ausland inhaftierte Zivilpersonen. ...

Vom DRK-Suchdienst waren insgesamt 90.000 Kinder als anhanglos aufgefunden erfaßt worden; von Eltern waren rund 195.000 Suchanträge nach Kindern eingegangen. Im März 1952 waren durch Kartei und Nachforschung genau 70.000 Kinder wieder mit ihren Eltern oder Angehörigen in Verbindung gebracht. Eine Anzahl Anträge hat sich auf andere Weise erledigt. Aber immer noch werden für 18.000 Kinder die Eltern gesucht, und immer noch wird nach 33.000 verschollenen Kindern geforscht. Seit längerer Zeit gleichbleibend werden monatlich 700 Kinder mit ihren Familien vereinigt, aber es gehen noch jeden Monat im Durchschnitt 80 neue Anträge ein.

Einige Zahlen über die Zivilgefangenen: Die Nachforschungen haben ein deutliches Bild über das lange ins Dunkel gehüllte Phänomen der Deportation ergeben. Man kennt jetzt die Sammelager und die Transporte, die 1945 aus Ostdeutschland und aus dem Donaauraum nach Osten rollten, und kennt die Lager, in denen die Deutschen als "Displaced Persons" festgehalten werden. Noch mindestens 190.000 sind an Wiederaufbauarbeiten in der Sowjetunion tätig. Unsere Hoffnung besteht darin, daß die Tatsache ihrer Entdeckung zur Erleichterung ihres Loses beitragen möge, daß ihnen z.B. Erleichterung im Schriftverkehr mit der Heimat gewährt werde und daß die Arbeitsverträge bald ablaufen, damit sie wieder zu ihren Familien nach Deutschland zurückkehren können. -

Über die deutschen Zivilpersonen, die noch in ausländischen Gefängnissen sitzen, haben Landsmannschaften, Heimatortskarteien, Rechtsschutzstellen und kirchliche Hilfswerke ihre Unterlagen dem Suchdienst Hamburg zu treuen Händen übergeben. Durch Heimkehrerbefragung wurden sie auf den neuesten Stand gebracht. Es sind von den insgesamt 35.000 deutschen Zivilpersonen, die sich in ausländischen Haftanstalten befanden, schon fast die Hälfte mit Namen bekannt. Die Arbeit wird nicht eher ruhen, bis auch der letzte, der noch in einem Gefängnis oder Straflager wartet, entdeckt ist. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (41/1953) berichtete am 7. Oktober 1953 über die deutschen "Spätheimkehrer": >>Den letzten Mann heimholen

Jeden Tag, wenn die Feuerwehrcapelle von Herleshausen an der Zonengrenze (zwischen Eisenach und Bebra) den Choral "Nun danket alle Gott" spielt, wissen die Arbeiter auf den in der Nähe gelegenen Kartoffelfeldern: Es ist wieder ein Transport mit Heimkehrern aus der Sowjetunion eingetroffen.

Dann drücken sich die olivgrün uniformierten sowjetzonalen Volkspolizisten jenseits der Grenzmarkierung in die niederen Büsche, um von weitem mit dem Fernglas den Empfang zu beobachten, den die westdeutsche Bevölkerung den ehemaligen "Kriegsverbrechern" bereitet. Die Vopos sehen nur einen winzigen Ausschnitt davon. Was sich anschließend auf der achtzig Kilometer langen Strecke vom Grenzort Herleshausen bis zum Entlassungslager Friedland bei Göttingen tut, bringt jedesmal die härtesten Männer aus der Fassung.

So wurden einmal siegreiche Truppen empfangen - mit Blumen, kleinen Geschenken, winkenden Tüchern, mit Küssen und weichen Frauenarmen, die sich um rissige Männernacken legen. Die jetzt nach acht oder neunjähriger Gefangenschaft aus sowjetischen Zwangsarbeitslagern heimkehren, haben den Tod und Schlimmeres besiegt. In den beizenden Rauch der bis in die lauen Herbstnächte glimmenden Kartoffelfeuer träufeln Tränen der Freude und der Trauer.

Die jetzt zurückkehren, kommen nicht - wie die Rußland-Heimkehrer von 1949/50 - zerlumpt und ausgemergelt, sondern sind größtenteils sonnengebräunt, relativ gut ernährt und voller

Zuversicht, daß nun alles gut werden wird. Hinter dem Schlagbaum fiel sichtbar der Alpdruck der letzten Wochen: ob es nämlich wirklich ernst gemeint war, was die uniformen Zeitungen der Sowjets und die täglich an die "Plennis" (Rußland-Heimkehrer bzw. ehemalige deutsche Kriegsgefangene) verteilten Gazetten der Sowjetzone vor Wochen groß ankündigten:

- daß es einzig und allein der Fürsprache einer Regierungsdelegation der "DDR" zu danken sei, daß jetzt annähernd 13.000 wegen Kriegsverbrechen verurteilte deutsche Kriegsgefangene zu ihren Familien zurückkehren dürften.

Die Plennis wagten - nach mannigfachen Enttäuschungen - kaum noch, daran zu glauben, was ihnen die zivilen russischen Arbeiter auf den Baustellen im Swerdlowsker Bezirk oder in den Schachtanlagen vor dem Kohlenstoß unter Tage schon im Mai dieses Jahres zuflüsternten "Skoro domoi" (bald nach Hause).

Die erste vage Hoffnung auf Aufhebung der Kollektivstrafen dämmerte, als Josef Wissarionowitsch Stalin die Augen schloß, vier Wochen danach steckten Frauen von MWD-Offizieren einzelnen "Plennis" die Nachricht, daß ihre Männer die Akten der zunächst zu Todesstrafen verurteilten, später zu 25 Jahren Zwangsarbeiten "begnadigten" deutschen Offiziere und Soldaten an das Innenministerium nach Moskau einsenden mußten. Offensichtlich stehe eine Überprüfung der Urteile bevor.

In den Lagern begann es zu brodeln. Genährt durch die großzügige Amnestie, die nach Stalins Tod zahlreiche russische Zwangsarbeiter wieder in Freiheit setzte, keimten auch bei den deutschen Gefangenen neue Hoffnungen. Es hatte den Anschein, als hätten Stalins Nachfolger etwas aus Dostojewskijs "Schuld und Sühne" gelernt. (Quintessenz: "Mann, Mann, ganz ohne Mitleid läßt sich's nicht leben.")

Das Eingeständnis "unverantwortlicher Irreführung" in der Moskauer Ärzte-Affäre und die Freilassung der Todeskandidaten des vorbereiteten Schauprozesses ließen auch Rückschlüsse auf die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenenfrage zu. Die Lager bekamen "Besuch".

Innenminister Lawrentij Berija schickte Untersuchungskommissionen aus Moskau in die zusammengeschrumpften Lager der deutschen Kriegsgefangenen. Das war gleich in den ersten Wochen nach Stalins Tod, als die Porträts des verblichenen Halbgottes auch aus den Amtsstuben der Lagerkommandanturen entfernt und durch die Konterfeis der Diadochen (Nachfolger) ersetzt wurden.

Berijas Kommissare aus Moskau stellten Fangfragen an die interessantesten "Plennis":

"Nu, was werden Sie sagen über die Sowjetunion, wenn Sie kommen nach Westdeutschland?"

Die unter besonders fadenscheinigen Vorwänden Verurteilten wurden separat getestet:

"Werden Sie erzählen, daß Ihre Verurteilung ungerecht war?"

Werden Sie gehen zu die Amerikaner und uns machen schlecht?"

Werden Sie noch mal die Sowjetunion überfallen, wenn man Ihnen gibt Waffen?"

Die meisten Antworten fielen so aus, wie die Entgegnung eines Arztes im Lager Perwo-Uralsk:

"Ich werde die Zeit, die hinter uns liegt, wie einen schmutzigen Mantel von mir werfen und nicht mehr daran denken ..."

Die rote Sphinx schien zum erstenmal seit acht Jahren wirklich zu lächeln.

Dann drangen die Meldungen vom Juni-Aufstand in der Sowjetzone bis in die Lager hinter dem Ural. Die Entlassungs-Vorbereitungen stockten. Plötzlich wurde Berija gestürzt. Hellwach verfolgten die ehemaligen Todeskandidaten in den Zwangsarbeitslagern jede kaschierte Meldung über die Diadochen-Kämpfe. Sie hatten gelernt, zwischen den Zeilen der "Prawda" und "Iswestija" zu lesen.

Nun erschien ihnen der bis dahin allmächtige Zar der roten Gestapo wie ein Lebensretter. Allem Anschein nach hatte ausgerechnet Berija die Entlassungen angekurbelt. Was nun, wenn mit ihm auch sein Entlassungsplan liquidiert wurde?

Niemand mochte mehr arbeiten. Die Erfüllung der Normen sank aufs Minimum. Dann wurde offiziell am 6. Juli - sechs Wochen vor der angeblich durch die DDR-Regierungs-Delegation in Moskau ausgehandelten Freigabe von rund 13.000 zu Zwangsarbeit verurteilten deutschen Kriegsgefangenen - mitgeteilt, daß die vorbereiteten Entlassungen fortgesetzt würden.

"Wir wagten immer noch nicht, daran zu glauben", sagt der ehemalige Oberstleutnant und Ritterkreuzträger Walter Peter Mohr, Hamburg, der im zweiten Spätheimkehrer-Transport zurückkehrte. "Man hat uns zu oft genarrt. Schon 1948/49, als das Hauptkontingent der noch überlebenden Kriegsgefangenen nach Deutschland zurückgeschickt wurde, hatte man uns ähnliche Versprechungen gemacht. Wir wurden ins Theater, in die Philharmonie und zu Sportveranstaltungen ins Stadion geführt."

Einige Monate später wurde Mohr mit Hunderten von Staboffizieren in verschlossene Güterwagen gesperrt. Die Offiziere versuchten bei der Fahrt über die Dnjepr-Brücken bei Dnjepropetrowsk zu erkunden, ob der Zug nach Westen oder nach Osten rolle. Er rollte in die Täler des Ural. Die Sowjets behielten damals wohlweislich die meisten Staboffiziere und Generale zurück. Ebenfalls aussortiert wurden:

- Die ehemaligen I c der Heeres- und Luftwaffenverbände,
- Angehörige der Waffen-SS und von Eliteverbänden,
- Angehörige intellektueller Berufe, besonders Ingenieure, Juristen und Wissenschaftler.

Die Sowjets hatten auf ihre Art tabula rasa gemacht und stempelten die für sie interessanten Kriegsgefangenen durch fingierte Schnellgerichtsverfahren zu Kriegsverbrechern. Wer trotz MWD-Terror und wochenlanger Haft standhaft blieb und kein individuelles Schuldprotokoll unterschrieb, wurde in die Kategorie der "Allgemein-Schuldigen" eingereiht. Es genügte allein die Tatsache, Angehöriger der "faschistischen Wehrmacht" gewesen zu sein und somit an der "Ausplünderung der Sowjetunion" mitgewirkt zu haben.

Nun waren sie alle Strafgefangene, vom kleinen Funker bis zum Kommandierenden General. Die sowjetischen Polit-Instrukteure gaben es auf, diese Rotte der Verlorenen noch kommunistisch zu behämmern. Offiziers-Renegaten der deutschen Wehrmacht, die einmal mit dem "Nationalkomitee Freies Deutschland" kollaboriert hatten und schließlich doch im Zwangsarbeitslager gelandet waren, wurden gemieden wie Aussätzige.

Aus den knappen Gesprächen, die MWD-Offiziere mit den Verurteilten führten, triff immer wieder der Verdacht: "Wenn wir euch entlassen, macht ihr einen neuen Krieg, zusammen mit den anglo-amerikanischen Imperialisten."

Schon wegen dieser primitiven Verdächtigung haben es die Spätheimkehrer nicht gern, wenn sie nach Ankunft im Entlassungslager Friedland von britischen und amerikanischen Interrogatoren (Verhörexperten) ausgefragt werden. Es wird ihnen allerdings anheimgestellt, die Auskunft zu verweigern mit dem Hinweis darauf, daß sie jetzt "in ein demokratisches Land zurückkehren, in dem es jedem freigestellt ist, zu reden oder zu schweigen".

Sie schweigen lieber über ihren Arbeitseinsatz auf den Baustellen am Wolga-Don-Kanal, über den Aufbau eines neuen metallurgischen Kombinats in Perwo-Uralsk im Swerdlowsker Bezirk, wo Walzwerksanlagen (Reparationslieferungen der Sowjetzone) installiert wurden, um Stahlblöcke zu nahtlosen Röhren auszuwalzen - maßgerecht für alle Kaliber der roten Artillerie.

Die Spätheimkehrer lassen sich auch nicht gern über Neuaufschlüsse von Kohlenflözen im Dongebiet ausholen, sondern reden dann schon lieber von den inneren Verhältnissen, so wie sie sich bei der täglichen Berührung mit der Zivilbevölkerung offenbarten. "Mit Nachdruck bemühen sich die neuen Sowjet-Machthaber um die Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung. Die "Sowjetmenschen" haben die Lumpen abgelegt und können sich jetzt besser kleiden", weiß z.B. der Transportführer des zweiten Heimkehrerschubs, Oberstleutnant a.D. Mohr.

"Auffallend ist auch die Zunahme der Motorisierung. Schlangen von Lastwagen wälzen sich über neue Asphaltstraßen. Auch kleinere Staatsfunktionäre und Stachanows können sich den Luxus von Personenkraftwagen leisten. Die großen Fahrzeug-Kombinate produzieren nachgebaute deutsche Kraftwagentypen am Fließband. Man merkt besonders in letzter Zeit die Tendenz, die dumpfe Unruhe nach Stalins Tod durch Preissenkungen und wirtschaftliche Verbesserungen zu kompensieren, als komme es jetzt primär darauf an, die Sowjetunion im Inneren zu festigen.

"Trotzdem haben wir mitunter besser gelebt als die Sowjet-Bürger, seit Lebensmittelsendungen aus der Heimat zugelassen wurden und meist ohne Verlust die Lager erreichten. Den Lebensmittelspendern ist es zu danken, daß wir heute noch leben. Diese Sendungen flossen in den beiden letzten Jahren so reichlich, daß unsere russischen Nachbarn im Ort Liza (bei Perwo-Uralsk) das Lager der deutschen Strafarbeiter in "Kapitaliza" umtaufte." Die Verurteilten hatten es nicht mehr nötig, für eine Schmitze russischen Graubrotés Überstunden zu leisten. Schlagartig verminderten sich die Todesfälle der Dystrophie. "Seit drei Jahren haben wir im Hauptlager Schachty am Don keinen Todesfall mehr gehabt", erinnerte sich der zurückgekehrte Lagerarzt. "Es sei denn, daß ältere Gefangene im Hospital an schweren Erkrankungen gestorben sind." (Vergleichszahl von 1946: Im Lager Sewastopol starben damals täglich 35 bis 40 Gefangene.)

Die "Plennis" blieben für den einfachen Sowjetmenschen bis zuletzt attraktive Figuren. Oft kamen jüngere Frauen an den Lagerzaun, um sich erzählen zu lassen, wie man in Deutschland eine Ehe führt. Der Krieg hat die mittlere männliche Generation der Sowjetunion noch stärker geschöpft als in Deutschland. "König Mann" regiert in den meisten Aufsichtsfunktionen. Die Frauen müssen Schwerarbeit verrichten.

Hunderttausende von Familien werden durch häufigen Arbeitsplatzwechsel auseinandergerissen. Das Zusammenleben auf engstem Raum (meist zwei Familien in einer Kleinwohnung) veranlaßt vor allem die intelligenteren Paare zu künstlicher Geburtenbeschränkung. Nur in den ausgesprochenen Agrargebieten - im dumpfen Kral der Kolchosen - kennt die sprichwörtliche russische Furchtbarkeit keine Grenzen.

Leichter als die ausgeprägten Intellektuellen hatten es die rauhen Naturburschen unter den zwangsverurteilten "Plennis". Musterbeispiel: Oberleutnant a.D. Alfred Strunk, der vor einigen Tagen nach Dortmund zurückkehrte. Strunk, bekannter Boxer im Halbschwergewicht, war das zwischen Woroschilowgrad und Schachty berühmte enfant terrible für die Natschalniks (Aufseher) und Lagerkommandanten.

Strunk wurde nach mißglückter Flucht aus dem Plenni-Lager Sewastopol als Montageingenieur beim Schacht "Gigant" in der Nähe von Stalino eingesetzt. Der Boxer sah rot, als er Ende 1949 vor ein MWD-Tribunal geschleppt wurde, das ganz offensichtlich ein Urteil erfinden sollte, um ihn - während die Hauptentlassungswelle lief - als Fachkraft zurückzuhalten.

Strunk erzählt, er habe das Tribunal niedergeboxt, den Aktentisch zerschlagen und nach mehreren weiteren Verfahren schließlich zehn Jahre Zwangsarbeit wegen "Disziplinlosigkeit" geerntet. Da zeigte er seinen Bewachern erst recht die Faust. Russische Boxer traten an, um mit ihm ihre Kräfte zu messen. Erinnert sich Strunk: "Ein russischer Oberleutnant versetzte mir zwei Leberhaken, da gab ich ihm einen Uppercut und schlug ihn K.O."

Strunk kam in die Massenzelle eines Strafgefängnisses, zusammen mit Mördern und anderen kriminellen Verbrechern, denen er Boxunterricht gab. Dann boxte er weiter Wärter und Aufseher, bis ihm MWD-Funktionäre das kalte Eisen ihrer Pistolen ins Genick drückten. Sie bekamen mittlerweile Spaß daran, diesen "njemetzki tschort" ("deutschen Teufel") auf Nervenproben zu stellen. Strunk bestand sie jedesmal und stieg im Ansehen bei seinen Aufpassern.

Heute freut er sich: "In ihrer angestammten Vorliebe für brutale Kraft hatten die Russen bei mir etwas Ebenbürtiges entdeckt. Ich war ihr Typ." Sie drängten ihn oft: "Erzähl" doch mal,

wie du in Deutschland geboxt hast" und befühlten seinen Bizeps. "Eto charascho" ("das ist gut").

Strunk hat noch im Januar einen Oberfeldwebel der Lagerwache gegen den Schlagbaum am Lagereingang geschmettert, weil dieser dem von ihm geleiteten Arbeitskommando das mitgebrachte Heizmaterial weggenommen hatte. Der MWD-Operativ-Leiter schüttelte den Kopf: "Strunk, kakaja mamuschka?" ("Strunk, was hast du bloß für eine Mutter gehabt").

Dann wurde ihm ein zusätzliches Jahr Gefängnis aufgebremmt.

Er saß diese Strafe aber nur wenige Monate ab, bekam auch in der Gefängniszelle Heimatpakete von westdeutschen Sportfreunden und wurde im Juni dem Lager Schachty zur endgültigen Entlassung überstellt.

Nach der Ankunft des Heimkehrertransportes in Frankfurt/Oder interessierten sich in Zivil gesteckte Vopo-Offiziere und Agenten des sowjetzonalen Staatssicherheitsdienstes für den martialischen Lagerschreck. Sie versuchten, ihn für die "demokratische Sportarbeit" in der "DDR" zu interessieren, aber Strunk lehnte ab mit dem Hinweis auf die Propaganda-Transparente im Durchgangslager: "Deutsche an einen Tisch." Der Boxer fragte die Agenten: "Warum laßt ihr dann nicht einmal die Deutschen hier aus der Umgebung an uns heran?"

Die Vopos gerieten in Verlegenheit. Sie haben strikten Befehl, alle durchfahrenden Transporte ehemaliger "Kriegsverbrecher aus der Sowjetunion" auf den Stationen abzuriegeln. Nur ein kleiner Teil der in der Sowjetzone und in Berlin Beheimateten steigt in Frankfurt/Oder aus. Der größte Teil derjenigen, die ihre Familien in der Sowjetzone wissen, fährt weiter nach Westdeutschland. (Die Wahl zwischen Ost und West wurde den Heimkehrern freigestellt).

Immerhin hat es die Sowjetzonen-Regierung übernommen, die durchreisenden Heimkehrer vor dem Übergang nach Westdeutschland neu einzukleiden und gut zu verpflegen. Man gibt ihnen aus dem beschränkten Sortiment der staatlichen HO-Läden das relativ Beste, damit niemand in Westdeutschland sagen kann, der große Bruder in Moskau schicke die endlich Entlassenen in Lumpen nach Hause.

Aber das Gefühl, wieder in Deutschland zu sein, kommt bei den Heimkehrern erst auf, wenn sie die weiße Markierung am Schlagbaum von Herleshausen hinter sich wissen. Dann atmen sie auf: "Jetzt sind wir erst richtig in Deutschland."

Sie jubelten dem Bundespräsidenten zu ("Hurra, Präsident Heuss, wir danken, wir danken ..."), als er ihnen am Donnerstag vergangener Woche im Lager Friedland persönlich versprach: "Wir müssen auch den letzten Mann heimholen."

Und sie begrüßten stürmisch den Bischof Heckel vom Evangelischen Hilfswerk, das ihnen viele Pakete nach Rußland geschickt hatte.

Das ist die größte Sorge der Zurückgekehrten: daß die Sowjets auch die noch versteckten kleineren Gefangenenkontingente nicht noch einmal auf Eis legen. Gut: sie haben angekündigt, rund 13.000 Verurteilte zu entlassen. Dabei scheinen nun auch - in der Endphase - die zurückgehaltenen Generale zu sein.

Die Heimkehrer aus Schachty wissen, daß es in drei Straflagern sogar noch unverurteilte ehemalige deutsche Soldaten gibt. Diese etwa 500 Nichtverurteilten hat der MWD absichtlich sowohl während der Hauptentlassungsaktion 1949/50 als auch während der allgemeinen Kommandourteile vergessen.

Sie passen in keine Kategorie, weil sie bis vor einiger Frist im Rüstungs-Kombinat "Molotow" arbeiten mußten. Sie wissen zuviel. Deshalb hinken sie jetzt bei der Entlassung noch hinter den formal Verurteilten her.

Die Spätheimkehrer, die in diesen Tagen den Schlagbaum des Grenzortes Herleshausen passierten, warnen vor Illusionen. Aus der Koordinierung ihrer Berichte erwächst die Erkenntnis, daß Bundeskanzler Adenauer irrte, als er im April dieses Jahres während seines Amerika-Besuches von "mindestens 300.000 Kriegsgefangenen und Deportierten" sprach, die noch in

den Weiten der Sowjetunion zurückgehalten würden. Die meisten können nicht mehr zurückkehren. Sie sind gestorben und liegen längst in der lehmigen russischen Erde.

"Es mögen noch 15.000, höchstens aber 20.000 ehemalige deutsche Soldaten sein, die bis zu Beginn der neuen Entlassungsaktion von den Sowjets festgehalten wurden", schätzen sowohl Heimkehrer als auch Experten des Evangelischen Hilfswerks (das seit Jahren alle Heimkehrer-Aussagen auswertet) die Ziffer der Überlebenden.

"Wir müssen alle Illusionen zurückstellen. Die meisten der Vermißten sind in den ersten Hungerjahren gestorben." ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 8. Oktober 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/133): >>8. Oktober 1953. Und die Glocke in Friedland läutet zu jedem Transport, der da Menschen aus der russischen Steppe oder den unendlichen Wäldern des Ostens bringt, deutsche Menschen, aber auch Angehörige anderer Nationen. Darunter einen der jüngsten Heimkehrer, jetzt 21 Jahre, mit 13 Jahren in Ostpreußen gefangengenommen und in das Innere Rußlands verschlagen. Zusammen mit einem der ältesten Gefangenen, einem 83jährigen General.

Die Glocke läutet für sie alle ...

Hoffentlich läutet sie bald für den Letzten, der da zurückkommen soll.<<

Bundeskanzlers Konrad Adenauer bildete nach seiner Wiederwahl am 20. Oktober 1953 eine Koalitionsregierung aus CDU/CSU, FDP und BHE.

Die "Nachrichten aus der Rumänischen Volksrepublik" begrüßten das Dekret Nr. 444/1953 vom 28. Oktober 1953 "über die Übergabe von Reserveländereien an die Kolchosen zur ewigen Nutzung ..." und vermerkten dazu (x007/109E): >>Die Zahl der deutschen Kollektivbauern nimmt ständig zu. Immer mehr deutsche Kleinbauern und landlose Bauern befreien sich von den alten Anschauungen ... und sehen ein, daß der einzige Weg, der zu Glück und Wohlstand führt, der Weg der Kollektivwirtschaften ist.

Die Partei und Regierung kommen diesen werktätigen Bauern hilfsbereit entgegen und ermöglichen ihnen in vielen Fällen, den Kollektivwirtschaften ohne Grundbesitz beizutreten. ...<<

Nach der "Verordnung über die Ausgabe von Personalausweisen der DDR" vom 29. Oktober 1953 mußten Personen, die die "DDR" vorübergehend verlassen, ihren Ausweis bei der Volkspolizei abgeben.

Für die Nichtabgabe konnte gemäß § 10 der Verordnung eine Gefängnisstrafe bis zu 3 Jahren und Geldstrafe verhängt werden.

Das Oberste Gericht der autonomen Provinz Wojwodina hob am 17. November 1953 die Entscheidung des Bezirksgerichts Sombor vom 28. Juli 1951 wegen unrichtiger Auslegung des Enteignungsgesetzes mit folgender Begründung auf (x006/630-631): >>Nach den Vorschriften des Art. 1 Punkt 2 des Beschlusses vom 21. November 1944 über den Übergang von Feindvermögen in das Eigentum des Staates usw. und Art. 1 Punkt 2 seiner abgeänderten Fassung im Gesetz vom 31. Juli 1946 über den Übergang von Feindvermögen in das Eigentum des Staates und über die Sequestration des Vermögens abwesender Personen ist das Vermögen von Personen deutscher Volkszugehörigkeit, ohne Rücksicht auf deren Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsort, in das Eigentum der FNRJ schon am 6. Februar 1945 übergegangen, als der Beschluß in Kraft getreten war; die Durchführung der Konfiskation des Vermögens von Personen deutscher Volkszugehörigkeit beruht auf diesem Gesetz, das noch in Kraft ist, "so daß das in Frage stehende Vermögen im Sinne des Gesetzes schon mit dem 6. Februar 1945 als konfisziert zu betrachten ist, während die Durchführung dieser Konfiskation erst heute vollzogen wird".

Auf Grund dieser Entscheidung des Obersten Gerichts der APV ging im Jahre 1954 erneut eine neue Konfiszierungsstufe durch die Wojwodina. Dabei kam es auch zu erneuter Überprüfung der Fälle, wo die Befreiung von der Enteignung bzw. die Rückerstattung des Vermö-

gens von Personen deutscher Volkszugehörigkeit mit den Ausnahmebestimmungen nach Art. 1 Punkt 2 a-e begründet war.<<

Die SED-Regierung stimmte am 21. November 1953 der Abschaffung von Interzonenausweisen zu, stellte aber für jeden Reisenden Interimsausweise (Personalbescheinigungen) aus.

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 21. November 1953 (x095/163-166): >>... Die Wiederaufrichtung Preußens verlangt kein irgendwie maßgebender vernünftiger Mensch.

Die Ausführungen des Herrn Mende (1916-1998, 1945 Mitbegründer der FDP, 1949-1980 Mitglied des Bundestages) sind das Produkt eines politisch nicht gereiften Menschen. ...

In Wirklichkeit – ich glaube, ich brauche das Ihnen wohl gar nicht zu sagen – ist Frankreich keine europäische Großmacht mehr und wird von den beiden anderen nur mitgenommen. Es kann erst wieder zu Bedeutung kommen, wenn es in die europäische Gemeinschaft hineingeht und in ihr sich wieder seiner Kraft bewußt wird. Ich bitte Sie, auch zu bedenken, daß die Lösung der Saarfrage in französischem Sinne ein großes, sehr großes Opfer bedeuten würde. Es wird großer Schwierigkeiten bedürfen, eine Lösung, die vom deutschen Volke akzeptiert wird, zu finden.

Wenn die EVG und damit die europäische Gemeinschaft nicht zustande kommt, fürchte ich einen sehr bösen Rückschlag in der psychologischen Haltung des deutschen Volkes.

Ich bin ehrlich erschrocken darüber, wie stark die Stimmung in Frankreich seit den Tagen Schumans, insbesondere seit 1950, sich geändert hat. Ich glaube, das ist darauf zurückzuführen, daß seit 1950 das deutsche Volk wieder erstarrt ist. ...<<

Der Zentralverband der vertriebenen Deutschen kritisierte am 15. Dezember 1953 die französische Außenpolitik (x155/43): >>Französische Parlamentarier, die in der letzten Woche unter Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Daladier eine mehrtägige Reise durch Polen und die von Polen besetzten deutschen Ostgebiete machten, haben erklärt:

"Die Oder-Neiße-Linie stelle eine natürliche Grenze des Landes dar. Sie sei eine echte Demarkationslinie des Friedens. Alle Bemühungen um eine Entspannung der Beziehungen zwischen Ost und West seien zum Scheitern verurteilt, solange sich der Westen nicht entschließen könne, die Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Linie anzuerkennen. Falls die Deutschen die Oder überschreiten würden, bedeute dies den Krieg."

Die Vertriebenen haben im Sinne ihrer Charta immer wieder betont, daß sie einen Krieg zur Wiedereroberung ihrer Heimat nicht wollen. Unantastbar ist für die Vertriebenen jedoch das Recht auf die angestammte Heimat. Es gehört zu den Grundrechten der Menschen, zu deren Hütern sich gerade die französische Nation berufen fühlt.

Jede Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als sog. Friedensgrenze ist deshalb gleichbedeutend mit der Anerkennung von Unrecht und Gewalt.

Niemals werden die Vertriebenen einer Festlegung der ostdeutschen Grenze zustimmen, die ohne Rücksicht auf den völkerrechtlich gültigen Gebietsstand einer Regelung im künftigen Friedensvertrag vorgreift. ...

Auch für die Lösung des deutsch-polnischen Problems gilt das Wort Abraham Lincolns: "Nichts ist geregelt, solange es nicht geregelt ist."<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 30. Dezember 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/133): >>30. Dezember 1953. In Wattejacken, Lammfellmützen auf den Köpfen, holzbesohlte Stiefel an den Füßen, aber strahlende, überglückliche Augen brachten die Omnibusse von der Zonengrenze in Herleshausen 60 Frauen aus Rußland mit. Frauen, die z.T. fast 10 Jahre in Gefangenschaft waren.

Sie wurden von Kopf bis Fuß neu eingekleidet, warfen übermütig ihre asiatischen Kopfbedeckungen in die Luft, fingen sie wieder auf, freuten sich unendlich, Kleider, Blusen und Röcke, richtige Frauenschuhe zu erhalten, stolzierten zunächst noch etwas unsicher und ungewohnt darin umher, verwandelten sich aber bald wieder in "Menschen wie du und ich".

Das neue Jahr soll auch für sie ein neues Leben bringen.

Wie sagte eine von ihnen? "Ich werfe hier alles, was ich mitgebracht habe, fort. Auch die Erinnerung. Ab morgen bin ich wieder "Fräulein", gehe umher wie jede andere, lasse mich frisieren, schlage in Modejournalen nach und tue so, als ob nichts gewesen wäre."

Ob sie es tatsächlich fertigbringen wird? 8 furchtbare, entsetzliche Jahre einfach abzustreifen, beiseitezulegen, aus dem Gedächtnis zu streichen? ...<<

Die Sowjets gaben am 31. Dezember 1953 die sog. SAG-Betriebe (Sowjetische Aktiengesellschaften) an das SED-Regime zurück.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Sowjetischen Aktiengesellschaften" (SAG) in der SBZ (x009/397): >>... Die Nettogewinne der SAG-Betriebe (außer Uranbergbau) in den Jahren 1946-1953 werden auf etwa 3,5 Milliarden Mark geschätzt. Die "Rückgabe" in deutsche Verwaltung am 31.12.1953 war praktisch ein Rückkauf durch die Sowjetzonenregierung; der Kaufpreis hat mindestens 3,5 Milliarden Mark betragen. –

Über alle diese Entnahmen der Sowjetunion aus den SAG-Betrieben liegen weder von sowjetischer noch von sowjetzoner Seite irgendwelche Abrechnungen vor. Die Beschlagnahme und Nutzung der deutschen Betriebe durch die Sowjets ist eines der trübsten Kapitel der sowjetischen Besatzungspolitik.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Sowjetischen Handelsgesellschaften" in der SBZ (x009/397): >>Seit 1946 in der SBZ bestehende sowjetische Gesellschaften.

Ihre Hauptaufgabe war der Ankauf von Erzeugnissen sowjetzoner SAG-Betriebe und der Export dieser Güter in Länder des Sowjetblocks oder des westlichen Auslandes. Bei den sowjetischen Handelsgesellschaften handelte es sich teils um Filialen Moskauer Handelsgesellschaften in der Zone, ... teils um sog. deutsch-russische Gesellschaften, ... teils um direkte Organe der sowjetischen Besatzungsmacht, wie die Wirtschaftsverwaltung der sowjetischen Besatzungstruppen (GSOW).

Inzwischen wurden einige sowjetische Handelsgesellschaften aufgelöst. Ihre Aufgaben übertrug man sowjetzonalen Stellen. Bis 1953 spielten die Sowjetischen Handelsgesellschaften infolge ihrer privilegierten Stelle eine bedeutende Rolle im Wirtschaftsleben der Zone. Die sowjetzonalen Produktionsbetriebe mußten Aufträge der sowjetischen Handelsgesellschaften mit Vorrang vor deutschem Bedarf ausführen.

Die sowjetischen Handelsgesellschaften waren bis Ende 1953 auch im Veredelungsverkehr eingeschaltet; sie führten aus dem Ausland oder aus der Bundesrepublik Rohstoffe ein, die nach der Verarbeitung die SBZ wieder verließen. Als Veredelungsentgelt verblieben den Betrieben gewisse Prozentsätze des eingeführten Rohstoffes, die jedoch meistens ebenfalls nach Anweisungen der sowjetischen Handelsgesellschaften zur Fertigung von Waren für sowjetische Rechnung verwendet werden mußten.

Die Lieferwerke in der SBZ erfuhren in keinem Falle, welche Erlöse mit ihren Gütern erzielt wurden. Sie erhielten lediglich Gutschriften nach den 1944er Stopp-Preisen in Deutscher Mark Ost.

Der Export von Erzeugnissen der SBZ stellte für die Sowjets eine der ergiebigsten Quellen der Bereicherung dar. Seit Anfang 1954 wickeln die Sowjetischen Handelsgesellschaften ihre Geschäfte nicht mehr mit den Herstellbetrieben, sondern über die sowjetzonalen Außenhandelsorgane ab.<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 31. Dezember 1953 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/133-134): >>Diese kalte Silvesternacht am Ende des alten Jahres unter der Friedensglocke in Friedland werde ich nie vergessen.

Während ringsum im weiten Land der Abschied des Jahres 1953 in den Gaststätten und Häu-

ern gefeiert wurde, standen genau zur gleichen Stunde in Friedland Männer mit Tränen in den Augen, heimgekehrt aus langer Gefangenschaft, und sangen aus übervollem Herzen: "Nun danket alle Gott".

... Zu ihrer Begrüßung sprach in einer eindrucksvollen, nächtlichen Feierstunde, nebst Vertretern der Regierung, Landesbischof Dr. D. Lilje von der Hannoverschen Landeskirche für die geistlichen Würdenträger beider Konfessionen.

"Dieses ist eine unvergeßliche Silvesternacht", sagte der Bischof. "Die allmächtige Hand, die jeden von Euch hierher geführt hat, wird Euch auch in kommenden Jahren weiterführen."

Tränen der Ergriffenheit standen den Heimkehrern, Internierten, Frauen und Männern, Zuschauern und auch den offiziellen Gästen in den Augen, als der Bischof zum Schluß alle aufforderte, mit ihm gemeinsam das "Vater unser" zu beten.

Tausende erlebten diese Feierstunde an den Lautsprechern mit.

806 Heimkehrer versuchten noch rechtzeitig im alten Jahr nach Friedland zu kommen. Sie überquerten, bevor die Glocken das neue Jahr einzuläuten begannen, zu Fuß in kleinen Gruppen die Zonengrenze bei Herleshausen und hörten dort durch den Rundfunk die Übertragung der Sylvesterfeier in Friedland. Alle blieben stehen, lauschten und sangen dann mit dem Posaunenchor der Göttinger Stadtkantorei das alte Lied "Lobe den Herren ..."

Keiner der vielen Menschen, die an die Zonengrenze geeilt waren, um die Heimkehrer zu begrüßen und vielleicht Angehörige unter ihnen zu finden, rührte sich während dieser Übertragung vom Fleck. ...

Für einen von den 806 wurde die Silvesternacht zur Todesnacht. Auf der Fahrt von der Zonengrenze bis nach Friedland erteilte ihn der Tod durch Herzschlag. ...<<

Ende 1953 war die "BILD-Zeitung" mit einer Auflage von über 6.000.000 Exemplaren die auflagenstärkste deutsche Tageszeitung (x175/477).

Ein deutscher Heimkehrer schrieb Ende 1953 über die Zustände in den letzten sowjetischen Kriegsgefangenenlagern (x130/359): >>... Man muß diese Armee des Elends gesehen haben. Körperlich ruiniert durch Jahre und Jahrzehnte unter barbarischen Bedingungen in Haft, schlecht gekleidet, zahnlos, in überfüllten Baracken zusammengepfercht, tuberkulös, herzkrank, jede Woche werden einige von ihnen in der Tundra verscharrt.<<

Im Jahre 1953 flohen 331.390 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

Im Jahre 1953 wurden noch immer 200.000 deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in Lagern untergebracht. Weitere 750.000 lebten in Notwohnungen. Die restlichen 7 Millionen Vertriebenen besaßen "Normalwohnungen", 2/3 von ihnen waren Untermieter (x038/481-482).

Nach Abschluß der Verteilung von Grund und Boden an die chinesischen Bauern begann im Jahre 1953 die maoistische Kollektivierungspolitik.

Der chinesische Parteiführer Mao Tse-tung berichtete im Jahre 1953 über die Zukunft Chinas und der Kommunistischen Parteien (x069/198): >>... Bis 1960 wird die militärische, wirtschaftliche und industrielle Macht Chinas so weit entwickelt sein, daß die herrschende Clique Japans auf eine bloße Machtdemonstration der Sowjetunion und Chinas hin kapitulieren wird. Unmittelbar darauf wird auch Indien fallen. Ist einmal Indien gewonnen, so lassen sich die Probleme mit den Philippinen und den arabischen Ländern mit Leichtigkeit lösen. Diese Aufgabe kann 1965 vollbracht sein.

Eine revolutionäre Welle wird dann über den afrikanischen Kontinent hinweggehen. Diese mächtige Bewegung ließe sich vielleicht noch früher auslösen.

Sind Asien und Afrika einmal von den kapitalistischen Ländern Europas getrennt, so wird Europa einen totalen wirtschaftlichen Zusammenbruch erleben. Seine Kapitulation wäre nicht mehr als die Folge aus den vorangegangenen Ereignissen, und schließlich würde die Weltrevolution vollendet durch die Kapitulation der Neuen Welt.<<

1954

In einigen Zweigen der "volkseigenen" DDR-Wirtschaft wurde ab 1. Januar 1954 zunächst versuchsweise die Produktions- und Dienstleistungsabgabe nach dem Vorbild der sowjetischen "differenzierten Umsatzsteuer" eingeführt. Sie trat an die Stelle der Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Umsatzsteuer, Beförderungssteuer und der Verbrauchsabgaben.

Die sowjetische Wismut-AG (Uranbergbau in der SBZ) wurde ab 1. Januar 1954 in eine deutsch-sowjetische Aktiengesellschaft umgewandelt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Uranbergbau" in der SBZ (x009/449): >>Der Uranbergbau in der SBZ wird von der sowjetischen Wismut-AG, seit 1.1.1954 angeblich zu einer deutsch-sowjetischen Aktiengesellschaft umgewandelt, betrieben.

Die Sowjets schufen damit ein völkerrechtliches Novum, da erstmalig die Siegermacht eines Krieges ohne Fühlungnahme mit früheren Verbündeten nach eigenem Ermessen in dem von ihr besetzten Gebiet die Bodenschätze als Reparationsleistung ausbeutet. ...

Die Hauptverwaltung Wismut-AG in Siegmarschönau bei Chemnitz (Sachsen) untersteht direkt sowjetischen Stellen in Moskau. Auch die Umfirmierung der Wismut-AG in eine sog. "deutsch-sowjetische Gesellschaft" 1954 hat nichts daran geändert, daß es sich um ein rein sowjetisches Unternehmen handelt.

... Die Wismut-AG hat seit 1946 systematisch allen Boden der SBZ, der irgendein Uranvorkommen vermuten ließ, durch sog. "Geologenbrigaden" nach Uranvorkommen untersucht. Nach vergeblichen Schürfungen im Harz und im Zittauer Gebirge, die 1951/52 wieder eingestellt wurden, konzentriert sich der Uranbergbau gegenwärtig auf folgende Gebiete:

1. Erzgebirge und Vogtland mit Hauptzentren um Johanngeorgenstadt, Falkenstein und Schneeberg;
2. Thüringen mit Hauptzentrum Ronneburg.

Nach zuverlässigen Schätzungen betrug der Beschäftigungsgrad bei der Wismut-AG im Herbst 1951 etwa 225.000. Diese Zahl entsprach rund 10 % aller Beschäftigten in Industrie und Bergbau der SBZ. Gegenwärtig dürften noch immer etwa 140.000 Arbeitnehmer tätig sein. Die Ausbeutungsergebnisse des Uranbergbaus werden streng geheimgehalten. –

SED und FDGB unterstützen die Anwerbung deutscher Arbeitskräfte für den sowjetischen Uranbergbau. Trotz der Lohnkürzung seit Mitte Mai 1950 werden im Uranbergbau noch relativ hohe Löhne gezahlt. Sie stehen jedoch in keinem Verhältnis zu den geforderten Leistungen.

Art und Höhe der Finanzierung liegen völlig im dunkeln, da weder aus dem Staatshaushalt noch aus Unterlagen der Planungsstellen offene Angaben ersichtlich sind. Rückschlüsse aus der wechselnden Zahl der Beschäftigten und den im Erzbergbau allgemein üblichen Kosten ergeben allein für 1946 bis 1953 einen Gesamtaufwand von 7,75 Milliarden Mark. ... Die Ausbeute ist, besonders im Erzgebirge, in den letzten Jahren zurückgegangen. Trotzdem - so wird von Fachleuten geschätzt - dürfte vielleicht erst wenig mehr als die Hälfte der Uranvorräte abgebaut sein. Die Vorräte im Raum Ronneburg sollen, bisherigen Personalbestand vorausgesetzt, eine Abbautätigkeit von etwa 15 Jahren ermöglichen.<<

Walter Müller-Bringmann berichtete am 3. Januar 1954 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/134-136): >>3. Januar 1954. Der Bundeskanzler besuchte Friedland, hielt eine Ansprache an die Heimkehrer, sprach mit ihnen und ließ sich zu den Kranken und Schwachen in den Sanitätsunterkünften führen.

Täglich gehen bei der Lagerleitung bis zu 4.000 Anfragen nach dem Schicksal ehemaliger deutscher Soldaten ein, die irgendwo noch in Kriegsgefangenschaft sein sollen ...

Lagerleiter Dr. Freßen ... sagte zu mir: "Das Schönste an diesem Lager ist der Geist aller, die dabei helfen, den Entlassenen die ersten Stunden in der Heimat nicht unnötig durch die un-

vermeidliche Schreibearbeit zu erschweren, ihnen den Aufenthalt bei uns so angenehm zu machen, daß sich jeder gern an Friedland erinnert.

Dieser Geist der Uneigennützigkeit, des Dienstes am Ärmsten, der unaufdringlichen Betreuung, des guten Herzens, des persönlichen Opfers – dieser Geist ist seit der Gründung dieses Lagers hier zu Hause. Es ist schön, mit solchen Menschen im Interesse der Sache arbeiten zu können."<<

Die SED gründete am 7. Januar 1954 das "Ministerium für Kultur".

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Sprache" in der SBZ (x009/414-415): >>Unter dem Eindruck des Parteiorgans verändert sich die Schrift- und Umgangssprache der SBZ in einer Weise, die noch kaum untersucht wurde, hüben wie drüben aber von vielen Menschen als Symptom des Auseinanderlebens und der Entfremdung deutlich empfunden wird. ...

Das Weltanschauungsmonopol des Marxismus-Leninismus und dessen behauptete Wissenschaftlichkeit, die Ansprüche der Zentralverwaltungswirtschaft (Produktionssteigerung, Plan-Disziplin, Erreichung des "Weltniveaus"), der militante Stil des Klassen- und Friedenskampfes, die bewußte Anlehnung an die Sowjetunion - all das durchsetzt auf dem Wege über die Presse, Fachliteratur, Rundfunk, Schule, Schulung und kulturelle Massenarbeit, ja, selbst über Literatur, Theater, Kabarett das öffentliche und private Leben mit Elementen der pseudo-philosophischen, politökonomischen, militärischen Fachsprache.

Der Glaube an die Machbarkeit aller Dinge bestimmt (wie beim Nationalsozialismus) den Habitus des gesprochenen und geschriebenen Wortes; der ideologische Bruch der Doktrin (der Überbau hilft der Basis, Marxismus-Leninismus) nötigt zu sprachlichen Camouflagen (Tarnungen), ... der arglistigen Täuschung politisch Unerfahrener oder Schwankender dienen die Sinnverschiebungen bei Schlüsselbegriffen wie Demokratie, Freiheit, Frieden, Gesetzmäßigkeit, Mitbestimmung, Sozialismus, Wahlen usw., der Kampf gegen den "Klassenfeind", vor allem aber die Auseinandersetzung mit den ideologischen Abweichungen haben ganze Arsenale von Schimpf- und Schmähwörtern entstehen lassen, die für den Nichtkommunisten vielfach unverständlich sind (Objektivist, Praktizist, Versöhnler u.a.); Journalisten, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, aber auch Lehrer passen sich unter Zwang, den ideologischen Weisungen und Losungen der SED prompt zu folgen, oft auch unfähig zu selbständigem Denken und eigenem Ausdruck (oder deren Gefahren meidend) der Sprache der jeweils maßgebenden Parteigrößen an, und Nichtkommunisten folgten ihnen darin, entweder um sich zu tarnen, oder um das "Partei-Chinesisch", nur dem Ohr von Gleichgesinnten vernehmbar, ad absurdum zu führen.

Die Verflüchtigung der Sprache ist auch in der SBZ beobachtet und von einigen Einsichtigen (Becker, Klemperer, Weiskopf, Zweig) kritisch und warnend behandelt worden, doch wurden die spezifisch "gesellschaftlichen" Ursachen von ihnen begreiflicherweise übersehen.

Der Spracherziehung dient, unter Wahrung der Tabus und mit klassenkämpferischen Einschlägen, die unter Mitwirkung der Redaktion des sowjetzonalen "DUDEN" ... herausgegebene Monatsschrift "Sprachpflege". ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den "Parteiorgans" in der SBZ (x009/320): >>Zunächst die Fach- oder Sondersprache der SED und ihrer Apparatschiks, im Wortschatz, gelegentlich auch im Satzbau beeinflusst von der Sprache der geistigen Väter ...

Da die gesamte Literatur vom Flugblatt bis zum Dichtwerk, von der Fibel bis zum wissenschaftlichen Kompendium mit Ideologie und Politökonomie durchsetzt ist, breiten sich die Elemente des Parteiorgans sowohl in der Umgangssprache wie in der Schriftsprache aus, der in Diktaturen unvermeidliche extreme Konformismus, andererseits das Tarnungsbedürfnis der Oppositionellen oder "Abseitsstehenden" fördern diese Ausbreitung, mit der sich die Sprache

der SBZ schließlich qualitativ verändert und von der unseren (in Westdeutschland) fortentwickelt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Zensur" in der SBZ (x009/499): >>Nach dem Wortlaut der Verfassung findet in der SBZ "Pressezensur nicht statt", sind "die Kunst der Wissenschaft und ihre Lehre frei".

Vor- und Nachzensur durch die SMAD wurden von 1947 bis 1949 nach und nach aufgehoben, und die Kontrollfunktionen gingen auf deutsche, durchweg mit linientreuen Kommunisten besetzte Organe über.

Wie im Dritten Reich und in vielen anderen "modernen" totalitären Systemen wird mit den Methoden der Lizenzierung von Zeitungen und Zeitschriften, der Nachrichtenpolitik, der Zulassung, Anleitung und Kontrolle von Verlagen, Lektoren, Redakteuren Kulturschaffenden seitdem eine sehr wirksame Zensur ausgeübt; es werden also im allgemeinen nicht Konzepte oder Manuskripte, sondern Menschen zensiert, korrigiert und unter Umständen auch unterdrückt. Immerhin sind auch zahlreiche Fälle bekannt, in denen ausgedruckte Bücher, Zeitschriften- oder Zeitungsausgaben vor oder während der Auslieferung zurückgezogen und vernichtet oder abgeändert werden mußten.

Die Zensur der Presse funktioniert im allgemeinen so, daß Zeitungen vom Presseamt beim Ministerpräsidenten, Zeitschriften vom Ministerium für Kultur zensiert sein müssen (seit der Errichtung der DDR ist keine einzige Zeitung mehr lizenziert worden) und keine anderen Nachrichten als die des ADN bringen dürfen; die Post befördert nur periodische Druckerzeugnisse, die in der Postzeitungsliste enthalten sind; alle Druckerzeugnisse bis hinunter zu den Briefbögen und Familienanzeigen müssen vor dem Druck (aus Gründen der Papierwirtschaft) zur Genehmigung vorgelegt werden; die Genehmigung wird versagt, wenn sie nicht "den Grundsätzen des sozialistischen Aufbaus sowie den kulturpolitischen Erfordernissen" entsprechen.

Schließlich wird häufig eine Nachzensur in der Form der öffentlichen Kritik und Selbstkritik geübt, die durch gelenkte "spontane" Mißfallensäußerungen der Werktätigen erzwungen oder unterstützt werden kann und bis zum Widerruf selbst wissenschaftlicher Arbeiten führt.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Russifizierung" in der SBZ (x009/374): >>In der SBZ die von der Besatzungsmacht und der SED systematisch betriebene Förderung des Vordringens russischer Kulturgüter, am eindrucksvollsten dokumentiert in den Lehrplänen und Lehrbüchern aller Schulgattungen, aber auch im Kunst- und Musikleben, auf dem Büchermarkt, in der Architektur, ja selbst in der Technik überall nachweisbar.

Russifizierung darf nicht mit Sowjetisierung verwechselt werden, geht aber Hand in Hand, indem nur solche russischen Kulturleistungen herausgestellt werden, die als "fortschrittlich" im bolschewistischen Sinne gelten oder entsprechend zurechtgemacht sind.

Da das derart verbreitete Bild vom Russentum mit der geschichtlichen Wahrheit nicht übereinstimmt, kann auch nur mit Einschränkung von echter Russifizierung gesprochen werden. ...<<

Die Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung der sudetendeutschen Interessen berichtete am 28. Januar 1954, daß bei der Vertreibung über 300.000 Sudetendeutsche umgekommen sind.

Von den überlebenden 3 Millionen Sudetendeutschen lebten etwa 1,9 Millionen in der Bundesrepublik Deutschland (x159/35).

Die Sowjetunion gab am 25. März 1954 eine Souveränitätserklärung für die "DDR" ab, aber die DDR blieb weiterhin von der Sowjetunion abhängig (x009/66).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Souveränität" der DDR (x009/395-396): >>Den Anspruch auf Souveränität erhebt die SBZ seit dem 25.3.1954, seit ihr die Sowjetunion die Souveränität zusprach. ...

"Die DDR ist ein souveräner Staat, der frei nach eigenem Ermessen über seine internen und äußeren Angelegenheiten entscheidet, ohne die Rechte anderer Staaten und die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts zu verletzen. Durch die allseitige Mitarbeit der Bevölkerung an allen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben, durch ihre Einflußnahme auf die Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz ist in der DDR auch zum erstenmal in der Geschichte Deutschlands die Volkssouveränität verwirklicht." –

Von einer echten demokratischen Rechtfertigung ihrer angemessenen Souveränität durch freie, geheime, unmittelbare Mehrlisten-Volkswahlen wagt das Regime der SBZ nicht zu sprechen. ...<<

Die rumänischen Arbeitslager für den Bau des Donau-Schwarzmeer-Kanals wurden am 31. März 1954 allmählich aufgelöst.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtete später über den Bau des Donau-Schwarzmeer-Kanals (x007/236): >>Die im Jahre 1949 begonnenen Arbeiten an dem Regierungsprojekt des Donau-Schwarzmeer-Kanals wurden fast ausschließlich von Zwangsarbeitern und Häftlingen verrichtet, die in mindestens acht Lagern unter zum Teil unerträglichen Lebensbedingungen untergebracht waren.

Unter diesen Zwangsarbeitern befanden sich auch zahlreiche Volksdeutsche, die wegen unerlaubten Grenzübertritts und anderer Delikte verurteilt oder ohne gerichtliches Urteil zur Arbeit verpflichtet worden waren. Die Verlustziffern waren sehr hoch. Die Arbeiten wurden im Jahre 1953/54 eingestellt.<<

Der Bundestag lehnte den Souveränitätsanspruch der "DDR" am 7. April 1954 einstimmig ab (x156/7): >>Der Deutsche Bundestag erklärt, daß das deutsche Volk sich niemals mit der Spaltung Deutschlands abfinden und die Existenz zweier deutscher Staaten hinnehmen wird. Er wiederholt die Feststellung, daß das kommunistische Regime in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands nur durch Gewalt existiert und keine Vertretung des deutschen Volkes ist. Die Bundesregierung als einzige demokratisch und frei gewählte deutsche Regierung ist allein berechtigt, für alle Deutschen zu sprechen.

An dieser oft bekundeten Stellungnahme hat sich durch die Erklärung der Regierung der Sowjetunion vom 25. März 1954 nichts geändert.<<

Innenminister Willi Stoph, Chef der KVP, erklärte am 14. April 1954, daß er es für erforderlich hält, "... den Ungeist des Pazifismus ... entschieden zu bekämpfen" (x009/290).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Militärpolitik" der DDR (x009/290): >>Die SED konnte es damals noch nicht wagen, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, obgleich diese zu den grundsätzlichen Forderungen marxistisch-leninistischer Militärpolitik gehört.

Die Propaganda für die Militärpolitik stößt weiterhin auf den Widerwillen der Bevölkerung ...<<

Der Zentralverband der vertriebenen Deutschen forderte am 24. April 1954 die Wiedervereinigung des Landes (x155/45): >>Die Wiedervereinigung Deutschlands muß in Zukunft das erste und oberste Ziel der deutschen Politik sein. ...

Dem ersten Schritt, der Vereinigung von Bundesrepublik und Sowjetzone, muß die Rückgabe der Heimat an die Vertriebenen nachfolgen.

Die Bundesregierung hat die Aufgabe, das Unrecht der Vertreibung und den Anspruch der Vertriebenen auf Wiedergutmachung klarer und energischer als bisher im Bewußtsein des deutschen Volkes und der ganzen Welt wachzuhalten und zu verteidigen.

Jeder Deutsche ist aufgerufen, für die friedliche Erreichung dieses Zieles mit ganzer Kraft einzutreten.<<

Der Zentralverband der vertriebenen Deutschen kritisierte ferner die Regelung der "Saarfrage" (x155/45): >>Die Saar ist ein Bestandteil des Deutschen Reiches genauso wie die reichsdeut-

schen Vertreibungsgebiete östlich der Oder-Neiße. ...

Die Vertriebenen bestehen darauf, daß deutsche Rechte auf die Saar nicht preisgegeben werden. Eine Europäisierung der Saar ist nur möglich im Zuge einer gesamteuropäischen Entwicklung. ...<<

Die SED-Regierung begann am 6. Mai 1954 mit einer Ferienaktion für westdeutsche Kinder.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Ferienaktion" in der SBZ (x009/126): >>Die SED, die Staatsbehörden, die FDJ samt ihrer "Pionierorganisation Ernst Thälmann" und der FDGB veranstalten alljährlich große Ferienlager für Schüler und andere Jugendliche.

Für diese Lager in Zelten, Baracken und Heimen wenden SED, Staat und Massenorganisationen viele Millionen auf.

In der "Anordnung über die Gestaltung froher Ferientage für alle Kinder in der DDR" vom 4.3.1957 heißt es: "Die Kinderferiengestaltung ... dient vor allem der Erholung der Kinder und trägt zur sozialistischen Erziehung bei." Der "Einfluß der Arbeiterklasse" soll gesichert werden, unterstützt durch "die Tätigkeit der FDJ" und der "Pionierorganisation Ernst Thälmann". § 4 bestimmt: "Der zentrale Ausschuß für Kinderferiengestaltung ist für die Anleitung und Kontrolle der Kinderferiengestaltung verantwortlich." Er wird gelenkt vom Amt für Jugendfragen, das dem Ministerium für Volksbildung untersteht.

Mit dieser Propagandaeinrichtung sucht die SED seit 1954 (mit Hilfe ihrer Tarnorganisationen) auch Kinder aus der Bundesrepublik zu erfassen. Dafür warb, im Auftrag des Amtes für Jugendfragen, die Organisation "Frohe Ferien für alle Kinder" (in Düsseldorf), die am 1.7.1961 in der Bundesrepublik als verfassungswidrig verboten wurde. ...<<

Die französischen Truppen der Festung Dien Bien Phu kapitulierten am 7. Mai 1954. Damit ging der letzte französische Stützpunkt verloren. Frankreichs Kolonialherrschaft in Indochina wurde dadurch endgültig beendet.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schrieb später über die politische Entwicklung Vietnams (x192/457): >>... In Indochina, das wieder seinen alten Namen Vietnam erhielt, endete ein Befreiungskrieg 1954 mit der Niederlage der Franzosen bei Dien Bien Phu; auch hier wurde das Land (wie in Korea) in einen kommunistischen Norden und einen kapitalistischen Süden geteilt.

Als der kommunistische Norden ab 1957 Übergriffe gegen den Süden startete, erhielt dieser von den USA Militärhilfe. Im Verlauf der sechziger Jahre schlitterte Amerika in einen langen und mit größter Brutalität geführten Krieg, in dem es eine halbe Million Soldaten einsetzte, um "den Vormarsch des Kommunismus zu stoppen". ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über das politische Schicksal Vietnams (x068/331-332): >> Vietnam, das "Land des Südens", an der Ost- und Südküste Hinterindiens gelegen, ging aus dem Bestand von Französisch-Indochina während der japanischen Besetzung im Zweiten Weltkrieg hervor. Die erst nationalistische, dann kommunistische Bewegung der Viet Minh befreite durch ihre Revolution 1945 große Landesteile von den Besatzern und der mit diesen verbündeten französischen Administration.

Am 2. September konstituierte sich die Demokratische Republik Vietnam unter Präsident Ho Chi Minh, bereits gegen Mitte dieses Monats aber setzte der Gegenangriff der Franzosen ein, unterstützt von Großbritannien, Nationalchina und den USA, die ab 1950 die Kriegskosten Frankreichs bis zu 80 % finanzierten. Nach schweren Verlusten wird der immer blutigere Formen annehmende Indochinakrieg 1954 durch die Genfer Ostasienkonferenz beendet. Vietnam bricht - man erinnere sich an Korea - in zwei Teile auseinander, wobei Süd-Vietnam unter das Regiment von Ngo Dinh Diem gerät.

Diem hatte sich von 1950 bis 1953 als Laienbruder in einem katholischen Kloster der USA

auf seine Helden- und schließlich Märtyrerrolle vorbereitet. Von kirchlichen und politischen Kreisen empfohlen, wird er 1954 Ministerpräsident, 1955 Staatspräsident Süd-Vietnams. Er schenkt jetzt, gut katholisch, sämtliche Schlüsselpositionen der eigenen Familie zu; sein Bruder Monsignore Pierre Ngo Dinh Thuc, der Erzbischof von Hue, flüchtet später nach Rom. Er selbst, dem Vize-Präsident Johnson "bewundernswerte Qualitäten" attestiert, "aber wenig Kontakt zur Bevölkerung" (da er sie schamlos ausbeutete), wird viele Jahre von den USA gestützt und hochgehalten.

Allmählich aber kompromittieren diese die terroristischen Exzesse, die Konzentrationslager, Kerker, Menschenjagden des einstigen Klosterbruders derart vor der ganzen Welt, daß Präsident Kennedy die Ermordung des südvietnamesischen Regierungschefs - sie erfolgt am 1. November 1963, drei Wochen vor seiner eigenen - zumindest absegnet, wenn nicht, wie oft behauptet, selbst befiehlt.

Schon Eisenhower hatte Diem die Unterstützung seiner Regierung versprochen "beim Aufbau" gegen alle "Subversion oder Aggression" der bösen Kommunisten. Und schickte ihm auch Jahr für Jahr durchschnittlich 300 Millionen Dollar zur Stärkung.

Noch mehr aber engagierte sich Nachfolger Kennedy, den das Vietnam-Problem zuletzt mehr als alles andere in Asien beschäftigt hat, ja, er heizte das Feuer dieses Krieges mehr als jeder andere an, und seine nächste Umgebung schürte es mit.

Vizepräsident Johnson (in Vietnam, Formosa, Thailand im Frühjahr 1961) war voller Optimismus, empfahl die Stabilisierung der Lage, ein massives Engagement, lasse sich da doch überall "ein gesundes System" schaffen, um "der kommunistischen Flut zu widerstehen und sie zurückzudrängen".

Und auch für Verteidigungsminister Robert McNamara, von Kennedy besonders geschätzt, deutete bei seiner Vietnam-Visite 1962 alles darauf hin, "daß wir diesen Krieg gewinnen."

So schickte bereits Kennedy ganze Scharen von "Militärberatern" - man spricht von 20.000 - nach Süd-Vietnam, darunter viele Veteranen aus dem Korea-Krieg, dazu "die Waffen des modernen Krieges, von der Schreibmaschine bis zum Hubschrauber" (Schlesinger). Und natürlich kämpften diese Berater bereits mit der südvietnamesischen Armee. ...<<

Die Bundesregierung verkündete am 26. Mai 1954 das Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1954 (x182/219): >>... Von den Ausgaben in Höhe von 24,2 Milliarden DM entfallen 31,9 % auf Sozialleistungen und 33,2 % auf Besatzungskosten.<<

Ein US-Gericht der Alliierten Hochkommission verurteilte am 26. Mai 1954 den Leiter des tschechischen Lagers Budweis, Vaclav Hrneck (der nach Westdeutschland geflohen war), zu 8 Jahren Freiheitsentzug (x025/59).

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas schrieb später über dieses Urteil (x028/143): >>... Das Gericht begründete sein Urteil - acht Jahre Freiheitsentzug - mit der bewiesenen Tatsache, daß Budweis auf verbrecherische und grausame Weise geleitet worden und - wenn auch ohne Gaskammern und systematische Liquidation der Menschen - ein Schreckensort gewesen war, wo Menschenleben und Menschenwürde nichts galten.

Das Gericht wies dann hin auf die Unparteilichkeit demokratischer Rechtsverfahren, die einen Mann wie Hrneck bestrafen müsse, wenn auch alle seine Opfer Deutsche gewesen waren - und zwar schwer bestrafen, um vom Sadismus abzuschrecken.<<

In Paris unterzeichneten die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Italiens, Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs am 27. Mai 1954 den Vertrag zur Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft -EVG- (x155/45).

Am 10. Juni 1954 wurde die "Verordnung über den Arbeitseinsatz von Strafgefangenen" erlassen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über den Arbeitseinsatz von Strafgefangenen (x009/431): >>... (Durch diese Verordnung) wurde ... "das Ministerium des Innern ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Generalstaatsanwalt der DDR, dem Ministerium der Justiz, dem Ministerium der Finanzen den Arbeitseinsatz von Strafgefangenen in eigener Zuständigkeit neu zu regeln".

Damit hat die Volkspolizei - das Referat "Produktion" in den Bezirksverwaltungen Strafvollzug - eine Generalvollmacht zur Festsetzung der Arbeitsbedingungen für Strafgefangene und der Vergünstigungen erhalten.<<

In Bad Neuenahr gründete der Gesamtdeutsche Minister Jakob Kaiser am 14. Juni 1954 das Kuratorium "Unteilbares Deutschland", um die Wiedervereinigung Deutschlands zu unterstützen.

In der Gründungserklärung hieß es (x024/263): >>Seit fast einem Jahrzehnt ist Deutschland in mehrere Teile zerrissen. Millionen Deutsche sind aus ihrer Heimat vertrieben. Millionen Deutsche müssen unter der Herrschaft des Zwanges und des Unrechts leben.

Im eigenen Land ist es den Deutschen durch Zonen- und Sektorengrenzen noch immer verwehrt, einander frei und ungehindert zu begegnen. Das natürliche Recht eines jeden Volkes auf menschliche und staatliche Gemeinschaft wird dem deutschen Volk noch immer vorenthalten. Alle Bemühungen seit 1945, ein freies und geeintes Deutschland wiederherzustellen, blieben bisher vergeblich. Die Zerreißung unseres Volkes und Landes wurde vielmehr weiter verschärft.

Wir können aber nicht erwarten, daß uns die Welt dazu verhilft, wenn wir nicht selber alles an die Wiedererlangung unserer Einheit setzen. Die unterzeichneten Männer und Frauen haben es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, den Willen zur Wiedervereinigung in allen Kreisen unseres Volkes zu stärken. ...<<

Die SED gründete am 17. Juni 1954 die atheistische "Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse".

Walter Müller-Bringmann berichtete am 15. Juli 1954 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/137): >>15. Juli 1954. Fast 500 Sträflinge aus dem Zuchthaus Waldheim wurden in Friedland empfangen, registriert, versorgt, weitergeleitet.

Es waren stille Menschen ohne viele Worte. Verschlossen, mißtrauisch, scheu – so kamen sie an, so gingen sie weiter.<<

Bundespräsident Theodor Heuss wurde am 17. Juli 1954 zum 2. Mal gewählt.

Bundespräsident Theodor Heuss würdigte am 20. Juli 1954 während einer Gedenkrede die Opfer der deutschen Widerstandsbewegung und erklärte, daß die Scham, in die Hitler alle Deutschen gezwungen hätte, durch das Blut der Widerstandskämpfer vom besudelten deutschen Namen wieder weggewischt wurde.

Die französische Nationalversammlung verwarf am 30. August 1954 den Vertrag zur Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG).

Der EVG-Vertrag sah eine vollständige Integration der Soldaten und Kriegsmaterial sowie ein Aufgehen der nationalen Armeen in eine europäische Armee vor (x155/45).

In der Schlußakte der "Londoner Neun-Mächte-Konferenz" (28. September bis 3. Oktober 1954) wurde die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Verteidigungssystem bestätigt (x156/81): >>... II. Brüsseler Vertrag ...

a) Die Bundesrepublik Deutschland und Italien werden aufgefordert werden, dem Vertrag beizutreten, der in geeigneter Weise geändert wird, um dem Ziel der europäischen Einheit Nachdruck zu verleihen; die beiden Staaten haben sich zu diesem Beitritt bereit erklärt. Das System der gegenseitigen automatischen Beistandsleistung im Angriffsfall wird damit auf die Bundesrepublik Deutschland und Italien ausgedehnt. ...

Der Umfang und die allgemeine Beschaffenheit des deutschen Verteidigungsbeitrags werden

dem für die EVG festgesetzten Beitrag entsprechen. ...

Der Bundeskanzler erklärt, daß sich die Bundesrepublik verpflichtet, auf ihrem Gebiet keine Atomwaffen, chemische Waffen oder biologische Waffen herzustellen. ...<<

Bundeskanzler Adenauer verpflichtete sich ferner in der "Londoner Erklärung", die Wiedervereinigung Deutschlands oder Änderung der gegenwärtigen Grenzen niemals mit gewaltsamen Mitteln herbeizuführen (x125/94-95).

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 4. Oktober 1954 an den britischen Premierminister Churchill (x095/177): >>... Auf der Neunmächtekonferenz in London ist die so stark gefährdete Einheit der westlichen Welt wiederhergestellt worden.

Für die Bundesrepublik bedeutet diese Konferenz zugleich einen entscheidenden Schritt vorwärts auf dem Wege zur Wiederherstellung ihrer Souveränität und ihrer Aufnahme in die beiden großen Vertragssysteme der westlichen Welt, den Pakt von Brüssel und die nordatlantische Organisation.

Damit wird, sobald die Verträge ratifiziert sind, die Bundesrepublik Deutschland ihren Platz als ein gleichverpflichteter und gleichberechtigter Partner innerhalb der freien Welt finden.

...<

Bundeskanzler Adenauer unterrichtete den Bundestag am 5. Oktober 1954 über den Abschluß der "Londoner Neun-Mächte-Konferenz" (x156/82-83): >>... Es wird in aller Deutlichkeit klargelegt werden können, daß die Bundesrepublik die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten haben wird. Die Notstandsklausel entfällt. ... Ein neuer Truppenvertrag nach dem Modell des NATO-Truppenstatus wird ausgehandelt werden, um den Truppenvertrag des Bonner Vertragswerks abzulösen.

Auf finanziellem Gebiet ist es gelungen, zu einer Gesamtvereinbarung zu kommen, die das Auslaufen des Besatzungskostenrechts, die Stationierungsverhältnisse während der Interimszeit und gewisse Finanzfragen für die Zeit nach dem NATO-Eintritt regelt. Die Bundesrepublik wird schnell auch finanziell den Status aller übrigen NATO-Staaten erhalten. Es ist Sorge getragen, daß über alle Verpflichtungen neu verhandelt wird, wenn der Eintritt in die NATO nicht bis zum 30. Juni 1955 vollzogen sein sollte. ...

Das Ergebnis von London erfüllt uns mit Genugtuung und Hoffnung. Die Tatsache, daß unsere Außenpolitik eine Zeit schwerer Erschütterungen überwinden konnte, scheint mir ein sicherer Beweis zu sein, daß ihre Grundkonzeption richtig war und ist. Ich halte es für notwendig, daß wir uns in dieser Stunde noch einmal vergegenwärtigen, welche Ziele unser außenpolitisches Handeln in den letzten Jahren bestimmt haben.

Als die Bundesregierung ihre Arbeit aufnahm, ergaben sich folgende zentrale Probleme:

1. Die Herstellung der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Bundesrepublik.
2. Die Wiedervereinigung Deutschlands.
3. Der Zusammenschluß des freien Europas und die Eingliederung Deutschlands in die europäische Gemeinschaft. ...

... Der europäische Gedanke hat unser nationales Leben tiefgehend und in der glücklichsten Weise beeinflußt. Die Deutschen haben dem reaktionären Nationalismus abgesagt. Sie haben in vielen Wahlen die extremen politischen Auffassungen zur Bedeutungslosigkeit verurteilt. Das deutsche Volk ist auch der Bundesregierung gefolgt, als sie sich mit aller Kraft für das Zustandekommen der EVG eingesetzt hat. ...

Ich wiederhole deshalb die Erklärung, die ich den 9 Mächten gegenüber abgegeben habe, daß die Bundesregierung bereit ist, ihre Streitkräfte in eine integrierte europäische Organisation zu überführen, sobald eine solche geschaffen wird. ...<<

Bundeskanzler Konrad Adenauer schrieb am 18. Oktober 1954 an den US-Politiker McCloy – von 1949-1952 Hoher Kommissar in Deutschland - (x095/179-180): >>... Das Zustandekommen des Londoner Abkommens ist zweifellos durch die tatkräftige Unterstützung der ameri-

kanischen Regierung entscheidend gefördert worden. Ich darf dies mit Dankbarkeit feststellen. Über diesem bedeutenden außenpolitischen Erfolg soll jedoch nicht vergessen werden, daß die Wiederbewaffnung dem deutschen Volke neue schwere finanzielle Lasten aufbürdet. Dieses wiegt um so schwerer, weil es trotz aller vom Ausland anerkannten Anstrengungen noch nicht gelungen ist, alle in das Bundesgebiet eingeströmten Heimatvertriebenen in das Wirtschaftsleben der Bundesrepublik einzugliedern. Die Aufgabe wird durch den laufenden Zustrom neuer Flüchtlinge aus der Sowjetzone noch weiter erschwert.

Ich habe wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß dieses Problem mit deutschen Mitteln allein nicht gelöst werden kann. Die Bundesrepublik ist, wenn das immer noch bestehende Elend vieler Vertriebenen und Flüchtlinge beseitigt werden soll, auf die finanzielle Hilfe des Auslandes angewiesen.

Ich darf mir daher die Bitte erlauben, daß Sie Ihren weitreichenden Einfluß geltend machen möchten, um der Bundesrepublik eine amerikanische Anleihe zu beschaffen, die mit dazu beitragen könnte, das Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem bald und endlich zu lösen. Hierbei danke ich an eine Anleihe in der Größenordnung von etwa 100 Mio. Dollar. Ich darf dabei der Überzeugung Ausdruck geben, daß auch Sie es aus vielerlei Gründen als notwendig ansehen werden, daß eine Lösung des Vertriebenen- und Flüchtlingsproblems in Aussicht steht, wenn man an den Aufbau deutscher Streitkräfte herangeht. ...<<

Während der "Pariser Konferenz" (19. bis 23. Oktober) wurde der sog. "Deutschlandvertrag" (Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den USA, Großbritannien und Frankreich) vom 26. Mai 1952 geändert.

Die westlichen Siegermächte beschlossen ein "Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes" in der Bundesrepublik Deutschland und wandelten den am 17.03.1948 gegründeten Brüsseler Beistandspakt (zwischen Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Belgien und Luxemburg) in die Westeuropäische Union (WEU) um. Die Bundesrepublik Deutschland und Italien wurden 1954 Mitglieder der WEU.

Die Pariser Verträge regelten ferner auch die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO (Ermächtigung zur Aufstellung von Truppen im Rahmen der NATO).

Der französische Ministerpräsident Mendes-France und Bundeskanzler Adenauer unterzeichneten in Paris außerdem ein Abkommen über das sog. "Saarstatut" (politische Autonomie, aber völkerrechtliche Vertretung durch die Westeuropäische Union und wirtschaftliche Bindung an Frankreich).

Der deutsche Schriftsteller Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing (1927-2009) schrieb später in seinem Buch "Charakterwäsche. Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen" über die US-Deutschlandpolitik (x306/173-177): >>**Bundesrepublik im Abstieg**

Harry S. Truman (1945-1952) war unter den Nachfolgern Roosevelts der einzige, dessen Stern nicht im Kometenschweif des Schmiedes der amerikanisch-sowjetischen Allianz aufging. Der Vizepräsident Truman wurde vom revoltierenden demokratischen Parteiapparat Roosevelt 1944 für seine vierte Präsidentschaft aufgenötigt. Roosevelt ließ seinen Schützling Wallace zugunsten Trumans fallen, um nicht durch die Unzufriedenheit seiner Partei an der Verfolgung der großen Pläne, mit denen er stand und fiel, gehindert zu werden. Er stellte Truman nach der Präsidentenwahl unverzüglich kalt.

Dwight D. Eisenhower (1953-1960) war noch 1941 ein unbekannter Oberstleutnant - zwei Jahre später wurde er zum Oberkommandierenden der Alliierten Expeditionsstreitkräfte in Europa ernannt. Er hatte in wenigen Monaten durch eine Blitzkarriere zahlreiche rangältere Generäle überrundet. Ob die Version stimmt, daß Eisenhower anlässlich einer Hotelöffnung in seiner Garnison Roosevelts Tochter Anna Boettiger kennengelernt und deren Protektion erworben habe, oder nicht, eines ist unbestreitbar: wenn es einen amerikanischen General ge-

geben hat, der als Roosevelt General bezeichnet werden konnte, war es Eisenhower.

John F. Kennedy (1961-1963) wurde (als Ersatz für seinen gefallenen Bruder) von seinem Vater Joseph Kennedy zum Kandidaten der Familie für die Präsidentschaft bestimmt. Er hätte niemals kandidieren können, wenn sein Vater nicht in der Demokratischen Partei eine Schlüsselstellung eingenommen hätte, die er der Tatsache verdankte, daß er einer der wenigen Geschäftsleute gewesen war, die Roosevelt von Anfang an unterstützt hatten.

Der Grund hierfür war, daß Roosevelt nicht nur das Regime der Industriellen beendete, sondern auch die Prohibition. Da Kennedy jedoch größere Mengen Whisky als Apothekenware nach Amerika importiert hatte, war Roosevelts Wahl (und die Aufhebung der Prohibition) für ihn ein lohnendes Geschäft.

Lyndon B. Johnson (ab 1963) war ein weißer (d.h. liberaler) Rabe unter den reaktionären, aber für die Demokratische Partei wichtigen Südstaatlern. So erhielt er jede Protektion, die Roosevelt zu vergeben in der Lage war. In der Lebensgeschichte aller Nachfolger Trumans spukt der Geist des verblichenen Roosevelts, der sich in ihrer Deutschlandpolitik stets aufs Neue zu manifestieren droht. In Roosevelts Weltsystem war Deutschland der Platz eines alliierten Kondominiums minderen Rechtes und minderen Lebensstandards zugewiesen worden. Dreimal täglich Suppe sei genügend, damit die Deutschen Leib und Seele zusammenhielten.

Die dem Aufstieg auf einen steilen Berg (dem Berg der Läuterung Dantes?) vergleichbaren Anstrengungen der Vergangenheitsbewältigung und moralischen Prüfung unter alliierter Aufsicht würden so beschwerlich, daß die Deutschen zu erschöpft sein würden, um noch ein Gewehr zu tragen. Der Friede beruhe auf dem Zusammenwirken der drei (oder vier oder fünf) Großmächte.

Die anglo-amerikanisch-sowjetische Kriegsallianz bilde auch das Fundament der Friedensordnung, da sie in Krieg und Frieden die gleichen moralischen Prinzipien verkörpere. Als Roosevelt nicht lange nach dem Antritt seiner vierten Präsidentschaft starb, zerfiel die innenpolitische Kräftegruppierung, die seine Politik getragen hatte und die durch Roosevelt persönlich zusammengehalten worden war.

Aus dem System der Roosevelt'schen Weltpolitik herausgelöst, ergaben deren einzelne Elemente keinen Sinn mehr. Sie wurden Stück für Stück in Zweifel gezogen. Auch Roosevelts Deutschlandpolitik mußte einer Revision unterzogen werden. Die Isolierung Deutschlands und die Verhängung von Strafe und Bewährung für Verfehlungen gegen jene Moral, die in Politik und Privatleben ein und dieselbe sei, mußte jenen, die in der Politik etwas anderes als einfach eine Unterabteilung der Moral sahen, als eine allzu kostspielige Rache erscheinen. Da sich nach Roosevelts Tod die Maßstäbe geändert hatten, schienen die alten Berechnungen nicht zu stimmen.

Und doch war Roosevelts System nicht endgültig begraben. 15 Jahre nach seinem Tode war durch die waffentechnische Entwicklung eine Situation heraufbeschworen worden, in der das Zusammenwirken der gleichen drei (oder vier oder fünf) Großmächte, die sich gemäß Roosevelts System nach Entwaffnung der übrigen Staaten in die Weltherrschaft teilen sollten, sich wegen der Gefahr der atomaren Selbstvernichtung beinahe von selbst wiederaufdrängte.

Die gleichen Großmächte begannen - diesmal in ihrer Eigenschaft als Atomkräfte - den Abstand, den sie in Jalta durch ihren Löwenanteil bei dem Kriegseinsatz gerechtfertigt hatten, gegenüber der Restwelt wiederherzustellen. Daß die machtpolitisch richtungspolitischen und intellektuellen Bestandteile von Roosevelts System zusammenhingen, erwies sich, als mit dem neuen Konzert der Groß und Atomkräfte auch die lange versunken geglaubten Begleitideen der alliierten Kriegscoalition wiederauftauchten, nicht zuletzt ihre Ideen über Deutschland.

Wirkte sich das neue Klima, das in vielem das alte aus den Tagen Roosevelts war, rund um den Globus in einer Linksverschiebung aus, so glich sich die politische Stimmung in Deutsch-

land eher den Bildern abstrakter Maler an. Die Erklärung ist nicht weit zu suchen. Hatte das Roosevelt'sche System für jede andere Nation Vorteile und Nachteile bereitgehalten, so sah es für Deutschland (und Japan) von allen Vorteilen ab. ...

Die Nachkriegsgeschichte wird heute zum Problem. In Westdeutschland hat man sich über Fahrtrichtung und Stationen der Nachkriegsgeschichte bewußt wenig Gedanken gemacht, da man einer geschichtlichen Einordnung (die ja auch den eigenen Sitzplatz mitumfassen müßte) auszuweichen bestrebt war. Die "Zeitgeschichte", über die man soviel redete, blieb Geschichte des "Dritten Reiches".

Die Grausamkeiten der Nationalsozialisten waren das Alibi, das einem 20 Jahre später das Nachdenken ersparen sollte. Was gefolgt war, interessierte nicht, es hatte keinen volkspädagogischen Nutzwert. Die Periodisierung der Nachkriegsgeschichte wurde bei uns vom Volksmund vorgenommen. Er spricht von der Zeit vor und nach der "Währung". Der Stichtag der Währungsreform vom 21. Juni 1948 ist in der Tat ein einprägsames Datum, da er alle Westdeutschen gleichmäßig erreichte. ...

So überdeutlich die Währungsreform ins Auge fällt, so sehr ist sie ein Glied in einer Kette von Ereignissen, die von der Schaffung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (1946), der Errichtung der Frankfurter Institutionen und Parlamente (1947), dem Auftrag zur Errichtung der Bundesrepublik (1948), der Aufnahme der Arbeit von Bundesregierung und Bundestag (1949), zur Revision des Besatzungsstaates (1951), dem Ende der Besatzung (1955), dem Beitritt der Bundesregierung zur NATO (1955) und der Unterzeichnung der Römischen Verträge (1957) führt. Alle diese Ereignisse können auf einer ansteigenden Linie, die aus der Entmachtung und Diskriminierung zur Selbstbehauptung, Souveränität und Gleichberechtigung, aus der Fremdherrschaft zur Selbstherrschaft führt, eingezeichnet werden.

Auf diese ansteigende Linie der deutschen Politik fiel der Schatten der Teilung Deutschlands, ein Schatten, der nicht durch irgendwelche deutsche Politiker in Ost oder West, sondern durch die vom Kontrollrat am 30. Juni 1946 angeordnete Schließung der Zonengrenzen in die deutsche Geschichte eingezeichnet wurde. Den westdeutschen Politikern der Nachkriegsjahre ging es mit Recht um die Wiedererlangung des Grundrechts des Staates - der Souveränität - ohne die keine Politik, sondern nur Auftragsverwaltung durch schwächliche Protektorsregierungen möglich ist.

Es waren zwei Wege denkbar, auf denen man zur Souveränität gelangen konnte. Den einen schlugen Konrad Adenauer und in der SPD Ernst Reuter ein. Es war der Weg der kleinen und der großen Schritte. Adenauer und Reuter gingen davon aus, daß die Souveränität in der Hand der Alliierten lag. Durch Ausnützen günstiger Momente und erhebliche Konzessionen für den Augenblick versuchten sie, sie Stück für Stück wiederzugewinnen.

Der andere Weg war der Kurt Schumachers. Er ging davon aus, daß die Souveränität nach wie vor beim deutschen Volk lag und nur zeitweise von den Alliierten usurpiert worden war. Sie sei von den Alliierten einzufordern als ein Recht, an dem nicht herumgehandelt werden dürfe. Auf beiden Wegen war die deutsche Teilung ein Mittel, um später zur Souveränität des ganzen Deutschland zu kommen.

Die Wiedervereinigung bildete den imaginären Schlußpunkt in Verlängerung des eingeschlagenen Weges. Für Adenauer und Reuter sollten sich der Souveränitätszuwachs und die Stärkung der Bundesrepublik in einer wachsenden Handlungsfreiheit auszahlen, die unter Ausnutzung der gegebenen, schnell wechselnden Situationen auch einmal der deutschen Politik die Chance geben würde, ihr Ziel mit Erfolg zu vertreten.

Für Schumacher war die deutsche Einheit ein unverlierbares staatliches Grundrecht, das solange von den Alliierten einzufordern war, bis diese vom rechtswidrigen Vorenthalten der Einheit Abstand nahmen. Der Status quo der Kontrollrats Herrschaft - das war allen klar - würde sich nie zur deutschen Selbstherrschaft, sondern nur zu einer anderen Form der interalliiert-

ten oder internationalen Fremdherrschaft weiterentwickeln. ...

Konnten die markanten Ereignisse in der Geschichte der Bundesrepublik bis etwa 1956 in eine ansteigende Kurve eingetragen werden, die auf volle Souveränität, auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung hinstrebte, so fehlen seit 1957 entsprechende Daten. Die Kurve scheint ihren Anstieg abubrechen, sich zu wenden und in einer absteigenden Linie ihre Bahn fortzusetzen. Andere Ereignisse und andere Daten treten hervor, die Verzicht auf Souveränität, auf Selbstbestimmung und Gleichberechtigung einschließen und die auf ein Wiedereinlenken in ein weltpolitisches System, wie es Franklin Delano Roosevelt vorschwebte, hindeuten.

Bei der Rückkehr in die Ära Roosevelt stellte sich heraus, daß eine Reihe völkerrechtlicher, staatsrechtlicher und politisch gesinnungsmäßiger Ausformungen dieser Ära durch den Ost West Konflikt zwar überlagert, aber nicht beseitigt worden waren. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (44/1954) berichtete am 27. Oktober 1954 über die Sowjetzonenflüchtlinge: >>Wer flieht, ist schuld

Das Landesverwaltungsgericht in Köln und der Oberkreisdirektor des Landkreises Bonn haben in zwei Entscheidungen kundgetan, was Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone im freien Westen alles passieren kann. Der Paragraph 3 des Bundesvertriebenengesetzes hat sich dabei als eine scharfe Waffe gegen Zonenflüchtlinge erwiesen.

Paragraph 3: Sowjetzonenflüchtling:

(1) Sowjetzonenflüchtling ist ein deutscher Staatsangehöriger oder deutscher Volkszugehöriger, der seinen Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone oder im sowjetisch besetzten Sektor von Berlin hat oder gehabt hat, von dort flüchten mußte, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen, und dort nicht durch sein Verhalten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat. Eine besondere Zwangslage ist vor allem dann gegeben, wenn eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben oder die persönliche Freiheit vorgelegen hat. Wirtschaftliche Gründe allein rechtfertigen nicht die Anerkennung als Sowjetzonenflüchtling.

Das Landesverwaltungsgericht Köln hatte über den Antrag eines Sowjetzonenflüchtlings zu entscheiden, der als solcher anerkannt werden und damit in den Genuß einschlägiger Hilfen kommen wollte. Das Gericht urteilte:

"... Nach Paragraph 3 des Bundesvertriebenengesetzes ist nur derjenige Sowjetzonenflüchtling, der flüchten mußte, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen. Der Kläger hat aber als Angehöriger der LDP - einer Regierungspartei der Ostzone - die dortigen Zustände selbst zu vertreten. Er trägt mit seinen Gesinnungsgenossen die Verantwortung dafür, daß die Zustände in der Sowjetzone so sind, wie sie gegenwärtig sind."

"Nur dadurch, daß die sogenannten bürgerlichen Parteien der sowjetischen Besatzungszone die sogenannte Blockpolitik der SED mitmachen, konnte die Diktatur der SED aufgerichtet und aufrechterhalten werden. Nur auf diese Weise konnte dem In- und Ausland vorgetäuscht werden, daß das Sowjetzonenregime ein demokratisches Regierungssystem sei ... Das haben die Anhänger dieser Parteien zu vertreten ... Von einer durch die politischen Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage (für die Flucht des Klägers aus der Sowjetzone) kann nicht gesprochen werden ..."

Der Oberkreisdirektor des Landkreises Bonn entschied in einem anderen Fall unter dem Aktenzeichen A. Z. 445/21: "... Die Eigenschaft als Sowjetzonenflüchtling kann weder bei Ihnen noch bei Ihrer Frau anerkannt werden. Nach Paragraph 3 des Bundesvertriebenengesetzes ist Sowjetzonenflüchtling, wer seinen Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone hatte und von dort fliehen mußte, um sich einer von ihm nicht zu vertretenden und durch die politischen

Verhältnisse bedingten besonderen Zwangslage zu entziehen und dort nicht durch sein Verhalten gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat."

"Wie Sie in Ihrem Antrag angeben, haben Sie Informationen über die russische Besatzungsmacht an eine westliche Besatzungsmacht weitergegeben. Diese von Ihnen ausgeübte Tätigkeit wird in jedem Rechtsstaat verfolgt und ist somit mit der Bestimmung des Paragraphen 3, daß als Sowjetzonenflüchtling u.a. nur anerkannt werden kann, wer nicht gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit verstößt, nicht in Einklang zu bringen. Das Verlassen der sowjetischen Besatzungszone ist daher von Ihnen selbst zu vertreten. Aus diesen Gründen kann die Eigenschaft als Sowjetzonenflüchtling nicht anerkannt werden ..."

Nach diesen beiden Entscheidungen dürfte kein Bewohner der Sowjetzone es wagen, nach dem Westen zu fliehen,

- wenn er in der DDR einer politischen Partei angehört hat.
- wenn er in der Sowjetzone aktiv für eine westliche Besatzungsmacht - etwa über den Gehlendienst - gearbeitet hat.

Ein parlamentarisches Nachspiel ist zu erwarten.<<

Das sowjetische Militärtribunal übergab am 31. Oktober 1954 alle verurteilten deutschen Häftlinge an die DDR-Behörden.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später (x009/398): >>Im Oktober 1954 teilte der sowjetische Hohe Kommissar dem sowjetzonalen Ministerrat mit, daß alle seit 1945 von dem sowjetischen Militärtribunal verurteilten Deutschen, die zur Zeit ihre Strafe in einer in der SBZ gelegenen Strafanstalt verbüßen, in die Zuständigkeit der deutschen Behörden übergeben würden.

Damit war die Entscheidungsbefugnis über Begnadigung und Haftentlassung dieser Verurteilten auf die hierfür zuständigen Organe der SBZ übertragen worden.<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.03.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x004/79) = Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957, Seite 79.

x004	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa IV. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus der Tschechoslowakei. Band 1.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x006	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa V. <u>Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1961. München 1984.
x007	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa III. <u>Das Schicksal der Deutschen in Rumänien.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1957. München 1984.
x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): SBZ von A bis Z. 7. überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x021	Böddeker, Günter: <u>Die Flüchtlinge.</u> Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frankfurt/Main 1985.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung.</u> Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen.</u> Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deut-</u>

	<u>schen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.</u>
x037	Sander, Helke, und Barbara Johr (Hg.): <u>Befreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigungen, Kinder.</u> Frankfurt/Main 1995.
x038	Zöckler, Paul (Hg.): <u>KNAURS LEXIKON.</u> München 1953.
x043	Zentner, Christian u.a.: <u>DAS DRITTE REICH (Sammeldokumentation).</u> John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x046	Hoffmann, Joachim: <u>Stalins Vernichtungskrieg. Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage.</u> München 2001.
x047	Dorst, Klaus, und Birgit Hoffmann (Hg.): <u>Kleines Lexikon Sowjetstreitkräfte. 1. Auflage.</u> Militärverlag der DDR. Ost-Berlin 1987.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): <u>Das große Lexikon des Dritten Reiches.</u> München 1985.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage.</u> München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): <u>Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. Um Volksstaat und Völkergemeinschaft.</u> E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart.</u> Frankfurt/Main 1986.
x080	Conquest, Robert: <u>Stalin. Der totale Wille zur Macht.</u> München 1991.
x088	Reichling, Gerhard: <u>Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil II: 40 Jahre Eingliederung in der Bundesrepublik Deutschland,</u> Bonn 1989.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): <u>PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte.</u> Freiburg im Breisgau 1999.
x095	Adenauer, Konrad: <u>Briefe über Deutschland 1945–1955. 1. Auflage.</u> München 1999.
x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945. Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder.</u> München 1990.
x102	Steinbach, Peter, und Johannes Tuchel (Hg.): <u>Lexikon des Widerstandes 1933-1945. 2. überarbeitete und verbesserte Auflage.</u> München 1998.
x123	Müller-Bringmann, Walter: <u>Das Buch von Friedland.</u> Göttingen 1956.
x125	Bluhm, Georg: <u>Die Oder-Neiße-Linie in der deutschen Außenpolitik.</u> Freiburg 1963.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage.</u> Frankfurt/Main 1980.
x130	Carell, Paul, und Günter Böddeker: <u>Die Gefangenen. Leben und Überleben deutscher Soldaten hinter Stacheldraht.</u> Berlin/Frankfurt am Main 1995.
x155	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Dokumentation Teil I, 1949-1972.</u> Bonn 1984.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: <u>Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten. Materialheft Geschichte/Politik.</u> Paderborn 1978.
x159	Bund der Vertriebenen (Hg.): <u>Die Sudetendeutschen. Eine Volksgruppe im Herzen Europas. 16. Kulturelle Arbeitshefte. 4. Auflage.</u> Bonn 1995.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): <u>Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert.</u> Dortmund 1997.
x182	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Das Wirtschaftswunder. Unser Weg in den Wohlstand.</u> Hamburg 1983.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 6. In unserer Zeit. 3. Auflage.</u> Stuttgart 1978.
x192	Parker, Geoffrey (Hg.): <u>Grosse illustrierte Weltgeschichte.</u> Wien/München/Zürich 1996.

x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert.</u> Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld.</u> Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x287	Berbig, Hans Joachim: <u>Kleine Geschichte der deutschen Nation.</u> Düsseldorf 1985.
x296	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): <u>Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Geschichte und Politik in unserer Zeit (Lehrerausgabe).</u> Braunschweig 1975.
x299	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit. Band 4. In unserer Zeit.</u> 2. Auflage. Stuttgart 1980.
x300	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Geschichtliche Weltkunde. Band 3. Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart.</u> 1. Auflage. Frankfurt/Main 1976.
x301	Heumann, Hans (Hg.): <u>Geschichte für Morgen.</u> 1. Auflage. Frankfurt/Main 1988.
x305	Axel Springer Verlag (Hg.): <u>50 Jahre Deutschland.</u> Das deutsch-deutsche Geschichtsbuch von BILD. Hamburg 1999.
x306	Schrenck–Notzing, Caspar Freiherr von: <u>CHARAKTERWÄSCHE.</u> Die Re-education der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen. Graz 2015.

Internet

x848	Londoner Schuldenabkommen: http://universal_lexikon.deacademic.com/267762-/Londoner_Schuldenabkommen - März 2015.
x849	Londoner Schuldenabkommen: http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/-Deutschland/schuldenabkommen.html - März 2015.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016